Volkswille

Bezugspreis: Durch Boten oder durch die Post ½ monatl. freibleibend 1.20 Mk. bei Postbezug Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. — Preis der Einzelnummer 10 Pfennig. —

Organ der Sozialdemokratischen Partei

Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Arbeiter-Sportvereine

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Pfg., außerhalb 12 Pfg., für 1 mm Raumhöhe. Reklame für 1 mm Raumhöhe 50 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. Zu berechnen nach dem amtlichen Berliner Dollar-Briefkurs des Vortages — — — Inseraten-Annahme bis 17 Uhr — — —

Nr. 5 | Hauptgeschäftsstelle und Verlag: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernsprecher Sammelnummer 258 41. | Gelsenkirchen-Buer, Dienstag, den 7. Januar 1930 | Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33, Fernspr. Sammelnummer 258 41. Sprechstunde 17½—18½ Uhr | 12. Jahrg.

Deutschlands Zahlungen

vor der Haager Konferenz

Aus dem Haag, 6. Jan. (Eig. Drahtber.)

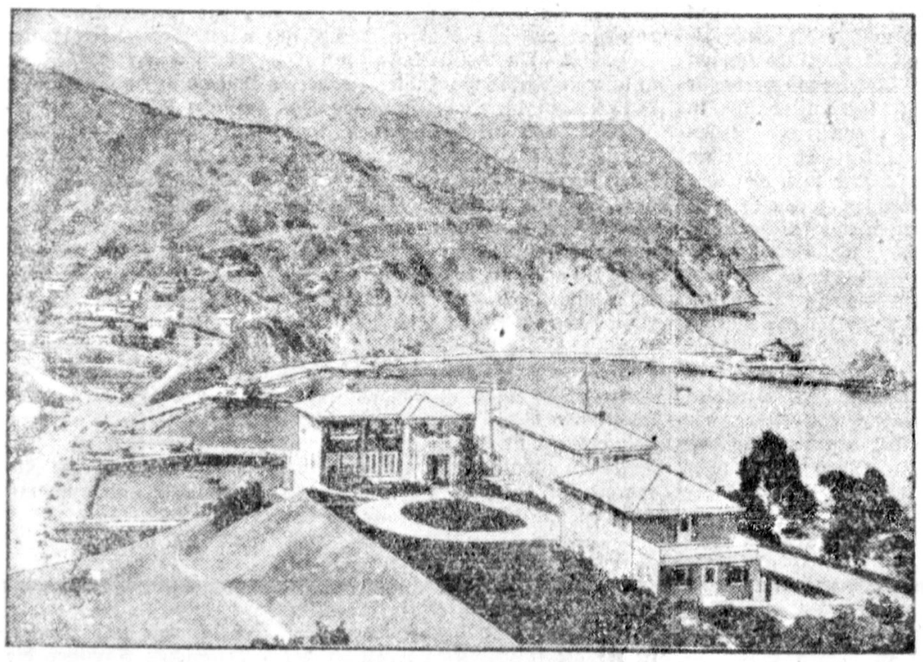
Auf der Haager Konferenz dauern die Sitzungen fast ununterbrochen an. Selbst in der Mittagszeit fand heute eine wichtige Delegationssitzung statt. Die Arbeit wurde unter Hochdruck geleistet, gleichwohl ist es heute noch nicht gelungen, sich über die wichtigen Fragen zu einigen, ob die deutschen monatlichen Zahlungen am Monatsende oder schon am 15. d. M. von Deutschland zu leisten sind. Nach den Berechnungen der deutschen Delegation würde eine Vorverlegung der Zahlungen um 14 Tage einen regelmäßigen monatlichen Zinsverlust für Deutschland bedeuten, der auf die ganze Dauer des Young-Plans berechnet, insgesamt 80 Millionen Mark ausmachen würde. In den ersten Jahren würde der jährliche Zinsverlust 4 bis 5 Millionen Mark betragen.

Die Franzosen behaupten, daß die deutschen Sachverständigen auf der Pariser Konferenz selbst durch ihre Vorschläge den Zahlungstermin vom 15. indirekt angeregt hätten. Das wird von deutscher Seite entschieden bestritten. Indessen hat man vereinbart, die Diskussion darüber einstweilen abzubrechen und zunächst einmal von den Sachverständigen selbst zu hören, was sie damals ins Auge gefaßt hatten. Von den seinerzeitigen deutschen Vertretern ist gegenwärtig nur Dr. Melchior im Haag anwesend, der aber nicht unmittelbar an diesem Teil der Verhandlungen beteiligt war und der daher nicht in der Lage war, eine abschließende und authentische Interpretion zu geben. Vor allem ist Dr. Cassel derjenige, der auf deutscher Seite über diese Frage verhandelt hat. Auf telephonische Bitte der deutschen Delegation hat er sich bereit erklärt, am Dienstag abend von Berlin abzureisen. Er wird am Mittwoch vormittag im Haag eintreffen und Auskunft über die damaligen Pariser Verhandlungen geben.

Im übrigen erfahren wir, daß auch bei den Verhandlungen des Komitees für die internationale Reparationsbank in Baden-Baden im Oktober 1929 diese Frage aufgetaucht war, daß aber Dr. Schacht, da er die Festlegung auf Ultimo-Zahlungen nicht durchführen konnte, es vorzog, diesen Punkt fahren zu lassen und der deutschen Delegation im Haag die Sorge und die Entscheidung zu überlassen, wie er das bekanntlich in vielen andern strittigen Punkten schon getan hatte.

Diese Frage des Zahlungstermins nahm den größten Teil der heutigen Beratungen in Anspruch, während das Problem der Sanktionen, das in den privaten deutsch-französischen Besprechungen am Sonnabend und am Sonntag eine hervorragende Rolle gespielt hatte, heute überhaupt nicht berührt worden ist.

Haag, 6. Jan. (Drahtmeldung.) Bei dem heute vormittag fortgesetzten Beratungen des Ausschusses für die Ostreparationen gab der österreichische Bundeskanzler Schober eine Erklärung ab, in der er feststellte, daß seine Verhandlungen mit den anderen Staaten während der letzten beiden Tage ohne Erfolg geblieben seien. Oesterreich, wo jeder Schilling, der aus der Bevölkerung herausgezogen werde, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage verwendet werden müsse, sei nicht imstande, die von ihm geforderten Zahlungen zu leisten. Benesch, Mrocowski und Mironescu erklärten darauf, daß sie trotz dieser Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers zuversichtlich seien und weitere Verhandlungen vorschlügen. Die österreichische Delegation hatte sich bald nach der Erklärung Schobers zurückgezogen und die weiteren Besprechungen den übrigen Mächten überlassen.



Hier fanden 10 Personen bei der Flugzeugkatastrophe über Kalifornien den Tod.

Die kalifornische Insel Santa Catalina über der zwei Flugzeuge mit je fünf Insassen zusammenstießen und brennend aus 800 Meter Höhe ins Meer stürzten. Alle 10 Personen, darunter mehrere Kinooperateure der Fox-Filmgesellschaft, ertranken.

Die Sanktionen

Ein schwieriges deutsch-französisches Problem

Paris, 6. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Mit Ausnahme einiger nationalistischer Radaublätter, die das Konzert der Hugenberg-Presse würdig ergänzen, konstatiert am Montag die französische Presse, daß zwischen Frankreich und Deutschland bei der Haager Konferenz eigentlich nur noch ein einziges Problem stehe, das noch gewisse Schwierigkeiten in sich berge, das Problem der Sanktionen. Es scheint jedoch, daß auch diese Schwierigkeiten im Grunde genommen, lediglich formaler Natur sind und daß sachlich zwischen dem Standpunkt der französischen und der deutschen Delegation höchstens Nuancen zu unterscheiden sind, so daß die baldige endgültige Entscheidung als sicher angesehen werden kann. Jedenfalls erkennt man in maßgebenden französischen Kreisen an, daß der Young-Plan selbst militärischen und sonstigen Sanktionen keinen Raum gelassen hat und daß, solange dieser Plan in Kraft ist, weder der Artikel 430 noch irgendeine andere der etwa einschlägigen Bestimmungen des Friedensvertrages Geltung haben kann. Die einzige Lücke, die der Young-Plan in dieser Beziehung gelassen hat, ist die Bestimmung, daß im Falle eines deutschen Moratorium-Gesuches eine Spezialkommission der internationalen Zahlungsbank darüber zu entscheiden haben würde, ob Deutschland tatsächlich zahlungsunfähig ist oder ob es sich nur um einen deutschen Versuch handelt, sich böswillig seinen Verpflichtungen zu entziehen. Diese Lücke soll nunmehr durch das von deutscher Seite vorgeschlagene schiedsgerichtliche Verfahren geschlossen werden, das Deutschland ausreichenden Schutz gegen willkürliche Maßnahmen von Seiten der Gläubiger gewährt.

Thyssen legt nieder

Poensgen

wird Vorsitzender der Rohstahlgemeinschaft

Berlin, 6. Jan. (Eig. Drahtber.) Der rheinisch-westfälische Montanindustrielle Fritz Thyssen hat den Vorsitz der deutschen Rohstahlgemeinschaft und des Aufsichtsrats des Stahlwerksverbandes niedergelegt. Wie es heißt, soll Fritz Thyssen jetzt anderweitig sehr viel beschäftigt sein. Er wird durch Ernst Poensgen, Düsseldorf, ersetzt, der in der Oeffentlichkeit als der Verantwortliche für die Rationalisierungsmaßnahmen im Ruhrtrust gilt.

Indonesien

Die politische Lage in Indonesien ist augenblicklich äußerst gespannt. Die Regierung versucht, der immer stärker werdenden Bewegung der indonesischen Nationalpartei neuerdings mit scharfen polizeilichen Maßnahmen entgegenzutreten. Haussuchungen und Verhaftungen sind an der Tagesordnung.

Eigentlich erst in dem Zeitabschnitt 1925 bis 1930 hat das Wort Indonesien einen fest umrissenen Begriffsinhalt erlangt, da in diesem Jahrfünft die politische Differenzierung auf den Inseln Java, Sumatra und Madoera so große Fortschritte gemacht hat, daß vielleicht zum ersten Male in der Geschichte dieser malaiischen Völkerschaften von einem einheitlichen Volksbewußtsein gesprochen werden kann.

Wenn auch die Kultur zumal auf Java bis weit in die vorchristliche Zeit zurückreicht, so sind die Völker dieser Inseln doch bis in die Tage der niederländischen Okkupation zu Anfang des 17. Jahrhunderts ständig in Teilreiche gegliedert gewesen, die wieder untereinander Kriege führten und in denen verschiedene Dialekte gesprochen wurden und werden. Die Niederländer haben bei der Eroberung von Java davon Nutzen zu ziehen gewußt, und die oft brutal rücksichtslosen Generalgouverneure der früheren Ostindischen Compagnie spielten den einen Sultan gegen den anderen aus. Noch heute bestehen unter niederländischer Oberhoheit derartige Schattenreiche wie der Hof des Soesoehoenan in Solo, aber sie haben praktisch nichts mehr zu bedeuten.

Mit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann langsam die indonesische Evolution. Ihre Vorkämpfer waren der große niederländische Dichter Douwes Dekker, der unter dem Namen „Multatuli (Ich habe viel gelitten)" auch in Deutschland nicht unbekannt ist, und der verstorbene sozialdemokratische Kammerabgeordnete Van Kol. Langsam erwachte der Wissensdurst im indonesischen Volke. Die Indische Regierung unterstützte dieses Streben in der durchsichtigen Absicht, um sich einen Stamm ihr ergebener indonesischer Intellektuellen zu schaffen. In den letzten Jahrzehnten gingen daher mehr und mehr Javanen und Sumatranen zu Studienzwecken nach Niederland, wo sie Aerzte, Rechtsanwälte und Ingenieure wurden, um nach Beendigung ihrer Studien ins Mutterland zurückzukehren. Die Gesamtzahl indonesischer Intellektuellen wird heute bereits auf 70 000 geschätzt, ist aber wahrscheinlich noch beträchtlich größer.

Für diese abendländisch geschulten Intellektuellen spielte der heimatliche Sta[illegible] gegensatz keine Rolle mehr. Sie fühlten sich nicht mehr als Untertanen etwa des Soesoehoenan oder eines anderen halbabsolutistischen Teilherrschers von Niederlands Gnaden, sondern als Angehörige eines einheitlichen Volkes über alle Stammesgegensätze hinweg. So entstand der indonesische Staatsgedanke. Er wäre aber vielleicht noch nicht so kräftig entwickelt, wenn er nicht noch eine zweite Wurzel in der religiösen Ideologie besessen hätte. Die überwältigende Mehrheit dieses Fünfzigmillionenvolkes, von dem etwa 40 Millionen auf dem einen Drittel des Deutschen Reiches an Flächeninhalt gleichkommenden Java wohnen, bekennt sich zum Islam, und die islamitische oder mohamedanische Welt erlebt gegenwärtig ihre politische Renaissance. Die Tausende von Pilgern, in manchen Jahren bis zu 40 000, die von Java und Sumatra aus alljährlich das ferne Mekka besuchen, brachten den allislamitischen Gedanken des Weltbundes aller islamitischen Völker nach Java, der hier schon vor bald 20 Jahren zur Bildung der heute größten Partei dieser erwachenden Nation führte, der Sarekat Islam. Damit fand auch hier der indonesische Staatsgedanke reiche Nahrung, denn die Ulamas oder Geistlichen und die islamitischen Religionslehrer wurden seine begeisterten Propagatoren.

Die großen politischen Bewegungen des Jahres 1918 führten neue Elemente in diesen Werdeprozeß der indonesischen Nation ein. Zunächst begann das Scheinparlament des Indischen Volksrates trotz aller ihm anhaftenden Schwächen den politischen Wünschen des indonesischen Volkes doch auch in einer Zentralinstanz Ausdruck zu verleihen. Das zweite Element war die kommunistische Welle, die ebenfalls nach 1918 nach Java hinüberschlug. Sie fand reiche Nahrung in dem Industrieproletariat in Soerabaja und Batavia, das noch heute weder Koalitions- noch Versammlungsrecht genießt. Der große Aufstand auf Java im November 1926 und

auf Sumatra im Januar 1927 war jedoch im Kern nicht kommunistisch, sondern nationalsozialistisch. Er gab der indischen Regierung dennoch willkommene Gelegenheit zu einer beispiellosen Kommunistenjagd. Ueberall im Lande wurden Leute abgeurteilt, die mit Kommunismus absolut nichts zu tun hatten. So entstand die Deportation unglücklicher Nationalisten in das ungesunde Digoelgebiet auf Neu-Guinea, wo fürchterliche Seuchen die gequälten Opfer dezimieren. Weitere Nahrung wird dem kommunistischen oder besser revoltierenden Nationalismus der analphabetischen Massen in der Poenale Sanktion, der strafweisen Zwangsarbeit gegeben. Deren eigentliches Feld sind die großen Kulturen an der Westküste von Sumatra, wo schon heute hunderttausende von javanischen Kulis arbeiten. Durch Arbeitskontrakte, deren Sinn sie nicht begreifen, werden die armen Kulis von gewissenlosen Anwerbern aus dem übervölkerten Java hierhin gelockt, und wenn sie dann an Ort und Stelle den an ihnen begangenen Betrug begreifen und fliehen wollen, werden sie eingefangen, vor Gericht gezerrt und zur strafweisen Abbüßung ihrer Kontraktzeit verurteilt. Sie haben dann aufgehört, freie Arbeiter zu sein; sie sind Sklaven, die von den europäischen Assistenten auf den Plantagen rücksichtslos angetrieben werden.

Die eigentliche kommunistische Welle ist bereits wieder abgeebbt, aber an ihre Stelle ist eine Massenbewegung mit wesentlich klareren Zügen getreten, die Indonesische Nationalpartei. Die Indische Regierung hat instinktiv begriffen, daß ihr diese Bewegung gefährlicher ist als der immer noch zu Kompromissen geneigte Sarekat Islam, die mohamedanische Partei. Eine neue Verfolgung hat daher eingesetzt. Die Bezirksgouverneure haben Rundschreiben gegen die neue Bewegung erlassen. Ihre Redner werden in die Gefängnisse gesteckt. Arbeiter in Staatswerkstätten, die sich zu ihr bekennen, werden gleich in Massen entlassen. Den indonesischen Beamten ist die Teilnahme an dieser Partei verboten, und doch wächst sie mit unglaublicher Geschwindigkeit. Der Höhepunkt ihres Wachstums dürfte gleichbedeutend sein mit dem Ende der niederländischen Kolonialpolitik, der völligen Unabhängigkeit Indonesiens und seiner Gleichstellung mit anderen großen Kulturnationen.

*

Die holländische Sozialdemokratie steht zu den Indonesen

Amsterdam, 6. Januar. (Eig. Drahtbericht.) **Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands richtete am Montag ein Schreiben an die niederländische Regierung, worin darauf hingewiesen wird, daß das gegenwärtige Vorgehen gegen die indonesische Nationalpartei dieser jede öffentliche politische Aktion unmöglich mache. Dieses Auftreten habe auch bei denjenigen indonesischen Gruppen, die bisher noch zu einer Zusammenarbeit mit der niederländischen Regierung bereit waren, das größte Mißtrauen hervorgerufen. Die Sozialdemokratie fordert daher von der Regierung restlose Aufklärung. Die niederländische Sozialdemokratie spricht dem Selbstvertrauen der Vertreter der indonesischen Volksbeauftragten ihre Anerkennung aus und stellt sich einer derartigen Regierung gegenüber bedingungslos an die Seite der vereinigten indonesischen Volksbeauftragten.**

Festgefahren

Scharfe Gegensätze im Rechtsblock in Mecklenburg

Berlin, 6. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die nationalistische Koalition, die von den Nationalsozialisten bis zur Deutschen Volkspartei reicht, scheint mit ihrer Regierungskunst völlig festgefahren zu sein. In den streng vertraulichen Besprechungen des Haushaltsplanes sind die schärfsten Gegensätze hervorgetreten. Besonders peinlich ist die Rolle, die die Deutsche Volkspartei in dieser Koalition zu spielen genötigt ist. Vor kurzem hatte sie sich über den parlamentarischen Ton der Nationalsozialisten beschwert und erklärt, nicht nur die Nationalsozialisten hätten ihre Handlungsfreiheit, sondern auch die Deutsche Volkspartei. Darauf erwiderte die nationalsozialistische Presse mit unerhörten Grobheiten. Offenbar wollen es die Nationalsozialisten in Mecklenburg-Schwerin zum Zusammenbruch treiben, weil sie von den Neuwahlen Zuwachs erwarten.

Kautsky an Bernstein

In der Wiener sozialdemokratischen Monatsschrift „Der Kampf" veröffentlicht Karl Kautsky einen ausführlichen parteigeschichtlichen Aufsatz zu Ehren Eduard Bernsteins, den er mit den folgenden Worten schließt:

„Es mag sonderbar erscheinen, daß ich in meinem Gedenkartikel über Bernstein so viel von mir selbst spreche. Aber mein öffentliches Leben und Wirken ist mit dem seinen so eng verflochten, daß ich seiner nicht gedenken kann, ohne an mein Verhältnis zu ihm immer wieder erinnert zu werden. Parteipolitisch sind wir seit 1880 zwei siamesische Zwillinge. Auch solche können gelegentlich miteinander streiten. Wir haben das zeitweise recht ausgiebig besorgt. Aber selbst in dieser Zeit konnte man von dem einen nicht reden, ohne auch den anderen ins Auge zu fassen.

Ein erfreulicher Zustand ist aber ein Streit zwischen zwei so eng verbundenen Persönlichkeiten gerade nicht. Wir fühlten uns beide hochbeglückt, als der Ausbruch des Weltkrieges wenigstens das eine Gute mit sich brachte, einen Zustand des Friedens und der engsten Allianz zwischen uns beiden herbeizuführen. Persönliche Freundschaft kann man für jemand auch empfinden, von dessen Ansichten man abweicht, wenn man einen Charakter achtungswert und liebenswürdig findet. Aber Freundschaft im höchsten Sinne des Wortes ist nur dort möglich, wo zur Sympathie mit dem Charakter die Uebereinstimmung in den Zielen und Methoden des Schaffens hinzutritt, die Gemeinsamkeit der Arbeit für ein gemeinsames Ideal. Ich bin stolz und glücklich, mich Bernsteins Freund nennen zu dürfen, weil es mir vergönnt war, in gemeinsamer Arbeit während eines halben Jahrhunderts, wenn auch mit einer schmerzlichen Unterbrechung, ihn zuerst als meinen besten Lehrer und Führer, nach Engels, und dann als treuesten Kameraden im Kampf für das hohe Ziel der Befreiung der arbeitenden Menschheit von Ausbeutung, Knechtung, Kriegsnot zu erkennen.

Achtzig Jahre ist er alt geworden und noch sitzt er nicht im Austragsstübchen, sondern arbeitet unermüdlich weiter, die Jüngeren heute ebenso führend und bildend, wie er es vor bald sechzig Jahren begann. Der Hingang seiner ebenso tapferen wie klugen Gattin und Parteigenossin Regine, die er vor mehreren Jahren verlor, hat ihn schwer getroffen, doch seine Schaffenskraft und Schaffenslust zum Glück nicht beeinträchtigt.

Möge es meinem lieben Freunde noch lange vergönnt sein, aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen und seines Willens unser Denken und Handeln zu befruchten. Es wird zum Heile unserer großen Sache sein!"

375 Milliarden Mark

Das amerikanische Volkseinkommen

Berlin, 6. Jan. (Eig. Drahtbericht.) **Wie aus Neuyork gemeldet wird, berechnet die amerikanische Handelsbank das Einkommen des amerikanischen Volkes im Jahre 1929 auf insgesamt 89 Milliarden Dollar, das sind 375 Milliarden Mark. Zum Vergleich ist daraufhin das Einkommen des deutschen Volkes im Jahre 1929 schätzungsweise auf 70 bis 80 Milliarden Mark zu schätzen.**

Die Arbeitszeit unter Tage

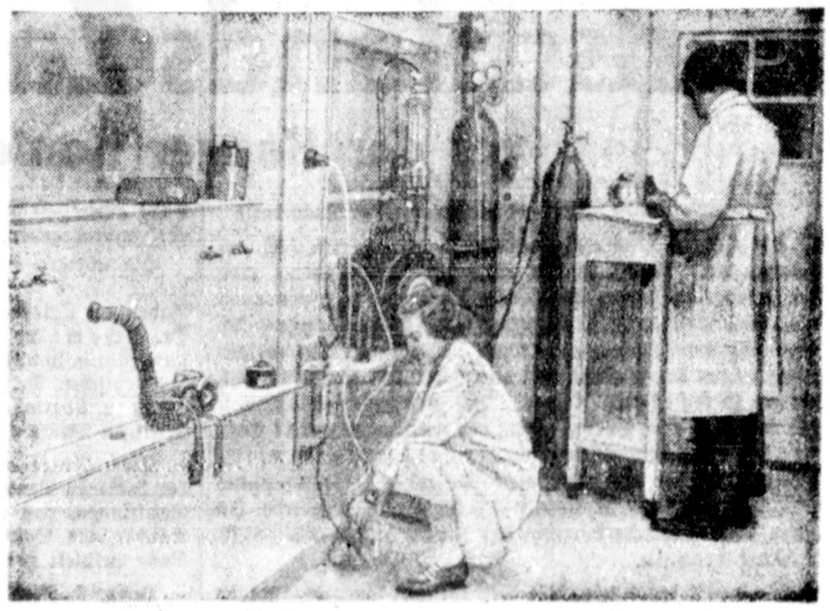
Ein internationales Abkommen möglich?

Genf, 6. Jan. (Eig. Drahtber.) **Der erste Tag der Kohlen-Konferenz des Arbeitsamtes brachte das erfreuliche Ergebnis, daß sich die Regierungsvertreter der Hauptkohlenländer ohne Ausnahme prinzipiell zum Abschluß eines internationalen Abkommens über die Arbeitszeit unter Tage bereit erklärten. Der von den Arbeitgebern vorgebrachte Gedanke, sich mit ein paar Zusatzbestimmungen zum Washingtoner Abkommen zu begnügen, fand keine Unterstützung. Der englische Regierungsvertreter betonte, daß neben der Arbeitszeit auch die Frage der Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen ausführlich behandelt werden müßte. Er wies darauf hin, daß es bei dieser Konferenz darauf ankomme, ein erstes praktisches Resultat zu erzielen und daß das eventuelle Abkommen die Möglichkeit späterer Verbesserungen enthalten müsse.**

Der Sekretär des internationalen Bergarbeiter-Verbandes sprach die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, zu einem baldigen günstigen Ergebnis zu gelangen. Die Arbeitnehmergruppe sei bereit, die Standpunkte und Argumente der andern Seite sachlich zu prüfen, jedoch müsse das zu schaffende Arbeitszeitabkommen zwei Hauptpunkte enthalten. Es müsse die Untertagearbeiter aller Kohlengruben, also auch der Braunkohlengruben, einbeziehen und es müsse eine Vereinheitlichung der Arbeitszeitberechnung bringen.

Die allgemeine Aussprache wird am Dienstag fortgesetzt.

Von den deutschen freien Gewerkschaften sind auf der Konferenz vertreten: Schmidt und Berger vom Bergbauindustriearbeiter-Verband und Peters vom Afa-Bund, ferner Vertreter der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften.



Moderner Arbeitsschutz. Die für viele Arbeitsberufe unerläßlich gewordene Gasmaske wird in einem besonderen Gasraum vor dem Verlassen der Fabrik ausprobiert. Im Vordergrund das Laboratorium, in welchem die verschiedenen Giftgase hergestellt werden. Hinter dem Fenster sichtbar eine Versuchsperson mit Gasmaske im vergasten Raum.

Der Dokumentenfälscher-Prozeß

Vernehmung der Angeklagten

Berlin, 6. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Vor dem Berliner Schöffengericht begann am heutigen Montag der Prozeß gegen die russischen Fälscher. Angeklagt sind neun Personen, zwei Georgier und sieben Deutsche wegen Herstellung von Falschgeld. Das Verfahren gegen zwei weitere Deutsche ist abgetrennt worden. Gleich zu Beginn des Prozesses machte die Verteidigung einen Vorstoß, indem sie beantragte, das Berliner Gericht müsse sich für unzuständig erklären. Dieser Antrag wurde damit begründet, daß die meisten Angeklagten ihren Wohnsitz in Bayern hätten und deshalb in München abgeurteilt werden müßten. Bei der langen Dauer des Prozesses — es sind etwa 30 Tage in Aussicht genommen — seien schwere wirtschaftliche Schädigungen der Angeschuldigten zu befürchten, wenn so weit von ihrer Heimat entfernt gegen sie verhandelt werde. Als aber der Vorsitzende des Gerichts versprach, die Vernehmung der Angeklagten auf die ersten Tage zusammen zu bringen, kam der wahre Grund des Antrages zum Vorschein. In München sei eine andere „Atmosphäre". Die Verteidigung gab in versteckten Redewendungen zu verstehen, die Justizverwaltung handle im Interesse der russischen Sowjet-Union, wenn sie in Berlin verhandeln lasse. Der Antrag wurde, wie zu erwarten war, abgelehnt. Es wurde dann der zweite Angeklagte, der Georgier Karumidze, vernommen, der der deutschen Sprache nicht genügend mächtig ist und daher von einem Dolmetscher unterstützt werden mußte. K. ist Geschichtslehrer in Tiflis gewesen und hat schon 1911 an einer nationalistischen Bewegung, die die Befreiung seines Heimatlandes vom zaristischen Joch zum Ziele hatte, teilgenommen. Während des Krieges hat er von Stockholm aus den Kampf weitergeführt und ist 1917 in die provisorische Regierung Georgiens eingetreten. Als dann die Sowjet-Regierung der kurzen Selbständigkeit des georgischen Staates ein Ende machte, ist er ins Ausland geflüchtet und hat von dort aus den scharfen Kampf gegen die Sowjet-Regierung fortgesetzt. In Deutschland widmete er sich der Herstellung falscher russischer Banknoten, wobei es ihm darauf ankam, durch Verbreitung dieses Falschgeldes die russische Währung zu erschüttern und gleichzeitig den georgischen Aufstand zu finanzieren. Für diese kühne Kampfmethode weist er auf das Beispiel Napoleons hin. Ueber seine Geldgeber schweigt er sich aus. Damit wurde der interessanteste Punkt des Prozesses, nämlich die Frage nach den Hintermännern des ganzen Unternehmens, umgangen. Man weiß, daß der verstorbene General Hoffmann in den Plan eingeweiht war und daß der englische Petroleum-Industrielle Deterding sich sehr für die Angelegenheit interessierte und mit der Selbständigkeit Georgiens auch die dortigen Oelquellen in die Hand zu bekommen hoffte. K. suchte sich hinter die „Sympathie der deutschen Regierung für ein selbständiges Georgien" zu verschanzen. Der anwesende Vertreter des auswärtigen Amtes erklärte hierzu, daß eine solche Sympathie nicht vorhanden gewesen sei. Auf Befragen mußte der Angeklagte zugeben, daß er auch eine Zusammenkunft mit dem Kapitän Ehrhardt hatte und auch mit anderen Leuten dieser Kreise in Verbindung steht.

Ein Glückwunsch aus Paris

Paris, 6. Jan. (Eig. Drahtber.) Die sozialistische Kammerfraktion hat an Eduard Bernstein folgendes Telegramm gerichtet: „Dem unermüdlichen Kämpfer für den internationalen Sozialismus und den Frieden, dem Schriftsteller und Denker, sendet die sozialistische Fraktion der französischen Kammer die herzlichsten Glückwünsche zum 80. Geburtstag.

Die Rationalisierung

im Flugzeugbau

Berlin, 6. Jan. (Eig. Drahtbericht.) **Die „Vossische Zeitung" meldet, daß sich der Reichsverband der Luftfahrtindustrie in einer vertraulichen Sitzung mit dem Vorgehen des Reichsverkehrsministeriums gegen die Flugzeugfabrikation beschäftigt hat. Das Reich hatte sich im Einvernehmen mit dem Reichstag zu einer Rationalisierungsmaßnahme entschlossen, indem es kürzlich erklärte, daß künftighin nur vier Firmen der deutschen Luftfahrtindustrie auf Beihilfe und Aufträge rechnen können und zwar Junkers, Dornier, Heimke und die Bayerischen Flugzeugwerke. Dabei ist vom Reichsverkehrsministerium betont worden, daß auch die Deutsche Lufthansa nur diesen vier Firmen Lieferungsaufträge erteilen werde. Praktisch bedeutet diese Rationalisierung, daß die anderen Fabriken, wenn sie sich nicht in irgend einer Form mit ausländischen Unternehmungen verbunden haben, zur Kündigung ihrer Betriebe gezwungen sind. Die von der Belieferung ausgeschlossenen Firmen haben bei ihrer Interessenvertretung durchgesetzt, daß der Reichsverband in aller Form gegen die erzwungene Rationalisierung beim Reichsverkehrsministerium protestieren und die Wiederherstellung des früheren Zustandes verlangen soll.**

Nr. 5. 12. Jahrg.
Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Dienstag, den 7. Januar 1930.

Stadt Gelsenkirchen-Buer.

Gelsenkirchen-Buer, den 7. Januar 1929.

Unternehmerpraktiken im Bergbau.

Zu den Zuständen auf der Schachtanlage Alma-Rheinelbe wird uns geschrieben:

Nichtgesetzliche Feiertage wurden im Gelsenkirchener Revier auf den Zechen fast immer gefeiert, doch nie hat man bemerkt, daß die Unternehmer diese Feiertage benutzten, um für sich Profite herauszuschlagen. Das hat sich in der letzten Zeit geändert, und das zum Nachteil eines großen Teiles der Belegschaft. Schon einige Tage vorher wird durch Anschlag angekündigt, daß durch den kommenden Feiertag der Morgenschicht Gelegenheit geboten wird, eine Nebenschicht zu verfahren, und zwar am Samstagabend. Die jeweilige Mittagschicht kommt dann den nächsten Samstagabend an die Reihe, und die Nachtschicht schaut in den Mond. Der Bergbauunternehmer nennt die Kohlenhauer die Produktiven, und die Reparaturhauer sind die Unproduktiven. Da nun die Kohlenhauer den Feiertag herausarbeiten und die Reparaturhauer diese Schicht verlieren, so hat der Unternehmer seine Kohlen und hat die Löhne von mehreren hundert Reparaturhauern gespart. Im Dezember konnten die sechste Sohle sowie Gesenkkohle drei bis vier Schichten nicht arbeiten, da die Fördermaschine defekt war. Diese Schichten wurden von den Kohlenhauern nachgeholt, während den Schichtlöhnern der Lohn für vier Schichten verlorenging. Obwohl das Weihnachtsfest vor der Tür stand, fanden sie kein Entgegenkommen seitens der Verwaltung. Es wird durch ein derartiges Verhalten eine große Mißstimmung unter den Arbeitern hervorgerufen, aber andererseits das Leben der Bergleute stark gefährdet. Was nützt es, wenn die Strecken gut eingestaubt werden, wenn die Feinkohle, die von den übermäßig vollgeladenen Wagen herunterrieselt, nicht beseitigt wird. Sollte sich einmal eine Explosion ereignen, so würde die Feinkohle den Steinstaub illusorisch machen und wer weiß wieviel Bergleuten den sicheren Tod bringen. Aber auch der Ausbau der Strecken leidet sehr darunter, denn nur das Notwendigste wird gemacht. Hatten wir doch kurz vor Weihnachten in stark einer Woche zwei tödliche Unglücksfälle zu verzeichnen. Aus all diesen Gründen wäre es richtiger, wenn die Verwaltung diese Feiertage behandelte wie den 1. Mai, wie es auch im Tarifvertrag vorgesehen ist. Jeder, so heißt es im Vertrag, der feiern will, hat sich zwei Tage vorher bei seinem Vorgesetzten abzumelden. Wenn auch viele Jahre auf Alma und Rheinelbe an diesen Tagen volle Arbeitsruhe gehalten wurde, so braucht das nicht in alle Ewigkeit so zu bleiben. So gut, wie wir Andersdenkende nicht zwingen, den 1. Mai mit uns zu feiern, genau so sollte man die Leute, die von derartigen Feiertagen nichts wissen wollen, nicht zwingen, den Tag zu Hause zu bleiben.

Dem Bergbaubesitzer geht es weniger darum, den Feiertag zu heiligen, sein Geldbeutel ist ihm heiliger, als alles andere. Da sie restlos organisiert sind, so wird es ihnen leicht, ihre Interessen zu wahren. Nehmen wir uns an ihren ein Beispiel, schließt euch restlos dem Verband der Bergbauindustriearbeiter an, damit auch wir in der Lage sind, ihren Ausbeutungsgelüsten Zügel anzulegen.

Achtung, Geschäftemacher am Werke!

An fast alle linksstehenden Organisationen wird von seiten einer Vereinigung zur Kleinhaltung der Familien, Sitz Bochum, ein Schreiben versandt, das auf eine Filmvorführung hinweist und um die Genehmigung ersucht, Karten zu diesem Film in den Mitgliederkreisen zu vertreiben.

Bei dieser Vereinigung zur Kleinhaltung der Familien handelt es sich nicht um einen Personenkreis, dem es um Mutterschutz und soziale Hygiene, sondern um eine Vereinigung von Geschäftemachern, denen es um den Verkauf von allerlei Mittelchen zu tun ist.

Die Liga für Mutterschutz und soziale Familienhygiene, die die seriöse Organisation zur Veranstaltung derartiger Vorträge und Verbreitung sonstiger Aufklärung ist, hat mit diesen Geschäftemachern nichts zu tun.

Die Organisationen wollen jede Zusammenarbeit mit dieser Vereinigung ablehnen. J. B.

Autodiebe an der Arbeit.

In der Nacht zum 29. Dezember 1929 wurde, wie aus polizeilichen Gründen erst jetzt mitgeteilt werden kann, einem Kaufmann aus Velbert ein Opelwagen aus einer verschlossenen Garage gestohlen. Dieser Wagen wurde am darauffolgenden Morgen an der Ecke Hohenzollern- und Wildenbruchstraße in Gelsenkirchen verlassen vorgefunden. Wie die Polizei festgestellt hat, haben in der Zeit von 9 bis 10 Uhr an dieser Stelle zwei Männer den Wagen verlassen, weil er defekt und ein Weiterfahren unmöglich war. Diese Personen, welche bestimmt als Täter anzusehen sind, waren etwa 20 bis 25 Jahre alt, eine war etwa 1,70 Meter groß und die andere etwas kleiner. Der größere Bursche trug einen grauen Hut, weichen Mantel und schwarze Gamaschen, der Kleinere war mit einem dunklen Anzug und blauer Schirmmütze bekleidet. Beide Männer gingen, nachdem sie aus dem Wagen ausgestiegen waren, die Hohenzollernstraße in Richtung Bismarck Straße hinunter.

Die Kriminalpolizei hat sofort Ermittlungen angestellt. Es haben sich Zeugen gemeldet, die angeben, daß die beiden Burschen betrunken gewesen sind. Wer kann über die Persönlichkeit der Burschen Angaben machen? Wo haben die beschriebenen Personen gezecht? Das Auto trug das Kennzeichen I Y 92 249. Mitteilungen, die vertraulich behandelt werden, nimmt die Kriminalpolizei, Wildenbruchstraße 11 bis 13, auf Zimmer 1 und 5 entgegen.

Arbeiterwohlfahrt Gelsenkirchen.

Mittwoch Handarbeitsstunde im August-Bebel-Haus.

Allerlei Diebstähle. In der Nacht zum 1. Januar 1930 ist aus dem Gastzimmer der Wirtschaft Teckirop, Wilhelminenstraße Nr. 110, ein dunkelbrauner Herrenmantel gestohlen worden. Vor Ankauf wird gewarnt. — Am 1. Januar 1930 wurden einem Gast in einer Wirtschaft an der Grillostraße von einer unbekannt gebliebenen Person eine silberne Herren-Ankeruhr mit Nickelkette sowie ein grarkorierter Seidenschal entwendet. — In der Nacht zum 3. Januar 1930 kam einem Metzger bei einer Rauferei in einer Toreinfahrt der Heinrichstraße eine Brieftasche mit über 600 RM. Inhalt abhanden. — In allen Fällen nimmt Mitteilungen, die vertraulich behandelt werden, die Kriminalpolizei, Wildenbruchstraße 11 bis 13, Zimmer 1 und 3, entgegen.

Von einem Motorrad überfahren. Gestern nachmittag wurde auf der Meyer Straße ein älterer Mann beim Ueberqueren der Straße von einem Motorradfahrer angefahren. Der Motorradfahrer fuhr davon. Der Ueberfahrene mußte von Passanten mit einem Unterarmbruch fortgeschafft werden.

Eine teure Sache. Am Freitagabend fuhr der Kaufmannslehrling Erich F. aus der Luitpoldstraße mit einem großen Handkarren durch die Bahnhofstraße in die Glaspassage. Hier verlor er plötzlich die Gewalt über das Fahrzeug und fuhr ins Schaufenster der Firma Bollenberg. Die Scheibe wurde zertrümmert. Der Schaden beläuft sich auf etwa 1200 RM.

Zwei bemerkenswerte Entscheidungen des Arbeitsgerichts Gelsenkirchen

Unbefugtes Verlassen der Arbeit u. öfterer Alkoholgenuß im Dienst berechtigen zur fristlosen Entlassung

Der Kläger war seit dem Jahre 1917 bei der Beklagten beschäftigt, seit Februar 1929 als Pförtner. Er hatte eines Tages Anfang Oktober die Pförtnerbude verlassen, ohne sich abzumelden, und begab sich in eine Wirtschaft, wo er einen Kognak trank, nach etwa 10 Minuten kam er wieder. Auf diesem Wege war er von dem betreffenden Bergassessor gesehen worden. Der Betriebsführer stellte den Kläger zur Rede, dieser behauptete, immer auf seinem Posten gewesen zu sein. Auf Grund dieses Vorfalls wurde er fristlos entlassen. Der Kläger strengte Klage an beim Arbeitsgericht mit dem Antrag, festzustellen, daß ein Grund zur fristlosen Entlassung nicht vorgelegen habe. Wegen seines Leidens (Gasvergiftung) sei er genötigt, jeden Morgen zu Hause einen Kognak zu trinken, er habe aber an dem betreffenden Morgen keinen Kognak zu Hause gehabt. Die Beklagte beantragte Abweisung der Klage, einmal, weil der Kläger die Arbeit unbefugt verlassen habe, dann aber auch habe der Kläger öfters im Dienst Alkohol zu sich genommen, was verboten sei. Das Arbeitsgericht hat die Klage abgewiesen und dem Kläger die Kosten auferlegt. In den Entscheidungsgründen heißt es:

Nach § 82, Ziffer 3, des Preußischen Berggesetzes können Bergleute ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen werden, wenn sie die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen, beharrlich sich weigern. Daß der Kläger die Arbeit unbefugt verlassen hat, kann keinem Zweifel unterliegen. Auch, wenn der von ihm angegebene Grund richtig ist, so hätte er zum mindesten seinen Vorgesetzten um Erlaubnis fragen müssen, oder er hätte sich, worauf die Beklagte hinweist, von dem Sanitäter Alkohol geben lassen können. Wenn auch dem Kläger zugute gehalten werden mag, daß er bereits 12 Jahre bei der Zeche beschäftigt ist, so kann doch unter den gegebenen Umständen der Fall nicht so leicht angesehen werden, daß eine fristlose Entlassung nicht gerechtfertigt wäre. Schon aus § 22, Ziffer 4, der Arbeitsordnung der Beklagten ergibt sich, daß im Dienst geistige Getränke nicht genossen werden dürfen. Dies ist aber nicht der einzige Fall, daß der Kläger geistige Getränke während des Dienstes zu sich genommen hatte, wie aus den Zeugenaussagen hervorging. Somit hat der Kläger nicht nur die Arbeit unbefugt verlassen, sondern er hat auch gegen die Pflichten der Arbeitsordnung, während des Dienstes keinen Alkohol zu sich zu nehmen, trotz Verwarnung, somit beharrlich, verstoßen. Die fristlose Entlassung erscheint deshalb gerechtfertigt, und die Klage ist abzuweisen.

Unzulässige Erhebung einer Einspruchsklage

Der Kläger war mit der vertraglichen Frist am 2. November zum 4. November 1929 von der Beklagten gekündigt worden. Am 4. November legte der Kläger unter Berufung auf den § 84, Absatz 4, des Betriebsrätegesetzes Einspruch beim Arbeiterrat ein. Dieser erklärte in der Sitzung am 7. November den Einspruch für begründet, hielt am 11. November mit der Direktion in einer besonderen Sitzung Einigungsverhandlungen ab, kam zu einer andern Auffassung und zog an diesem Tage den Einspruch zurück. Am 14. November erhob der Kläger Klage beim Arbeitsgericht mit dem Antrage, zu erkennen: Der Einspruch des Klägers gegen die von der Beklagten ausgesprochene Kündigung wird für gerechtfertigt erklärt, und, falls die Beklagte die Weiterbeschäftigung innerhalb dreier Tage nach Zustellung des Urteils ablehnt oder sich binnen dieser Frist nicht erklärt, die Beklagte zu verurteilen, dem Kläger eine vom Gericht festzusetzende Entschädigung zu zahlen. — Die Beklagte beantragte Klageabweisung. Einmal sei die Klage unzulässig, dann aber auch materiell nicht gerechtfertigt, da der Kläger über den Grund seines Fehlens am 23. September unwahre Angaben gemacht habe. — Die Klage wurde abgewiesen und der Kläger wurde verurteilt, die Kosten zu tragen. — In den — auch für ähnlich liegende Fälle bemerkenswerten — Entscheidungsgründen heißt es:

Da der Kläger am 4. November den Einspruch eingelegt hat, lief die Frist für die Verständigungsverhandlungen am 11. November ab. Infolge der veränderten Stellungnahme des Arbeiterrates über den Einspruch des Klägers hält das Gericht die Erhebung der Einspruchsklage nicht mehr für zulässig. Es kann da weiter hingestellt bleiben, ob die Verständigung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiterrat erfolgen muß. In diesem Falle ist eben die Verständigung dahin erfolgt, daß der Gruppenrat sich von der Grundlosigkeit des Einspruchs überzeugt hat. Ist aber eine Verständigung erfolgt, so ist das Verfahren damit erledigt. Aber auch, wenn man den Standpunkt vertritt, daß die Verständigung zwischen dem Arbeitgeber und dem Entlassenen erfolgen muß, ist die Rechtslage dieselbe, denn wenn der Gruppenrat das Recht hat, den Einspruch für begründet zu erklären, so ist auch umgekehrt anzunehmen, daß er innerhalb der Wochenfrist seinen Beschluß widerrufen kann. Die Klage ist deshalb als unzulässig abzuweisen.

Achtung! Sitzung der SPD.-Fraktion!

Die Sitzung der SPD.-Stadtverordnetenfraktion wird morgen (Mittwoch), um 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus Gelsenkirchen abgehalten. Der Fraktionsvorstand tritt bereits um 17.30 Uhr zusammen.

An der Fraktionssitzung nehmen teil die gewählten Stadtverordneten und der kommunale Beirat.

Buer.

Und wieder ein Protest gegen Gelsenkirchen

Wer erinnert sich nicht noch der Zeiten, als an allen Hausgiebeln des Stadtteils Buer zu lesen war: Buer bleibt Buer! Der Sturm verebbte, und die Verschmelzung ging vonstatten, wenngleich heute ruhig festgestellt werden kann, daß der Stadtteil Gelsenkirchen bisher der leidende Teil bei diesem Unternehmen geblieben ist. Und wieder gab es Proteste gegen die Losreißung des Ortsteils Scholven. Sie waren durchaus berechtigt und wurden vom Stadtteil Gelsenkirchen aufs lebhafteste unterstützt. Und wieder gab es Entschließungen und Proteste — sie sind diesmal sicherlich unberechtigt und werden kaum einen Eindruck auf die Mehrheit der Stadtverordneten am nächsten Donnerstag machen — gegen die Benennung der Gesamtstadt mit dem Namen Gelsenkirchen. Wir geben die nachstehende Entschließung lediglich als gewissenhafte Chronisten wieder, ohne uns mit ihr irgendwie zu identifizieren. Nur das eine wollen wir sagen, daß wir es für maßlos und töricht halten, wenn in dieser Entschließung von Aufbauschung und Vergewaltigung geredet wird. Wir lassen sie im übrigen im Wortlaut folgen:

„Die in einer großen Protestversammlung am 6. Januar 1930 im Katholischen Gesellenhaus versammelten Einwohner der früheren Stadt Buer nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der durch die Stadtverwaltung dem Stadtverordnetenkollegium unterbreiteten Vorlage zur Abänderung des Stadtnamens Gelsenkirchen-Buer durch Streichung des Namens Buer.

Bei der am 1. April 1928 vom Gesetzgeber gegen den Willen der erdrückenden Mehrheit der Buerschen Einwohnerschaft vollzogenen Städtezusammenlegung ist der Name Gelsenkirchen-Buer ausdrücklich festgelegt worden. Der Doppelname gilt als Symbol der Vereinigung gleichwertiger Teile, im Gegensatz zur bloßen Eingemeindung. Alle Instanzen, die bei der Verabschiedung des Umgemeindungsgesetzes mitgewirkt haben, haben sich ausdrücklich für die Beibehaltung des Namens Buer ausgesprochen. Wir sind daher der Auffassung, daß eine Abänderung des Namens im vorliegenden Falle überhaupt nur durch Landesgesetz möglich ist.

Die Schwierigkeiten, die sich für den Verkehr aus dem Doppelnamen angeblich ergeben haben, sind in der Verwaltungsvorlage offenbar planmäßig aufgebauscht und übertrieben. Bei gutem Willen lassen sich diese Schwierigkeiten auch durch geeignete Maßnahmen, wie Numerierung der Postämter, Vereinheitlichung der Straßennamen usw. leicht beseitigen.

Wir erheben daher gegen die Bestrebungen zur Streichung des Namens Buer aus dem Städtenamen schärfsten Protest und verlangen gerade im Hinblick auf eine Zusammenarbeit der neu verbundenen Stadtteile für eine gedeihliche Zukunft der Gesamtstadt die sofortige Zurückziehung der Verwaltungsvorlage.

An die Buerschen Stadtverordneten aller Parteien richten wir die dringende Bitte, sich innerhalb ihrer Fraktionen für die Ablehnung der Verwaltungsvorlage einzusetzen.

Sollte wider Erwarten die Verwaltungsvorlage in der Stadtverordnetenversammlung durch Mehrheitsbeschluß durchgedrückt werden, so werden wir uns mit dieser Vergewaltigung keinesfalls abfinden, sondern wie bei der Umgemeindung die Verteidigung unserer Rechte in allen Instanzen bis zum Preußischen Landtag durchführen.

Im übrigen ist die Versammlung der Ansicht, daß die Namensgebung der Stadt durch Gesetz längst entschieden ist, und daß eine Aenderung des Stadtnamens ausschließlich Sache des Landesparlaments sein kann.

Beförderungsziffern der Bestischen Kleinbahnen

Das größte Verkehrsunternehmen des Emscher-Lippelandes, die Bestischen Kleinbahnen, können nunmehr auf ein 15jähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1901 haben sich die Unternehmer durch einen Vertrag unter Führung des Landkreises Recklinghausen zusammengeschlossen. Die „Bestische" hat in der Hauptsache den Charakter von Ueberlandbahnen. Der stärkste Verkehr herrschte im Stadtkern Buer Mitte. Hier wurden auf der Strecke bis zum Schnittpunkt der Linie Westerholt 4000 Personen durchschnittlich befördert. Recklinghausen Stadtkern konnte 3500, die Linie Datteln bis Erkenschwick 2000 Personen verzeichnen. 1500 fuhren von Gladbeck bis Bey, 3000 von dort bis Bottrop. Die kurzen Strecken um Bottrop herum hatten günstige Beförderungsziffern aufzuweisen. Manche Linie erfordert noch Zubuße, so auch die Strecke von Buer nach Schalke, auf der 1500 Personen im Tagesdurchschnitt befördert wurden. Die Linie wird stärker benutzt werden, wenn die Unterführung bei Schalke Nord einen unmittelbaren Straßenbahnverkehr zwischen Gelsenkirchen und Buer zuläßt.

Vermißt. Der 18jährige Bürolehrling Kurt Serowie, dessen Angehörige in der de-la-Chevallerie-Straße wohnen, hat sich am 2. dieses Monats, um 15.30 Uhr, aus der elterlichen Wohnung entfernt und ist bisher nicht zurückgekehrt. Der Junge ist 1,70 Meter groß, stattlich, hat dunkelblondes, welliges Haar, blaue Augen, rundes, blühendes Gesicht, in dem sich Sommersprossen befinden. Er war mit einem blauen, ausgewachsenen und abgetragenen Anzug, braunen Schuhen, braungestreiften Strümpfen und einem dunklen Haarhut bekleidet. Nachrichten über den Vermißten nehmen alle Polizeidienststellen entgegen.

Auf frischer Tat ertappt. In der Nacht zum 4. Januar, gegen 3.30 Uhr, vernahm eine Polizeistreife in dem Verkehrshäuschen an der Freiheit ein verdächtiges Geräusch. Bei näherem Zusehen gewahrten sie einen Einbrecher, der gerade damit beschäftigt war, die Tür zum Verkaufsraum zu erbrechen. Er wurde festgenommen.

Zechpreller. In der Gastwirtschaft F. in Horst hatte ein Gast aus Gladbeck eine Zeche gemacht und versuchte alsdann heimlich zu verschwinden. In einem unbewachten Augenblick hatte er es verstanden, sich noch eine Flasche mit Steinhäger anzueignen. Diese hatte er anscheinend nicht sicher genug verpackt, denn beim Hinausgehen entfiel sie ihm, wodurch der Wirt auf ihn aufmerksam wurde. Er wurde der Polizei übergeben.

Festgenommen wegen Diebstahls wurden die Arbeiter G. und B. aus Hassel. Dieselben hatten unter anderem vor einigen Wochen ein vor dem Volkshaus, hierselbst, aufgestelltes Fahrrad gestohlen, welches sie bei der Verfolgung fortgeworfen hatten. G. wurde auch wegen eines in Alsdorf bei Aachen ausgeführten Diebstahls gesucht. Sie wurden dem Amtsgericht vorgeführt.

Einen empfindlichen Verlust erlitt ein hiesiger Kaufmann durch die Unehrlichkeit zweier Angestellten. Von der Deutschen Bank in Gladbeck war am 24. Dezember 1929 dem Vorzeiger eines mit seinem Namen unterzeichneten Schecks der Betrag von 734 Reichsmark ausgezahlt worden. Jetzt erst stellte es sich heraus, daß der Scheck gefälscht war. Als Täter wurden zwei in seinem Dienst stehende Personen ermittelt, die das Scheckformular entwendet und selbst unterzeichnet hatten. Sie hatten das Geld bereits verjubelt. Sie wurden festgenommen und dem Amtsgericht vorgeführt.

Kindesaussetzung. In der Mittagszeit wurde in dem Hause Merveldtstraße Nr. 7 ein 10 Monate altes Kind aufgefunden, das von einer Hausgehilfin aus Erle dorthingeschafft worden war. Der Erzeuger des Kindes soll sich der Unterhaltspflicht für das Kind entziehen, die Kindesmutter hat ihn an seine Verpflichtungen erinnern wollen. Mitleidige Nachbarn in dem fraglichen Hause nahmen sich des Kindes an und benachrichtigten die Kriminalpolizei. Diese stellte die notwendigen Erhebungen an und veranlaßte die Unterbringung des Findlings in das Nesser Säuglingsheim.

Festgenommener Betrüger. Ein hiesiger Kaufmann wurde auf Grund eines Haftbefehls wegen Betruges festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt.

Den Arm zerschmettert. Im Betriebe der Zeche Ewald ereignete sich am Samstagnachmittag ein Unfall. Ein im Ueberlagebetriebe beschäftigter Maurer einer Hertener Firma wurde dadurch verletzt, indem sich von einem Bauwerk eine Eisenstange löste und den rechten Arm des Arbeiters zerschmetterte. Der Verletzte mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Straßenraub. Eine in der Steinmetzstraße wohnende Witwe hatte am Donnerstag, gegen 10.30 Uhr, auf der Post ihre Rente abgehoben. Es fiel ihr hier ein Mann auf, der sie scharf beobachtete. Als sie das Postgebäude verließ, folgte ihr der Unbekannte und entriß ihr in der Nähe des Pfandhauses an der Brinkgartenstraße blitzschnell ihre Brieftasche, in der sich 50 RM. Bargeld und verschiedene Papiere befanden. Es handelt sich u. a. um Vormundschaftsurkunden von den Kindern Max und Erna Ziesner um eine gelbe, vom Fürsorgeamt Buer ausgefüllte Ausweiskarte und um eine Merkkarte vom hiesigen Wohnungsamt.

Wertvolle Fensterscheibe zertrümmert. In der Nacht zum Freitag wurde an einem hiesigen Warenhaus durch Werfen mit Ziegelsteinen eine Schaufensterscheibe im Werte von 900 RM. zertrümmert.

Buerscher Gerichtstag.

Gefängnis für einen Messerhelden.

Der Bergmann L. aus Buer-Resse, der sich vor dem Schöffengericht wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten hatte, zählt gerade nicht zu den Männern der „zärtlichsten" Art. Er veranlaßte am 21. September, nachdem er schon vorher in einer Wirtschaft an der Ewaldstraße beim Kartenspiel Krach gehabt hatte, draußen auf der Straße ohne jeden Grund einen Streit, wobei sein Gegner, ein armer Invalide, der kaum auf den Beinen stehen kann, zwei böse Messerstiche erhielt. Bereits in der Wirtschaft hatte der Angeklagte Umstehenden zu verstehen gegeben, daß er ein Messer bei sich habe. Draußen angelangt, sah er einen seiner Arbeitskollegen mit dem Invaliden C. zusammenstehen. L. sagte zu seiner Frau und seinem Begleiter: „Ei, da ist ja ein Krumpel von uns" und ging sofort auf die beiden fremden Männer los. Da sich der Invalide auf seinen Stock stützte, riß der Angeklagte mit den Worten: „Na, schleppt man in Resse Hackenstiele nach?" dem Krüppel den Stock weg und warf denselben in einen benachbarten Garten. Als der Invalide nunmehr seinen Stock zurückforderte, kam die Frau des Angeklagten und brachte dem Mann den Stock zurück. In demselben Moment soll der Angeklagte auf seinen Gegner losgegangen sein, und als der Krüppel wieder im Besitz seines Stockes war, versuchte er mit erhobenem Stock sich seinen Gegner, und zwar den Angeklagten, vom Leibe zu halten. Letzterer faßte aber den Mann, und ehe sich der Angegriffene versah, hatte er zwei gefährliche Messerstiche erhalten. Inzwischen balgten sich ein Freund des Angeklagten und ein Begleiter des Angegriffenen am Boden herum, so daß eine regelrechte Keilerei im Gange war. Die Angreifer machten sich mit ihren Rädern davon, während der durch Messerstiche verletzte C. kurz vor der Zeche Ewald bewußtlos zusammenbrach. Er ist auch heute noch nicht wieder vollständig genesen und durch die Verletzung ein noch größerer Krüppel geworden. Das Gericht konnte die von dem Angeklagten angegebene Notwehr als nicht gegeben betrachten und erkannte wegen der Gefährlichkeit, so ohne weiteres auf seine Mitmenschen einzustechen, auf eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten. 4 Monate muß der Angeklagte absitzen, während er für die restlichen 4 Monate wegen seiner bisherigen Unbescholtenheit eine Bewährungsfrist erhielt.

Verkehr.

Bildtelegramme nach England.

Am 7. Januar wird um 15.30 Uhr ein öffentlicher Bildtelegraphendienst zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien einschließlich Nordirland auf einer Bildtelegraphenverbindung Berlin—London aufgenommen werden. Bildtelegramme können bei allen Post- und Telegraphenanstalten im Reich aufgeliefert und nach allen Orten in Großbritannien und Nordirland gerichtet werden. Als Gebühr werden für einen Quadratzentimeter Bildfläche 21 Rpf. erhoben, die Mindestgebühr beträgt 21 RM. für das Bildtelegramm.

Deutschland besitzt bereits Bildtelegraphenverbindungen mit Dänemark, Oesterreich und Schweden. Die Eröffnung der Bildtelegraphenverbindung Berlin—London bedeutet einen weiteren wichtigen Schritt in der Entwicklung des europäischen Bildtelegraphenwesens.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Tambourkorps Gelsenkirchen.

Die Proben beginnen am Dienstag, dem 14. Januar, abends 7.30 Uhr, in der Lessingschule, Herzogstraße.

Schutzsport, Gelsenkirchen.

Das Spiel am Sonntag fiel aus. Bochum-Bergen war nicht angetreten. Die erste und zweite Mannschaft trugen ein Tennisspiel aus.

Donnerstag, den 9. dieses Monats, abends 8 Uhr: Unterhaltungsabend bei Wischen (Weskamp, Rotthausen).

Samstag, den 11. dieses Monats, abends 7.45 Uhr: Turnen im Lyzeum.

Schutzsport, Horst-Emscher.

Horst 1 gegen Essen West 1 1 : 0.

Das angesetzte Handballspiel fand bei schönem Wetter statt und endete erwartungsgemäß mit dem Siege der Horster. Eine Viertelstunde nach Beginn konnte der Halblinke den ersten Treffer anbringen, der auch der einzigste blieb. Nach der Halbzeit blieb Horst auch weiter überlegen, konnte aber kein Tor mehr werfen. Resultat 1 : 0 für Horst. Ein schönes und faires Spiel.

Vorher spielten die zweiten Mannschaften. Essen gewann hier 2 : 1.

◆ VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Der Volkstanzkreis Gelsenkirchen

teilt mit, daß die Tanzabende von dieser Woche ab jeden Mittwoch im Volkshaus Rotthausen abgehalten werden. Alle, die Freude am Volkstanz haben, finden herzlichste Aufnahme.

Freie Schulgesellschaft, Bulmke.

Donnerstag, den 9. dieses Monats, abends 8 Uhr, in der Fichteschule: Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Wahl der Delegierten und Stellung von Anträgen, 3. Vorstandswahl, 4. Wahl der Ordnungsleute zum Unterhaltungsabend am 25. dieses Monats in der Stadthalle.

Besonders werden unsere Parteimitglieder auf die Wichtigkeit dieser Versammlung aufmerksam gemacht.

Aus der Arbeiter-Sängerbewegung.

Volkschor Gelsenkirchen.

Heute (Dienstag), abends um 8 Uhr, im Metallarbeiterheim: Männerchorprobe.

Ab kommenden Freitag werden die Frauenchorproben zur üblichen Zeit wieder in der Aula des Realgymnasiums abgehalten.

Tagesgloſſen

Obrigkeitsstaat — oder der ungebührliche Pfennig.

Ein Automobilist wurde vom württembergischen Oberamt Geislingen in eine Ordnungsstrafe von 11 RM. genommen. Der Bestrafte war der Ansicht, daß es sich um eine überbürokratische Maßregel handle, die nicht gerechtfertigt sei. Er ärgerte sich nach Kräften, und das war sicher sein gutes Recht. Nun wollte er aber wieder ärgern, und dabei lernte er den heiligen Bürokratius kennen. Er zahlte zwar seine Strafe, aber nicht etwa durch Posteinzahlung oder Ueberweisung, sondern in bar. Er schickte dem Oberamt Geislingen einen Kasten, der genau abgezählt elf Reichsmark in Ein- und Zweipfennigstücken enthielt. Was geschah? Das Oberamt Geislingen schickte ihm einen neuen Strafbefehl zu über 10 RM. wegen Ungebühr gegenüber der Behörde.

Der bestrafte Automobilist legte Beschwerde beim Württembergischen Ministerium des Innern ein, er drang aber damit nicht durch, obwohl er der Behörde nahelegte, sie möchte Achtung vor dem Pfennig zeigen. Das Ministerium antwortete ihm, er habe eine Verhöhnung der Behörde beabsichtigt und sei darum zu Recht in Strafe genommen worden.

Man mag über die Rache des bestraften Automobilisten denken, wie man will, — aber seit wann ist der Staatsbürger verpflichtet, freundlichen Aufforderungen zur Zahlung von Strafbefehlen in bestimmten Geldsorten oder auf bestimmtem Zahlungswege nachzukommen? Aus dem Strafbefehl des Geislinger Oberamts, wie aus dem Bescheid des württembergischen Innenministeriums spricht aufgeblasener Obrigkeitsdünkel des Bürokratismus, der gar nicht mehr in unsere Zeit paßt. Es ist jener Geist, der vom Staatsbürger verlangt, daß er vor Ehrfurcht erschauernd mit den Händen an der Hosennaht stramm zu stehen hat, wenn irgendeine Behörde etwas von sich gibt. Etwas mehr Humor und etwas weniger verknöcherter Bürokratendünkel würden dem heiligen Bürokratismus von Württemberg sicher nichts schaden!

Die Straflosen.

Die demokratische Verfassung gewährleistet uneingeschränkte Freiheit der Meinungsäußerung und der Presse. Die stillschweigende Voraussetzung ist dabei, daß alle Staatsbürger den guten Willen haben, die Schranken zu beachten, die durch die Gesetze und die Achtung vor den Mitmenschen gezogen sind. Bei der Presse der extremen Parteien ist dieser Wille nicht vorhanden. Diese Sorte von Presse benutzt die demokratische Freiheit zu einer Taktik, die ebenso verbrecherisch wie feig ist. Sie fordert täglich zu Gewalttaten gegen Andersdenkende auf in dem Bewußtsein, daß den Redakteuren, die solches tun, nichts geschehen kann. Die „Rote Fahne", das Zentralorgan der Kommunisten, hetzt ihre Leser zu einem wahren Hakenkreuzprogramm auf. Sie schreibt:

„Aus ihren Schlupfwinkeln müssen die Goebbels-Banditen ausgeräuchert werden. Berlin muß faschistenrein werden."

Wer die letzten Vorgänge in Berlin kennt, der weiß, daß dies eine unverhohlene Aufforderung zum bewaffneten Ueberfall auf die Verkehrslokale der Hakenkreuzler ist. Dazu hetzt die „Rote Fahne" noch gegen den Hakenkreuz-Goebbels persönlich: „Die Berliner Arbeiterschaft müßte sich überlegen, ob sie nicht den Anstifter der blutigen Ueberfälle an seinem Krankenbett einen Besuch abstatten sollte."

Auf der anderen Seite benimmt sich die Hakenkreuzpresse nicht weniger bestialisch. Die Hetze hat Erfolg, eben erst sind in Berlin eine Reihe von Kommunisten und Hakenkreuzler unter der Beschuldigung schwerer Bluttaten verhaftet worden. Liest man die Liste der Verhafteten hüben und drüben, so sieht man mit Erstaunen: alles Arbeiter! Die werden nun bestraft, schwer bestraft, den eigentlichen Verantwortlichen aber, den hetzenden Redakteuren, die vom sicheren Schreibtisch aus anstiften, und selber weit vom Schuß bleiben, denen geschieht nichts! So geht der Privatkrieg der extremen Parteien untereinander weiter und die Staatsgewalt sieht achselzuckend zu und wartet auf die kommende Erneuerung des Republikschutzgesetzes.

Finanzkapitalistische Anmaßung.

Die Ernennung des Sozialdemokraten Robert Schmidt zum Reichswirtschaftsminister paßt gewissen Bank- und Börsenleuten nicht in den Kram. Am Tage nach der Ernennung hängte eine Heilbronner Bank in ihrem Schaufenster einen sogenannten Wirtschaftsbericht auf, der diese Ernennung in herabwürdigender Art besprach. Es wurde bedauert, daß die Sozialdemokratie nicht an Stelle des Klaviermachers Robert Schmidt wenigstens einen bilanzsicheren Buchhalter als Wirtschaftsminister in Vorschlag gebracht habe. Daran schlossen sich eine Reihe von anmaßenden und herabsetzenden Aeußerungen über den neuen Wirtschaftsminister Robert Schmidt. Als die Bankleitung zur Rede gestellt wurde, entschuldigte sie sich damit, daß sie regelmäßig einen Berliner Wirtschaftsdienst aushänge, der von ihr abonniert sei. Sie habe die Ausführungen nicht gelesen, sonst hätte sie den Aushang nicht vorgenommen.

Es stellt sich also heraus, daß Berliner Bank- und Börsenleute auf dem Wege solcher Rundschreiben eine versteckte und herabsetzende Hetze gegen sozialdemokratische Minister betreiben. Die hochmütige Ueberhebung dieser Bank- und Börsenmenschen zeugt gegen sie selber. Es gibt auch außerhalb der Kreise der Börsenfaulenzer kenntnisreiche und tüchtige Menschen! Wenn sich die Berliner Börsenfaulenzer geärgert fühlen durch die Ernennung Robert Schmidts, dann ist es gerade recht!

Enttäuschungen über Mussolini.

Die Hitler-Partei hat sich an Mussolini herangedrängt und wedelt vor ihm mit dem Schweif. Mit Stolz deklamiert sie immer wieder, daß auf ihrem letzten Nürnberger Parteitag ein offizieller italienischer Vertreter erschienen ist.

Nun hat Mussolini Herrn Hitler einen bitteren Schmerz zugefügt. Er hat zum Botschafter in Berlin Herrn Orsini Baroni ernannt. Es stellt sich heraus, daß die Gattin des Botschafters eine geborene Gutmann ist aus dem Hause Gutmann, das die Dresdener Bank regiert.

Armer Hitler, mit deinen antisemitischen Idealen! Aber hat er aus Liebe zu Mussolini das eine Auge vor Südtirol zugedrückt, so wird er auch noch das andere vor der geborenen Gutmann zudrücken.

Der Antisemit als Strafrichter.

Vorm Landgericht in Lyck in Ostpreußen stand ein Angeklagter, der das Unglück hat, Jude zu sein, und dabei vor einen antisemitischen Strafrichter zu geraten. Das Urteil, das gegen ihn gefällt wurde, bezeichnete ihn in der Begründung nicht als den Angeklagten XY, sondern als „der Jude XY". Der Schlußsatz der Begründung aber lautete (Aktenzeichen 2 J 1396): „Das Gericht hat darauf zu achten, daß solche ausländischen Elemente für die Zukunft unschädlich gemacht werden." Dieser Strafrichter von Lyck, Sperling ist sein Name, scheint eine sehr eigenartige Auffassung von seinem Amt zu haben!

Für unsere Kinder

FLICK FLOCK FLAUM

EINE ZWERGENGESCHICHTE IN BILDERN UND VERSEN



Flick, Flock, Flaum, die Zwerge
Zog's zum höchsten Berge,
Zu 'ner Rodel-Rutschpartie,
Sie gelang auch — aber wie?!



Von dem Gipfel munter
Ging's in Kurven 'runter.
An der ersten lag, o weh,
Schon der Flaum im tiefen Schnee.



Seiner Freunde Lachen
Unterbrach ein Krachen.
Doch es fielen weich zum Glück,
Ohne Beinbruch, Flock und Flick.



Nur der schöne Schlitten
Hatte sehr gelitten.
Und nun streiten sich die drei
Wer denn daran schuldig sei.

Nr. 5. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Dienstag, den 7. Januar 1930.

Angriffe der Unternehmerpresse gegen die Arbeiterbank

Die Gründung und die gute Entwicklung der Arbeiterbank war für die „Bergwerks-Zeitung" zu wiederholten Malen Anlaß, ihr Unbehagen über das neueste gewerkschaftliche Unternehmen zum Ausdruck zu bringen. Wir würden gegen eine sachliche Kritik über die Bank nichts einzuwenden haben, wenn diese nicht immer von dem Bestreben getragen wäre, der Arbeiterbank Rechte abzusprechen, die man für sich und die eigenen Betriebe bei jeder Gelegenheit in Anspruch nimmt.

Vor Monaten war es der Wohlfahrtsminister, dem man es übelnahm, daß er die Arbeiterbank als mündelsicher bezeichnete. Diesmal wird der Arbeitsminister um Hilfe angerufen, weil der Vorstand des Halberstädter Knappschaftsvereins gegen die Stimmen der Arbeitgeber beschlossen hat, bei der Arbeiterbank ein Konto zu errichten. Vor einigen Tagen wurde die Arbeiterbank bezichtigt, Wucherzinsen zu nehmen, aus Anlaß einer Darlehnshergabe an den Sächsischen Staat. Von einer Berichtigung ihrer nachweisbar wissentlichen Lüge hat die „Bergwerks-Zeitung" bis heute Abstand genommen.

Alle anderen Stellen im Reich, nur die „Bergwerks-Zeitung" nicht, haben bis heute eingesehen, wie albern es ist, dauernd an Dingen herumzukritisieren, die sie doch nicht mehr ändern können. Was aus der dauernden Kritik der „Bergwerks-Zeitung" spricht, ist doch nichts anderes, als der Aerger darüber, daß die organisierten Arbeiter ihre Arbeiterbank nicht nur zur Verwaltung ihrer gewerkschaftlichen Gelder benutzen, sondern daß diese auch dazu übergeht, Spargelder in weitestem Umfange hereinzunehmen, ja, selbst überschüssige Gelder aus den einzelnen Sozialversicherungsinstituten, darunter auch aus den Knappschaftsvereinen.

Früher allerdings, da war es anders. Da wurden alle Gelder der Knappschaft nicht nur bei mündelsicheren Banken angelegt, sondern vielfach auch zu sehr billigen Zinsen in den Betrieben der Arbeitgeber. Ob das zulässig war, oder ob die Arbeitnehmer damit einverstanden waren, war den Arbeitgebern schnuppe. In vielen Fällen wurden die Arbeitnehmer gar nicht einmal danach gefragt. Minister, die die Arbeiter um Hilfe anrufen konnten, waren damals nicht vorhanden, weil es die Arbeitgeber immer fertig brachten, den Ministern der Regierungen in der Vorkriegszeit den Daumen ins Auge zu drücken, um sie ihren Wünschen willfährig zu machen.

Trotzdem die „Bergwerks-Zeitung" und ihre Hintermänner wissen, daß viel mehr Geld der Knappschaften bei der Deutschen Bank und anderen Banken untergebracht ist, als bei der Arbeiterbank, haben wir bis heute noch nicht wahrgenommen, daß sie den Arbeitsminister einmal angerufen hätten mit der Bitte um Feststellung, ob die dort angelegten Gelder auch sicher sind. Wenn nicht, dann darum, weil ihre Hintermänner, die sie in der „Bergwerks-Zeitung" vertritt, bei der Deutschen Bank und anderen Banken Mitverdiener an den Geldern der Knappschaft sind.

Wenn die „Bergwerks-Zeitung" die Gründung der Arbeiterbank als eine rein sozialistische Gründung bezeichnet, wird hier mit Absicht gelogen, um die großen und kleinen Spießer aufsässig zu machen. Die „Bergwerks-Zeitung" weiß, daß die Arbeiterbank eine rein gewerkschaftliche Gründung ist, allerdings mit der ausgesprochenen Absicht, den Gewinn an ihren Geldern der Habgier der an der „Bergwerks-Zeitung" interessierten Privatwirtschaft zu entziehen.

Daß die Knappschaftsvereine in Deutschland durch die Bankrottwirtschaft einer bürgerlichen Regierung ihr Millionenvermögen verloren haben, darüber haben wir von ihr noch keine Kritik gehört. Auch nicht darüber, daß große Aktiengesellschaften mit Millionen Knappschaftsvermögen große Wohnkolonien gebaut haben, die in ihrem Wert nichts verloren, wofür die hereingenommenen Knappschaftshypotheken aber nur nach der gesetzlichen Vorschrift aufgewertet wurden. Aus Entgegenkommen dafür schimpft man heute um so mehr auf das Rentenbegehren der invaliden Bergarbeiter.

Ob die Gelder der Knappschaftsvereine bei der Arbeiterbank mündelsicher sind, darüber mag sich die „Bergwerks-Zeitung" keine grauen Haare wachsen lassen. Die Anlage dort ist jedenfalls viel sicherer, als vielleicht selbst bei der Deutschen Bank und anderen Privatbanken. Wir verstehen ihren Schmerz, der darin begründet ist, daß die Unternehmer heute nicht mehr allein zu bestimmen, auch nicht mehr die Möglichkeit haben, den Arbeitern nicht nur in den Betrieben, sondern auch noch darüber hinaus das Fell über die Ohren zu ziehen. Wir verstehen ihre Verärgerung auch darüber, daß die Arbeiterbank neben ihren sonstigen Einlagen heute schon die Spareinlagen von zirka 80 000 Sparern besitzt, die damit dem Zugriff ihrer Unternehmer entzogen und nur dort angelegt werden, wo es mehr im Interesse der Arbeiter, als im Interesse der Unternehmer liegt.

Auf der einen Seite schreit man nach Kapitalbildung, auf der anderen Seite bekämpft man sie, soweit sie nicht in den eigenen Betrieben und den eigenen Banken erfolgt. Auf der einen Seite bezeichnet man die Kapitalbildung durch die kleinen Sparer als Diebstahl an dem Unternehmertum in Form von zu hohen Löhnen, während sich die Privatbanken die Hacken ablaufen, um der kleinen Sparer, die sie während der Inflation um ihre Ersparnisse betrogen, wieder habhaft zu werden.

„Politik, wie siehst du so wunderlich aus!" könnte man sagen, wenn man nicht wüßte, daß es die immer alte privatkapitalistische ist mit der Absicht, die immer wieder Gutgläubigen auszubeuten.

Die stetige Aufwärtsentwicklung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten beweist, daß sie aus den Kinderschuhen heraus ist, ohne Hilfe der „Bergwerks-Zeitung" laufen lernte und unbeschadet aller Angriffe das werden wird, was sie werden soll, eine Sparstelle für alle der freien Arbeiterbewegung dienenden Arbeiter, Angestellten und Beamten und damit ein neus Glied der freien deutschen Arbeiterbewegung.

new.

Unsere Inseration
Kontrolle

unterbreitet einem nach tausenden zählenden Leserkreis die Inventurangebote rechtzeitig durch den Anzeigenteil des intensiv beachteten Volkswillen!

Hauszinssteuerhypotheken für Wohnungsbauten.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, haben die zuständigen Minister jetzt die neuen Grundsätze bekanntgegeben für die Vergebung von Hauszinssteuerhypotheken zu Wohnungsbauten, die im Jahre 1930 errichtet werden sollen. Die Grundsätze schließen sich in der Hauptsache den vorjährigen Richtlinien an. Neu ist vor allem die Bestimmung, daß am 1 April 1930 die Tilgung derjenigen Hauszinssteuerhypotheken zu beginnen hat, die in dem Rechnungsjahre 1924 bewilligt und bis einschließlich 1 April 1925 völlig zur Auszahlung gekommen sind. Für die nach dem 1. April 1925 ausgezahlten Hauszinssteuerhypotheken ist von einer Tilgung für die ersten 5 Jahre von dem auf die Auszahlung der Schlußrate folgenden 1. April und 1. Oktober eines Jahres ab abzusehen. Weiterhin bestimmen die neuen Richtlinien, daß eine Herabsetzung des Zinssatzes für die Hauszinssteuerhypothek von 3 v. H. bis auf 1 v. H. hinfort nur noch zulässig sein soll, wenn sich aus der Gesamtbelastung des Neubaues eine Miete ergibt, die 150 v. H. der Friedensmiete für entsprechende Altwohnungen überschreitet.

Ausdehnungspläne des R. W. E.

60 Millionen braucht es.

In der letzten Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung fand die Frage, ob die Stadt den Verkauf des Städtischen Elektrizitätswerkes an das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk erwäge, nur ein schwaches Gehör. Aus der Versammlung wurde der genaue Kaufpreis (40 Millionen RM) genannt und Verzinsungs- und Amortisationsmethoden spezifiziert.

Daß das RWE. Ausdehnungspläne größten Ausmaßes schon in den nächsten Jahren durchzuführen gedenkt, ist ein offenes Geheimnis. Für diese Pläne benötigt es 60 Millionen RM., von denen die Hälfte durch Abgabe von jungen Aktien zum günstigsten Kurse von 130 Prozent im Verhältnis von einer jungen auf sechs alte Aktien gedeckt werden soll.

Der Kreisausschuß hat dem demnächst zusammentretenden Kreistag empfohlen, das Bezugsrecht auf die in seinem Besitz befindlichen 1,26 Millionen RM RWE.-Aktien auszuüben und zu diesem Zweck eine kurzfristige Anleihe von 310 000 RM. bei der Kreissparkasse aufzunehmen.

Der Grund für diesen Vorschlag ist die Befürchtung, daß, wenn die jungen Aktien nicht von den Kommunen aufgenommen werden, der kommunale Einfluß im RWE. entsprechend geschwächt werden würde. Aus diesem Grunde wird die Stadtverwaltung Düsseldorf dem Finanz- und Verfassungsausschuß eine Beteiligung der Stadt an der „Kommunalen Aufnahmegruppe für Aktien, GmbH." in Essen vorschlagen.

Diese im Jahre 1927 gegründete Gruppe dient der Sicherung des kommunalen RWE.-Aktienbesitzes. Die Aktien und Bezugsrechte der gebundenen Kommunen dürfen nicht veräußert werden, ehe sie nicht den übrigen beteiligten Kommunen durch die „Aufnahmegruppe" zum Kaufe angeboten worden sind. Im November 1929 wurde die bis dahin nur lose organisierte Gruppe durch Vertrag konsolidiert. Die Beteiligung am Stammkapital ist wie folgt verteilt: Essen 21 000 RM., Düsseldorf 13 000 RM., Mülheim-Ruhr 11 000 RM., Duisburg 5000 RM., Gelsenkirchen-Buer 6000 RM., Rheinprovinz 5000 RM., Zweckverband Köln-Mülheim 5000 RM., Kreis Mörs 8000 RM., Kreis Altenkirchen-Westerwald 8000 RM., Kreis Siegen 8000 RM., Kreis Iserlohn 8000 RM., zusammen 100 000 RM.

Wieder Sturm auf die Krankenkassen?

Noch ehe der Frost seinen Einzug gehalten hat, haben unsere vortrefflichen „Wirtschaftsführer" gewaltige Arbeitermassen aufs Pflaster geworfen. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist bis zum 11. Dezember auf 1,3 Millionen gestiegen. Die Krankenkassen zeigen demgegenüber einstweilen noch verhältnismäßig günstige Zahlen. Ende November lag der durchschnittliche Krankenstand noch unter 4 v. H. Es haben sich also offenbar nur die wirklich Arbeitsunfähigen krank gemeldet; wieder ein Beweis für das Verantwortungsbewußtsein und die Disziplin der Arbeiterschaft. Trotzdem wird wohl in den kommenden Monaten aus gesundheitlichen Gründen wieder mit einem Ansteigen der Krankheitsziffer bei Fortdauern der Kälte gerechnet werden müssen. Dabei ist die Arbeitslosigkeit auch deshalb nicht ohne Bedeutung, weil Menschen, die sich nicht entsprechend zu nähren vermögen und die in schlecht geheizten Räumen leben, eben der Gefahr von Erkältungskrankheiten in besonderem Maße unterworfen sind. So wird es in der Hauptsache vom Wettergott abhängen, ob wieder mit einem solchen Ansturm auf die Krankenkassen zu rechnen ist wie in den Frostmonaten des vergangenen Winters.

Vorläufig allerdings zeigt sich der Sturm nur im Rasseln der Druckmaschinen. Die durch den Referentenentwurf des Reichsarbeitsministeriums eingeleitete Gesetzesreform auf dem Gebiete der Krankenversicherung hat starken Widerhall in der Oeffentlichkeit gefunden. Das Bürgertum und seine Presse klagen einmal wieder in den bewegtesten Tönen über die „überspannte Sozialpolitik". Dabei macht ihnen vor allem die von der Arbeitnehmerschaft geforderte Erweiterung des Versichertenkreises Kopfzerbrechen. Ja, das Unternehmertum hat sich sogar ausdrücklich dagegen erklärt, die Versicherungsgrenze der verteuerten Lebensführung anzupassen. Dabei trifft diese Verteuerung in ganz besonderem Maße die Kosten der Lebenshaltung. Die moderne medizinische Wissenschaft fordert die Anwendung teilweise recht kostspieliger Mittel (Bestrahlungen, Bäder usf.). Vor allem hat die Krankenpflege eine wachsende Bedeutung erfahren. Daß dementsprechend auch die Ausgaben der Krankenkassen gestiegen sind, ist selbstverständlich.

Jedoch konnte erfreulicherweise die von Gegnern der Krankenversicherung in der bürgerlichen Presse ausgestreute Nachricht, die Krankenkassen wiesen am Jahresende Fehlbeträge auf, bereits erfolgreich widerlegt werden. Was immer kommen mag, die Krankenkassen werden auch in diesem Winter in der Lage sein, ihre Mitglieder sicher über die anstürmenden Wogen der Erkältungs- und sonstigen Winterkrankheiten hinüberzuführen. Dabei ist die ruhige Sicherheit der Fahrt nicht zuletzt abhängig von der Größe des Schiffes, d. h. mit anderen Worten: Je größer die Zahl der Versicherten ist, auf die eine gemeinsame Last sich verteilt, um so leichter wird sie zu tragen sein. Darum wird bei einer Reform der Krankenversicherung ein für allemal mit der Neubildung kleinster Kassengebilde, wie sie vor allem in der Form der Innungskrankenkassen immer wieder vorkommen, aufgeräumt werden müssen. Die noch im Mittelalter wurzelnden Ideen der Innungskrauter dürfen eine moderne Gestaltung der deutschen Sozialversicherung nicht länger hemmen.

Die Bedeutung der deutschen Einheitskurzschrift

Am 17. Oktober 1924 beschlossen die Regierungen sämtlicher deutschen Länder und die obersten Reichsbehörden, daß für Amt und Schule künftig nur die Einheitskurzschrift zulässig sein sollte. Damit war der bisherigen Zersplitterung der Systeme, im besonderen dem hitzigen Kampf zwischen den beiden Hauptrichtungen Gabelsberger und Stolze-Schrey, ein Ende gesetzt. Wie kamen, so muß man fragen, die staatlichen Stellen dazu, sich in den Streit der verschiedenen stenographischen Parteien zu mischen und ein Schriftgefüge sozusagen amtlich abzustempeln, das sich bis dahin noch nicht bewährt hatte, wenn es auch freilich langen Beratungen zwischen den Vertretern der erwähnten beiden Schulen als ein Kompromiß zwischen diesen zustande gekommen war? Der Grund lag darin, daß man die Stenographie jetzt, und erst jetzt, als eine wichtige Angelegenheit betrachtete, in ihr einen Fortschritt über unsere Gebrauchsschrift hinaus sah und wünschte, daß, wie die Geschäftswelt sich schon längst die bedeutende, durch sie zu erzielende Zeitersparnis zunutze gemacht hatte, nunmehr auch die Verwaltungen nicht hinter den privaten Büros zurückstehen sollten. Daß dies nur möglich war und ist, wenn die Kurzschrift eine einheitliche Form hat, liegt auf der Hand. Nur der kann es leugnen, der ihr die Möglichkeit abspricht, ein allgemeines Mittel des Schriftverkehrs zu werden. Der Verkehr bedarf auf allen Gebieten (man denke nur an das Münzwesen, an die Rechtschreibung) der Normalisierung, der Vereinheitlichung. Je höher man von der Kurzschrift denkt, desto mehr muß man hier die Uniformität verlangen. So schwierig nun auch das Unternehmen war, diese herzustellen, so ist es doch über Erwarten gut gelungen. In allen Schulen wird nur die „neue" Kurzschrift gelehrt, die Beamten werden nachdrücklich auf ihre Erlernung hingewiesen, die private Organisation zu ihrer Pflege, der „Deutsche Stenographenbund", zählt nicht weniger als 170 000 Mitglieder, fast in jedem größeren Orte besteht ein Verein (in Recklinghausen der Reichskurzschriftverein unter Leitung seines Vorsitzenden, Polizeiobersekretär Tritsch, Recklinghausen S 3, Blitzkuhlenstraße 28) von 1559 im Vorjahr durch die Handelskammer Geprüften haben 922 nach ihr geschrieben. Kurz, es besteht kein Zweifel, daß der Einheitskurzschrift die Herrschaft zufallen wird. Da ihre Schaffung auf einem Kompromiß beruht, begreift man, daß viele nicht damit zufrieden waren. Es wird daher von den Anhängern der durch sie verdrängten Systeme nicht selten in Zeitungen und Versammlungen noch Stimmung gegen sie gemacht, allein diese Opposition wird der Gewalt der Tatsachen gegenüber sich nicht halten können, und wenn einerseits diejenigen, die nach den früheren „Schriftungen" ausgebildet sind und zum Umlernen keine Veranlassung haben, immer mehr an Zahl zusammenschrumpfen, andererseits die Schuljugend ins Leben tritt, werden wir soweit sein, daß man nur noch fragen wird, ob einer überhaupt stenographiert, aber dort, wie bisher, nach welchem System.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler, für den Anzeigenteil: Karl Ebemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck: „Volkswille", Ludwig Leppoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer.

Wirtschaft und Gewerkschaft

Wo wird mehr gearbeitet?

In Amerika oder in den europäischen Industrieländern?

Auf diese Frage gibt Professor Read an der Columbia-Universität, eine der internationalen wissenschaftlichen Größen für Metallfragen, eine Antwort, die sehr zum Widerspruch reizen dürfte. Der Herr Professor hat entdeckt, daß die Hälfte der gesamten Arbeit der Welt von den Vereinigten Staaten geleistet wird, und daß der amerikanische Arbeiter eine Arbeitsleistung vollbringt, die der seines europäischen Kollegen um etwa drei bis sieben Mal überlegen ist. Der Gelehrte gibt in seiner Statistik die Arbeitsleistungen in 15 führenden Ländern der Welt bekannt und fügt hinzu, daß die europäische Ansicht, die Prosperität Amerikas sei in erster Linie auf den natürlichen Reichtum des Landes und sein hochentwickeltes Industriesystem zurückzuführen, nicht den Tatsachen entspreche. Der eigentliche Grund für die hohen amerikanischen Löhne sei die weitaus überlegene Arbeitskraft und Leistung der amerikanischen Arbeiterschaft. In der von dem Professor veröffentlichten Liste der nationalen Arbeitsleistungen steht China mit Leistung 1 an niedrigster Stelle, Rußland mit 2½ an dritter, Frankreich mit 8¼ an achter, Deutschland mit 12 an elfter, England mit 18 an dreizehnter und die Vereinigten Staaten mit 30 weit oben an der Spitze.

Das Geheimnis der hohen Löhne in Dollarika wäre also enthüllt. Der amerikanische Arbeiter leistet bedeutend mehr, und deshalb bekommt er auch bedeutend mehr Lohn. Die Professorenweisheit der Columbia-Universität wird das Entzücken der deutschen Unternehmer hervorrufen. Wenn künftig die deutschen Arbeiter auf die hohen amerikanischen Löhne verweisen, dann wird es heißen: Ihr Faulenzer, arbeitet mehr, dann bekommt ihr mehr.

Das Internationale Arbeitsamt hat bei der Ford-Enquete vielleicht die Möglichkeit, einige Anhaltspunkte zum Vergleich der amerikanischen mit der europäischen Arbeitsleistung zu beschaffen. Jedenfalls bedarf dieser Vergleich einer gründlichen Durchleuchtung; denn die Erleuchtung des Herrn Professors Read ist auch die Ueberzeugung vieler amerikanischer Geschäftsleute. In deutschen Filialen großer amerikanischer Unternehmungen bekommen es die deutschen Angestellten von den amerikanischen Filialleitern soundsooft unter die Nase gerieben, daß in Amerika bedeutend mehr gearbeitet und geleistet werde als in Deutschland.

Das deutsche Arbeitstempo läßt absolut nichts zu wünschen übrig, es ist bestimmt nicht langsamer als das englische. In der Statistik Reads dagegen steht Deutschland erst an elfter, England aber weiter oben an 13. Stelle. Britische und deutsche gewerkschaftliche Studienkommissionen, die die Vereinigten Staaten besuchten, haben die Richtigkeit der Annahme, als ob die Leistungsfähigkeit des amerikanischen Arbeiters unter sonst gleichen Bedingungen größer wäre, bestritten. Nicht der Fleiß und die Tüchtigkeit, sondern nur der Arbeitseffekt des amerikanischen Arbeiters ist infolge der drüben viel weiter getriebenen Rationalisierung und Technisierung größer. So stieg nach amtlichen Berechnungen die Mengenleistung des amerikanischen Arbeiters in den 10 Jahren seit 1914 bei Eisen und Stahl von 100 auf 159, Kraftwagen auf 272, Schuherzeugung 106, Papier und Holzstoff 134, Zement 161, Leder 126, Getreidemühlen 140, Zuckerrohrraffinerien 128, Schlächterei und Konservenfabrikation 127, Petroleumraffinerien 183. In Amerika wird durch die Erzeugung von Einheitsfabrikaten, durch den Kampf gegen die Verschwendung in der Industrie, den Hoover organisierte, und durch genaueste und wissenschaftliche Nutzung der menschlichen Arbeitskraft ein höherer Leistungseffekt erzielt. Diese Effektsteigerung erklärt aber auch nur zum Teil die hohen Löhne; zu ihrer Erklärung müssen noch andere Momente wie Arbeitermangel (durch Einschränkung der Einwanderung) und Steigerung der Kaufkraft der Verbraucher herangezogen werden.

Mißbrauch des privaten Zigarettenmonopols

w Durch die am 1. Januar in Kraft getretene Kontigentierung der Zigarettenindustrie ist ein privates Zigarettenmonopol geschaffen worden. Gleichzeitig wurde die Zigarettenbesteuerung erhöht. Die steuerliche Mehrbelastung der Industrie beläuft sich auf etwa 85 Millionen Mark. Das ist annähernd so viel, wie die Industrie mehr verdient, seit sie dank der Politik des Reichsfinanzministeriums, für die die volle Verantwortung der frühere Reichsfinanzminister Köhler trägt, eine straffe Kartellierung durchzuführen in der Lage ist.

Es wäre also recht und billig, wenn die Zigarettenindustrie als Entgelt dafür, daß ihr die Kontingentierung neue Konkurrenzkämpfe erspart, die selbstverständlich zu einer namhaften Verringerung, wenn nicht zur Vernichtung ihrer Gewinne führen würden, die neue mäßige Steuerlast übernähme. Statt dessen will die Industrie auch die Kontingentierung zu nochmaliger Erhöhung ihrer Gewinne benutzen.

Selbstverständlich dringen Einzelheiten über die zwischen der Zigarettenindustrie und dem Zigarettenhandel geführten Verhandlungen nicht in die Oeffentlichkeit. Aber soviel ist bekannt geworden, daß die Industrie die Handelsrabatte merklich kürzen will. Es wird behauptet, daß sie dem Handel vorgeschlagen habe, den Rabatt auf 5-Pfg.-Zigaretten um 3,50 Mark je tausend Stück, also um 7 Prozent des Kleinverkaufspreises zu kürzen, also um mehr als 25 Prozent herabzusetzen.

Bei einem Jahresumsatz von rund 1620 Millionen Mark würde eine derartige Verkleinerung der Handelsrabatte den Erlös der Industrie um rund 113 Millionen Mark erhöhen. Die Industrie würde also nicht nur die erhöhte Steuerbelastung in voller Höhe auf den Handel abwälzen, sondern darüber hinaus noch reichlich 25 Millionen Mark mehr verdienen als bisher. Die Folge einer derartigen Politik der Zigarettenindustrie muß unseres Ermessens eine weitere Erhöhung der Besteuerung sein. Auch die Zigarettenindustrie soll nicht an der Finanznot des Reichs Dutzende von Millionen verdienen. Nachdem nun einmal die Kontingente geschaffen wurden, scheint uns eine progressive Besteuerung der Zigarettenkontingente höchst erwägenswert. Sie wäre insbesondere darum gerechtfertigt, weil rungsgemäß der Riesenbetrieb in der Zigarettenindustrie wie die Firmen Reemtsma und Neuerburg allgemein mit niedrigeren Verkaufskosten arbeitet als der Kleinbetrieb. Hindert man diesen am Aufstieg (womit man den Umsatz der Großen sichert), so ist es nur recht und billig, daß in der Kontingentssteuer der Riesenbetrieb schärfer angefaßt wird als der kleine. Sucht die Industrie auf Kosten des Reichs Uebergewinne zu erzielen, so wird sich das Reich dagegen wehren müssen.

Hier liegt eine interessante Aufgabe für den volksparteilichen Finanzminister, dem der Reichstag den Auftrag gegeben hat, eine unbillige Verkleinerung des Händlernutzens zu verhindern.

Bemberg-Abschluß für 1928-29

Die Gesellschaft legt Geschäftsbericht und Bilanz für das am 30. September beendete Geschäftsjahr 1928/29 vor. Danach beläuft sich der Betriebsüberschuß auf 12,63 und die sonstigen Einnahmen auf 1,78 (i. V. zusammen 13,49) Mill. RM. Nach Verrechnung der Unkosten verbleibt ein Reingewinn von 3,24 (4,24) Mill. RM., aus dem 8 Prozent gegen 14 Prozent im Vorjahr Dividende zur Verteilung gelangen sollen.

Der Bericht besagt, daß in der bisher so erfreulichen Entwicklung der Kunstseide-Industrie ein Rückschlag eintrat, der sich insbesondere auf den durch Zoll so gut wie nicht geschützten deutschen Markt in einem scharfen internationalen Konkurrenzkampf auswirkte. Infolge Herstellens des Spezialproduktes hat sich die Gesellschaft zwar von dem allgemeinen Preiskampf ferngehalten und die selbständige Preispolitik weiter verfolgt, aber die immer größer werdende Preisspanne zwischen der Bemberg-Seide und den billigeren Viscose-Qualitäten führte dazu, daß der Verbrauch im Inlande sich immer mehr den billigeren Fabrikaten zuwandte, wodurch der Absatz in den hochwertigen Produkten beeinflußt wurde. Der Ausfall im Inlande konnte indessen durch Heranziehung neuer Artikel und durch vermehrten Export ausgeglichen und der Gesamtumsatz der Abteilung Kunstseide auf 53½ Mill. RM. gegenüber 51½ Mill. RM. im Vorjahre gesteigert werden. Der Ausbau des Werkes in Oehde sei beendet, und der in Siegburg planmäßig weitergeführt. Die Abteilung Augsburg sei zwar gut beschäftigt gewesen, jedoch das finanzielle Ergebnis nicht unbeeinflußt geblieben.

Die Beteiligungen an den verschiedenen noch in der Entwicklung befindlichen Auslandsunternehmungen haben auch in diesem Jahre Erträgnisse nicht gebracht. Die in Frage kommenden Gesellschaften benutzten die erzielten Gewinne zur inneren finanziellen Stärkung. Das Konto Beteiligungen hat eine Erhöhung erfahren, u. a. durch die Beteiligung an der Britisch-Bemberg-Corporation Ltd., London. Der Bau des neuen Werkes in Doncaster mache gute Fortschritte. Im April 1929 erfolgte die Gründung der Japan-Bemberg-Corporation in Osaka, Japan, zusammen mit befreundeten Firmen und der größten chemischen Fabrik Japans, der Nippon Chisso Hiryo Kabushiki Kaisha. Bemberg erhielt gegen Ueberlassung der Patente und technischen Erfahrungen eine angemessene Beteiligung. In der Generalversammlung vom 11. 2. 1929 wurde die Erhöhung des Grundkapitals um 12 Mill. RM. auf 40 Mill. RM. beschlossen. Die Begebung der neuen Aktien und ihre Einführung an der Berliner und Frankfurter Börse ist inzwischen erfolgt. Das erzielte Aufgeld wurde dem Reservefonds zugeführt.

14 Prozent bei Siemens

Der Geschäftsbericht des Siemenskonzerns spricht dafür, daß die außerordentlich gute Elektrokonjunktur auch im verflossenen Geschäftsjahr rentabel war. Das Schwachstromgeschäft scheint jedoch besser gewesen zu sein als das Starkstromgeschäft. Die Siemens-Schuckert, die sich auf die Starkstromindustrie spezialisiert, berichtet nämlich, daß sich auf wichtigen Arbeitsgebieten verminderte Nachfrage zeigte. Im Anschluß daran folgt das sehr interessante und sehr vielsagende Geständnis, „daß die Betriebe der öffentlichen Hand, durch Geldknappheit gezwungen, auch dann Zurückhaltung beim Vergeben von Aufträgen üben mußten, wenn Rücksicht auf eine gesunde Weiterentwicklung den Ausbau ihrer Einrichtungen gerechtfertigt hätte." Trotz des Auftragsausfalls bei den Gemeinden ist es der Siemens-Schuckert gelungen, ihre Aufträge, besonders durch Export zu steigern. Aus einem Reingewinn von 16,64 Millionen Mark (im Vorjahr 16,56 Millionen Mark) wird bei Siemens-Schuckert eine Dividende von 14 Prozent gezahlt. (Vorjahr 10 Prozent).

Bei Siemens und Halske verbleibt es bei der Vorjahrsdividende von 14 Prozent. Der Geschäftsbericht teilt mit, daß der Umsatz, der im Vorjahr 750 Millionen und im Jahre 1926/27 = 650 Millionen Mark ausmachte, wesentlich gesteigert werden konnte. Auch hier spielt der Export eine Rolle. Die Zahl der im Gesamtkonzern beschäftigten Arbeiter und Angestellten erhöhte sich von 130 000 auf 137 000. Geklagt wird über das Postgeschäft (Telegraphie und Telephonie), das bei weitem nicht den Stand des Vorjahres erreicht habe. Immerhin macht das Postgeschäft 13 Prozent des gesamten Umsatzes bei Siemens und Halske aus. Das Konto Unternehmungen bezw. Beteiligungen an solchen hat sich u. a. durch den Erwerb von Aktien südamerikanischer Telephongesellschaften erhöht. Die Sonderrücklage erhöht sich aus dem Gewinn des Vorjahres um 10 Millionen Mark. Der Reingewinn wird mit 18,72 Millionen Mark angegeben gegenüber 18,45 Millionen Mark im Vorjahr. Die für Arbeiter und Angestellte bezahlte Lohnsumme beträgt 270 Millionen Mark. Die auf einen Arbeitnehmer entfallenden gesetzlichen sozialen Leistungen steigerten sich von 49,7 Mark im Jahre 1913/14 und 140 Mark im Jahre 1927/28 auf 155,4 Mark im Jahre 1928/29.

Die Bilanz ist äußerst flüssig. Die Bankguthaben haben sich erhöht. Dabei konnten große Bauten durchgeführt werden (Selbstfinanzierung). Die neue Werksbahn (Bahnbau Jungfernheide-Siemensstadt) ist bis auf eine geringfügige Summe abgeschrieben.

Konkurrent Braunkohle

Braunkohlenabbauverträge der Gewerkschaft „Fürst Hatzfeld".

Die Gewerkschaft „Fürst Hatzfeld", die demnächst ihren Sitz von Halle nach Berlin verlegt, beschloß, mit den Grundbesitzern der Gemeinden Bageritz, Wiederar, Wiesenena, Rabutz und Wilitzsch im Kreis Delitzsch für 10 000 Morgen für Braunkohlenabbauverträge zu tätigen. Durch den Ankauf sollen für den größten Elektrokonzern Mitteldeutschlands Reservekohlenfelder gesichert werden. Zunächst zahlt der Konzern in bar etwa eine Viertelmillion RM. an die Landwirte. Sobald der Abbau begonnen wird, erhalten sie für das Abbaurecht nach der Mächtigkeit des Braunkohlenvorkommens eine Entschädigung, die im Durchschnitt etwa 900 RM. je Morgen ausmachen wird. Dagegen müßte die Oberflächenentschädigung etwa 600 bis 800 RM. je Morgen betragen. Weiter erhalten die Grundbesitzer auf viele Jahre hinaus eine namhafte Rente je Morgen Kohlenfeld. Später beim Abbau einen hohen Tonnenzins, der ihnen stets zeitgemäß und dem Wert der anstehenden Braunkohlen angemessen Einkommen sichert.

Neubauten der Harpener Bergbau A.-G., Dortmund

w Mit dem Bau der von der Harpener Bergbau A.-G., Dortmund, seit langem geplanten großen Zentral-Wäscherei auf der Zeche „von der Heydt" wird nun begonnen werden. Die Zentral-Wäscherei erhält Anschlußbahnen mit Herten, Herne und dem Rhein-Herne-Kanal, wo ein besonderer Hafen gebaut wird. Eine Schwebebahn von den Zechenanlagen „Julia" sowie „Recklinghausen 1, 2, 3 und 4" wird das Material zur Zentral-Wäscherei bringen. Im Zusammenhang mit den industriellen Neubauten sollen auch 180—200 Siedlungswohnungen errichtet werden.

Ferngas für Köln ab 1. 6. 1930.

w Ab 1. Juni 1930 wird die Stadt Köln Ferngas aus dem Ruhrgebiet beziehen. Auf Grund des mit der Ruhrgas-Aktiengesellschaft und den Thyssenschen Gas- und Wasserwerken abgeschlossenen Ferngaslieferungsvertrages ist mit der Verlegung der Ferngasleitung begonnen worden.. Der Rhein ist bereits unterführt. Die Verbindung mit dem Hauptrohr in Duisburg soll bis zum 1. Juni beendet sein, sodaß dann mit dem Gasbezug gerechnet werden kann.

Wiederaufnahme der englisch-polnischen Kohlenverhandlungen

w Die polnisch-englischen Kohlenbesprechungen, die die Regelung des Kohlenexportes nach den skandinavischen Ländern bezwecken, und die vor längerer Zeit unterbrochen wurden, werden Anfang der nächsten Woche in London wieder aufgenommen werden.

Die deutschen Spareinlagen 1929

Schon Mitte 1929 hatten die Spar- und Giroeinlagen die 10-Milliarden-Grenze überschritten. Die Spareinlagen allein betrugen Ende 1929 9,07 Milliarden gegen 6,99 Milliarden RM. Ende 1928. Die Zahl der Sparkonten erhöhte sich auf 15 (13) Millionen im letzten Jahre. Im Jahre des Konjunkturabstiegs sind also die Spareinlagen trotzdem um über 2 Milliarden gestiegen. Der Zuwachs blieb nur um etwa 10 Prozent hinter dem des Vorjahres zurück. Wenn auch heute die Einzeleinlage noch klein ist, so hat doch jeder 4. bis 5. Deutsche ein Sparkassenbuch. Die Beweglichkeit der Spareinlagen hat gegenüber 1928 weiter abgenommen. Die Zinsgutschriften machen einen langsam steigenden Teil des Einlagezuwachses aus. Die Annäherung an die Vorkriegsverhältnisse schreitet langsam fort.

100 Millionen RM. Spareinlagen in Essen

Ueber die Spareinlagen bei der Essener Sparkasse wurde wiederholt berichtet. In den nächsten Tagen wird voraussichtlich bei der Sparkasse die 100 Mill. RM. Spareinlagen überschritten werden. Es wurde beschlossen, aus diesem Anlaß 5 Prämien à 100 RM. zur Verteilung zu bringen. Die Zunahme der Spareinlagen im Dezember 1929 betrug 427 000 RM.

Dortmunder Hansa-Brauerei A.-G., Dortmund. In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der am 9. Januar stattfindenden o. G.-V. nach Abschreibungen von 636 201 Mark und Rückstellungen von insgesamt 200 000 Mark die Verteilung der gleichen Dividende wie im Vorjahr (15 Prozent) vorzuschlagen. Das Aktienkapital soll von 3 Mill. Mark auf 4,2 Mill. Mark erhöht werden.

Glückauf-Brauerei A.-G., Gelsenkirchen. Die Gesellschaft, die bekanntlich Ende 1928 einen 20 Jahre laufenden Interessengemeinschaftsvertrag mit der Dortmunder Ritter-Brauerei A.-G. abschloß, erzielte im Geschäftsjahr einen Betriebsüberschuß von 1,65 (3,50) Mill. Mark. (Reingewinn 444 300 (228 029) Mark, aus dem die den Stamm- und Vorzugsaktionären garantierte Dividende von 10 Prozent (wie im Vorjahr) zur Verteilung gelangt.)

Adler-Brauerei A.-G., Köln-Ehrenfeld. Nach dem Abschluß beläuft sich nach Abschreibungen von 433 457 Mark der Reingewinn einschließlich des Gewinnvortrages von 6872 Mark auf 186 953 Mark. Der auf den 8. Januar einberufenen Hauptversammlung werden 8 Prozent Dividende auf das Stammkapital und 6 Prozent auf die Vorzugsaktien vorgeschlagen.

Hitdorfer Brauerei Friede A.-G., Köln 10 Proz. Dividende

Nach dem Abschluß für das Geschäftsjahr 1928/29 stellt sich der Betriebsüberschuß auf 906 866 RM. (i. V. 1 294 895 Einnahmen aus Bier und 45 067 RM. aus Nebenerzeugnissen.) Nach Abzug der Unkosten von 161 388 RM. (627 112), Steuern und Abgaben von 503 484 RM. (508 579) und der Abschreibungen von 20 372 RM. (107 011) verbleibt ein Reingewinn von 135 521 RM. (105 854), aus dem wieder 10 Prozent Dividende auf das jetzt voll dividendenberechtigte Aktienkapital von 1,08 Millionen RM. zur Verteilung gelangen. 14 766 RM. (13 899) werden vorgetragen.

Im Berichtsjahr habe durch Erweiterung des Kundenkreises der Absatz weiter gesteigert werden können. — Auch das neue Jahr habe sich befriedigend angelassen.

Unterhaltung und Wissen

Kampf um geistige Befreiung

Die Neger-Universität in Washington

In Washington stehen auf einem Hügel die roten Gebäude der „Howard University", der großen Negeruniversität. Sie ist 1867 von einem Weißen gegründet worden, von General Howard, dem Kommandanten der Nordarmee im Sezessionskriege, der die Schwarzen Nordamerikas nicht nur von der Sklaverei befreit sehen wollte, sondern auch für ihre geistige Emanzipation gearbeitet hat. Das Studienprogramm dieser Universität ist nicht besser und nicht schlechter als das der amerikanischen Universitäten. Außer besonderen Kursen für ältere Hörer lehrt man die „liberal arts", Handels- und Finanzwissenschaft, Pädagogik, die angewandten Wissenschaften, d. h. Architektur, Elektrotechnik, Mechanik und dann Medizin und Hygiene, Rechtswissenschaft, Musik und Theologie. 12 000 schwarze Menschen sind seit der Gründung durch die Hörsäle gegangen. Augenblicklich gibt es etwa 7500 „graduats" (ein amerikanischer Grad), die aus der Howard-Universität hervorgegangen sind. Das Unternehmen existiert in der Hauptsache von den Zuwendungen, die ihm von reichen Negern gemacht werden.

Ich habe fast einen ganzen Morgen in der Universität zugebracht. Ich habe mich lange mit Dr. Johnson, dem Rektor von Howard, unterhalten, ferner mit seinem Sekretär, mit dem jungen Dekan der medizinischen Fakultät, mit dem Professor für Architektur, der eine Reihe moderner Baulichkeiten um die Universität herum aufgeführt hat.

Man sieht Studenten in allen Farben, schwarz bis hellbraun, einige fast weiß, bei denen nur die Form der Nase, die dicken Lippen, die krausen Haare und eine gewisse Schwermut im Blick an den Tropfen Negerblut erinnern. Diese Menschen, vollendet in ihren Umgangsformen, oft von bewundernswerter Intelligenz, habe ich in der Bibliothek eifrig über Bücher gebeugt gesehen, habe ich hinter ihren Mikroskopen beobachtet.

Man muß schon unbelehrbar sein und so üble Rassenvorurteile haben wie gewisse Kreise in Amerika, um zu verkennen, daß der Neger sowohl erziehbar als auch entwicklungsfähig ist. Was der Neger der Vereinigten Staaten in der Dichtung, in der Musik, auf dem Theater geschaffen hat — das Eigenartigste vielleicht, was in den letzten zwanzig Jahren hervorgebracht wurde — ist so wesentlich, daß man etwas davon wissen muß. Musik, Dichtung, Tanz, Schauspielkunst, all das entspringt dem Gefühl. Es ist richtig, was der Schriftsteller James Weldon Johnson im Vorwort seines Buches über die Negerdichtung in Amerika gesagt hat. Der Süden hat seine geistigen Kräfte in schrecklichen Rassenkämpfen verbraucht, so daß dieser Teil der Vereinigten Staaten, in dem 40 bis 50 Millionen Menschen leben, weder einen großen Dichter noch einen großen Geschichtschreiber noch einen großen bildenden Künstler hervorgebracht hat.

Man kann sich denken, daß die Neger Amerikas, die auf der Howard-Universität studieren, nur einen Ehrgeiz und einen Wunsch haben: zu werden wie die Weißen. Der künstlerische Unterricht, den man auf der Howard-Universität erteilt, ist von der afrikanischen Kunst der Vorfahren weit entfernt. Ich habe die Studenten sehr verblüfft, als ich ihnen vom Kongo sprach, vom Museum von Tervueren, von den schönen Elfenbein- und Holzschnitzereien der Wilden Zentralafrikas. Das interessiert sie augenscheinlich nicht. Das Heimweh nach Afrika habe ich nur aus dem Aufschrei einiger junger Negerdichter herausgehört, bei Langston Hughes z. B. oder bei Countee Cullen.

„Aber," hat man mir gesagt, „wenn Sie sich für Afrika interessieren, können wir Ihnen unsere afrikanischen Studenten zeigen." Da habe ich die Augen aufgesperrt. Man führte mich auf einen Sportplatz, wo einige schwarze Studenten Fußball spielten. Man rief einen, zwei herbei. Und ich fand gewinnende Zurückhaltung, natürliches Sichgeben bei diesen Menschen, die eine ebenholzschwarze Haut haben. Da war ein junger Prinz von Uganda, dessen vor etwa zwei Jahren gestorbener Vater ein mächtiger Häuptling gewesen war. Der junge Mann hatte auf die Krone verzichtet zugunsten seines jüngeren Bruders, um auf der Universität in Washington studieren zu können.

„Und was wollen Sie vor allem treiben?" fragten wir ihn. Er antwortete: „Political science and diplomaty" (Politik- und Diplomatiestudien).

Ein junger Abessiner war noch da, ein ungestümer Bursch, der Sohn eines schwarzen Kaufmanns von Nigera, der herangelaufen kam, das Gesicht mit Schweiß bedeckt, und seine französischen Brocken anbrachte. Er kokettierte mit einer jungen Negerin, die uns begleitete, und ich weiß nicht, ob die junge Dame nicht vielleicht lieber mit ihm allein gewesen wäre.

(Aus dem Französischen übersetzt von Arno Ullmann.)

Teuflisches Kraut

Der erste Raucher

Spanien hat kürzlich die Erinnerung an den ersten europäischen Raucher wieder aufleben lassen, dem dieser Ruhm teuer zu stehen gekommen ist. Rodrigo de Gerez — so heißt der Gefeierte — war einer der abenteuerlichen Gefährten des Kolumbus und brachte den Tabak mit nach Europa. Als sich Rodrigo zum ersten Male im Kreise seiner Familie dem Genusse des edlen Krautes hingab und wie ein Schlot wahre Rauchwolken von sich stieß, bekam es seine liebe Frau mit der Angst zu tun. Sie glaubte den Guten vom Teufel besessen, der ihm zum Munde herausfuhr, rannte spornstreichs zum Pfarrer und zeigte den Vorfall dem Inquisitionsgericht an.

Thomas de Torquemada ließ Rodrigo sofort verhaften und das entweihte Haus vom Satan reinigen, das heißt: man steckte es in Brand. Zehn Jahre mußte der kühne Seefahrer im Kerker zubringen, um dem Teufel genügend Zeit zum Ausschlüpfen zu gewähren. Als man Rodrigo endlich entließ, hatte sich die Sitte des Rauchens schon über ganz Europa verbreitet. Dem armen Manne wollte von nun an das edle Kraut nicht mehr schmecken. Er ist, wie die Chronisten versichern, als Nichtraucher gestorben.

Der geschäftstüchtige Graf

Der Graf Henryk Branicki auf Wlanowo in der Wojewodschaft Warschau entstammt einer der sieben großen historischen Familien Polens, die da heißen Sapieha, Radziwill, Czartorysski, Kwilecki, Potocki, Mielczynski und Branicki. Die Zugehörigkeit zu einem so vornehmen und alten Geschlecht, die doch eigentlich zur Noblesse verpflichten sollte, hindert ihn allerdings nicht, in geschäftlichen Angelegenheiten, beziehungsweise in Dingen, die er kunstvoll zu geschäftlichen Angelegenheiten zu machen versteht, eine so übertrieben amerikanische smartness an den Tag zu legen, daß sie jedem Börsenjobber von Wallstreet zur hohen Ehre gereichen würde.

Besagter Graf Branicki hat kürzlich sein zwar prunkvolles, aber auch schon etwas baufälliges Schloß Wlanowo im größten Stile restaurieren lassen. Dabei wurde nicht mit dem Pfennig gerechnet. Die bedeutendsten und teuersten Architekten und Maler nicht nur Polens, sondern auch aus Frankreich und Italien — der Herr Graf verbringt nämlich auf seinen polnischen Gütern höchstens drei oder vier Monate im Jahre, den größeren Rest an der Riviera und in Paris — wurden mit großen Aufträgen herangezogen, und als eines schönen Tages alles einschließlich der Schlußabrechnung fertig war, da war das Schloß zwar aufs herrlichste wiederhergestellt und auf das kostbarste eingerichtet, aber auch die gräflichen Kassen waren bis auf das Letzte geleert, und darüber hinaus war noch ein kleiner Defizitbetrag von nicht ganz zehn Millionen Zloty zu decken.

Da mußte nun schleunigst Rat geschaffen werden — und der Herr Graf schaffte Rat, freilich auf seine Art. Er ließ in Warschau das Gerücht ausstreuen, ein großer amerikanischer Stahlmagnat interessiere sich lebhaft für den Ankauf des in seinem Besitze befindlichen sogenannten „Branicki-Teppichs", der eine Art polnischen Nationalheiligtums darstellt, denn dieser außergewöhnlich große und farbenprächtige Perserteppich soll vor einigen Jahrhunderten einmal Eigentum des berühmten polnischen Königs Johann Sobieski gewesen sein, der ihn in seinem Testament dem damals lebenden, mit ihm nahe verwandten Grafen Branicki als Erbstück vermacht hatte. Das Gerücht wollte wissen, daß der amerikanische Stahlkrösus bereits das phantastisch zu nennende Gebot von zwei Millionen Dollar auf den „Branicki-Teppich" abgegeben habe.

Dieses Gerücht gelangte auch langsam bis ins Warschauer Finanzministerium und dort untersagte man daraufhin dem Grafen einen Verkauf an einen ausländischen Käufer, weil man den mit so vielen stolzen Erinnerungen an die Geschichte Polens behafteten Gegenstand unter allen Umständen im Lande behalten wollte. Darauf hatte der geriebene Graf Branicki nur gewartet. Er fuhr nach Warschau ins Finanzministerium und führte dort mit beweglichen Worten aus, daß ihm der finanzielle Ruin drohe, wenn der Verkauf dieses seines größten Wertstückes unterbunden würde, da er sich bei den Restaurierungsarbeiten seines Schlosses Wlanowo, die einer Menge polnischer Künstler und Arbeiter Brot und Verdienst gegeben hatten, stark übernommen habe. Auf den Einwand des Ministers, daß der Teppich unbedingt im Lande bleiben müsse, wußte der schlaue Graf den Ausweg, daß ja die Regierung das Stück für das Nationalmuseum ankaufen könne, und erklärte sich für diesen Fall — bescheidenerweise — sogar mit einem Preis einverstanden, der dem letztvorliegenden Gebote des angeblichen amerikanischen Interessenten — der in Wirklichkeit niemals existiert hat — entsprach, obwohl, wie der Graf versicherte, der Amerikaner im Ernstfalle und in Konkurrenz gegen die polnische Regierung in seinem Kauffieber sicher noch bedeutend höher bieten würde.

Einige Wochen, nachdem der Verkauf an die Regierung perfekt geworden war, stellten allerdings bedeutende Sachverständige übereinstimmend fest, daß der jetzt im Besitze des Nationalmuseums befindliche Teppich nicht der historische „Branicki-Teppich" ist. Diesen hätte der jetzt lebende Graf Branicki auch schwerlich verkaufen können, denn das hat bereits von vielen Jahrzehnten sein Urgroßvater getan, als der sich in einer ähnlichen Geldklemme befand, wie unlängst der allerdings geschäftstüchtigere Urenkel. Aber der Kaufvertrag war so abgeschlossen, daß es ohne großen Skandal nicht möglich war, das Geschäft rückgängig zu machen. Also darf sich der Herr Graf des ungetrübten Genusses der zwei Millionen Dollar freuen.

Hundert Tage Eifersucht

31] **Roman von Pierre Humbourg**

Copyright by Verlag von Th. Knaur Nachf., Berlin W 50

Sie gingen zum Hafen hinunter; die weißen Jachten, die mit gestrichenen Segeln am Quai de Sainte-Anne vor Anker lagen, glichen gefangenen Vögeln. Kinder fischten, lächelnd und schön eilten die Frauen vorbei. Menschen aller Rassen wimmelten in wirrer Zahl. Das alte, von Puget geschmückte Rathaus drängte sich plump und breit zwischen die alten Häuser mit ihren verwitterten Dächern.

Ringsumher atmete die Stadt. Die Welt begann zu ihren Füßen und hatte kein Ende. Die Glocken der Augustinerkirche läuteten Mittag, unter ihrem fröhlichen Gelärm strömten aus der Börse die Händler und Makler auf die allzu schmale Cannebière hinaus. In den Gärten der Börse saßen die Sperlinge auf den großen Chrysanthemen, deren schwere, goldene Blütenköpfe wie Leuchtbojen schaukelten.

Zwei Menschen standen verloren im betäubenden Leben einer Stadt, sie hatten vergessen, daß sie Toussaint und Yves hießen, und daß irgendwo eine Frau, die auf den Namen Marie hörte, ihnen das gleiche Lächeln und die gleiche Zärtlichkeit gespendet hatte.

18.

Die „Tlemcen" schlingerte sanft.

Hinter dem Heck schloß sich das schäumende Kielwasser, und wieder ruht das Meer in seiner glatten Bläue.

An Steuerbord entfaltete sich die Küste wie eine sinnlose Kulisse.

Der Frachtdampfer hatte eine neuerliche Fahrt begonnen, eine Fahrt von hundertundzehn Tagen. Der gleiche Friede und der gleiche Rhythmus beherrschten das Leben seines großen, massigen, gelehrigen Körpers.

Auf der Kommandobrücke, wie jeden Abend bei Sonnenuntergang, spazierte Joube auf und ab. Bessac lehnte am Kompaß und spielte mit einem winzigen Goldreif, der seine Hand belästigte.

Schweigend glitt das Schiff durch die Wellen. Man hätte meinen können, niemals habe dieses nun so friedliche Gewässer zweiundsiebzig endlose Stunden lang die „Tlemcen" wie einen Spielball umhergeworfen. Gleich den Matrosen haben auch die Schiffe ein kurzes Gedächtnis.

Wieder würden sie — die Matrosen —, wieder würden sie die afrikanische Küste sehen. Alle kehrten sie zu ihr zurück, außer Mevel, der sich bei der Abreise nicht eingefunden hatte, außer Capuri, dessen Leichnam zwei Schritte von der Lagune entfernt am öden Strande von Groß-Bassam ruhte.

Die „Tlemcen" setzte darum nicht weniger stetig ihre Reise fort mit dem gemächlichen Schlenkern des verächtlich stolzen Fahrzeugs; ihr Schweigen wurde nur durch die grelle Stimme Piétris gestört, der mit irgendeinem saumseligen Steuermann schimpfte oder auch mit sich selbst, in jenem ängstlichen Bedürfnis, wie es gewisse Unteroffiziere haben, den Klang der eigenen Stimme zu hören, um noch im Schlaf an ihre Autorität zu glauben.

Es war ein schöner Novemberabend, ein Abend, an dem die rote Sonne in raschem Sturz am Horizont unterging. Binnen einer Stunde vielleicht würde die „Tlemcen", nachdem sie das Cap de Creus umviert hatte, zum vierzigstenmal der spanischen Küste folgen; die kleinen Häfen wiedersehen mit ihren weißen, gleichsam versiegelten Häuschen am Fuß der schroffen, trockenen Gebirge.

Faure stieg auf die Kommandobrücke hinauf. Er liebte nun diesen jungen Leutnant, dessen Gesellschaft ihm so angenehm war.

Bessac war noch traurig vom Abschied her:

„Komisch, Alter," sagte er, „man trennt sich nicht so leicht von seiner Frau. Es ist viel schwerer als bei der Verlobten . . . Jetzt habe ich Angst . . ."

„Angst — wovor?"

„Vor nichts, vor allem, ich weiß es nicht. Vierzehn Tage verheiratet sein ist wenig."

„Du scheinst nicht sehr glücklich, mein Junge?"

„Und ich war auch nicht völlig glücklich, denn ich wußte, es dauert nicht lange. Ich dachte auch an unser Schiff; ich quälte mich zwischen den beiden Polen meines Lebens: ein Frauenmund und die Windrose . . ."

„Das gibt sich," sagte Faure.

Sie setzten ihren gewohnten Spaziergang fort. Aus alter Routine beugte sich Bessac über den Chronometer und nahm eine Peilung auf.

All die Gewohnheiten, die die Besatzung auf jeder Ueberfahrt befielen, kehrten wieder zurück, als hätte der Augenblick, da sie denselben Breitengrad berührten wie eh und je, in jedem einzelnen der Männer die Fülle der alten Freuden und Bitternisse zu neuem Leben erweckt.

Alle fühlten sie, daß die Zeit ihnen entwischte, daß das feste Land in immer weitere Fernen entfloh, und daß alles, was sie gestern noch beschäftigt hatte, in dieser Stunde unbegreiflich war.

Sie wußten sich nicht zu erklären, welcher dunkle Mechanismus ihr Leben in dieser stillen Ungewißheit balancierte und ihnen nur für wenige Tage gestattete, die Menschen oder die Dinge zu lieben, die andere Menschen stets für ihr Glück notwendig erachten.

Sie analysierten ihre Gefühle nicht; sie stellten fest, ohne Folgerungen zu ziehen. Ihr Leben gruppierte sich jeweils um eine sonderliche Besessenheit, die für jeden verschieden war. Bayard dachte nur an jenen Erdgeruch, dessen unbestimmter Duft ihm eine tiefe Freude am Leben spendete.

Faure reifte mit dem monotonen Refrain seines verwundeten Herzens: „Das gibt sich," und er wußte, daß nichts sich geben würde, da alles rings um ihn das gleiche blieb.

Bessac, der nun Irenes Körper kannte, versetzte sich in die Zeit zurück, da ihre Münder sich vereinigt hatten.

An Land hatten sie alle ihre gesonderten Seelen, gebannt in provisorische Sitten und Wünsche. Aber sowie das Schlingern des Schiffes ihre Körper schaukelte, fühlten sie sich in eine feste Reihe gefügt, in eine strenge Solidarität.

In ihre Adern jagte das Leben des Schiffes ein herbes Blut. Dieser Dampfer, an dessen Bord sie so viele Gedanken, so viele wunderliche Eigenheiten, so viele Freuden und Enttäuschungen erlebt hatten, war ihnen unentbehrlich. Sie liebten ihn mit einer Art uneingestandener Sinnlichkeit. Jeder der Männer, sowie er sich von dem Kai entfernte, wo der massige Rumpf des Schiffes schlummerte, schüttelte einen Augenblick lang diese Stimmung von sich und glaubte sich frei. Aber wie eine alte Geliebte, deren Liebkosungen ermüden und berauschen, so wußte die „Tlemcen", daß ein Schlag ihrer Schraube genügen würde, um die Matrosen reinen Herzens wieder zurückzurufen.

Und sie, von der man tagelang gesagt hatte: „Diese schmutzige Kiste hätet uns um ein Haar ersaufen lassen!", war bescheiden, demütig und still, nun, da sie zurückgekehrt waren, da sie ihren Zorn vergessen hatten, und da ein neues Bündnis sie in gemeinsamen Stunden gleicher Freude und gleicher Sorge vereinen würde.

Im Logis saß die Freiwache um einen Tisch, spielte Karten und trank. Sie sprachen nun wenig, waren noch befangen in der Erinnerung an die allen teuren Augenblicke auf dem festen Land. Sie hörten das Wasser um den Schiffsrumpf plätschern, und dieses Liedchen machte ihnen Freude.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Welt der Frau

Streben nach Schönheit

Vom Nasenring zum Lippenstift

Uralt ist der Drang der Frauen, sich zu schmücken und der von der Natur begrenzten Schönheit ihrer Erscheinung mit allen möglichen Mitteln und Mittelchen nachzuhelfen. Wie die Koketterie in ihrem flüchtigen Wechsel des Zuneigens und Abwendens, des Gewährens und des Versagens, der Erlaubnis und des Verbotes, durch den Reiz des Verhüllens zu Enthüllen anlockt,

so soll durch künstliche Verschönerungsmittel die Aufmerksamkeit auf bestimmte Teile der Erscheinung hingelenkt werden.

Wenn sich die Negerin einen Pflock durch die Lippen steckt, so ist das im Grunde genommen nichts anderes, als wenn sich eine abendländische Dame in irgendeiner Gesellschaft noch etwas Rot auflegt. Der ursprüngliche Trieb ist der gleiche, nur das angewandte Mittel ist infolge der jeweiligen Kulturhöhe verschieden.

Das Dorado der Kosmetik ist und war immer der Orient. Hier haben die Frauen in der Muße und im Gleichmaß ihres Daseins alle diese Mittel und Rezepte in seltener Vollendung erfunden. Von den Orientalinnen lernten es die Frauen der Griechen und Römer, und von diesen übernahmen es die allmählich zu höherer Kultur emporsteigenden anderen Völker des Abendlandes: zuerst die romanische Rasse, ihrem Naturell nach diesen Dingen mehr gewandter, später die Germanen.

Der auf niedriger Kulturstufe stehende Wilde tätowiert sein Gesicht und macht es mit grellen Farben schreckhaft. Narben bringt er sich künstlich bei, um den Ausdruck drohend und imponierend zu machen und seine männliche Stärke zu beweisen. Die Schmisse unserer Studenten gehören in die gleiche Linie. Das ist die derbste, primitivste Form. Die Frau des Wilden steckt sich einen Ring durch die Nase, einen Pflock in die Lippen und bunte Drähte ins Ohr, um darauf aufmerksam zu machen, was sie alles Schönes hat. Uralt ist auch der Brauch, die große Wirkung der Augen auf das ganze Gesicht zu unterstützen.

Schon drei Jahrtausende vor unserer Zeitrechnung brachten die Semiten nach Aegypten eine schwarze Augenschminke,

die sich in ihrer Zusammensetzung kaum von der späteren der Römerinnen unterschied. In alten Gräbern, etwa aus der Zeit um 2500 vor Christi Geburt, fand man Schminkbehälter aus Holz, Ton und Alabaster mit Resten von Schminken, die man chemisch ganz genau untersucht hat. Vielfach bereiteten die Frauen, indem sie Antimon- oder Bleierz zwischen Brot oder einer Quitte auf Kohlen glühten, sich diese Mittel selbst. Später übernahm das mehr und mehr der Apotheker oder der Drogist.

Auf alten Bildwerken sieht man Schminkszenen, und später singen die Dichter von denen, die „wissen, künstlich der Brauen haarlose Grenze zu füllen" (Ovid). Im alten Rom war es Mode, die Augenbrauen ineinander übergehen zu lassen. Die Araberinnen benutzten für diesen Zweck Tusche; die Russinnen liebten es, eine Haselnuß oder Mandel anzukohlen. Die Frauen in Turkestan färbten sich mit Indigo, das sie sich aus einer Pflanze bereiten. Die Tartarinnen träufelten sich eine Lösung von Kupfersalzen ins Auge, um ihm den blauen Glanz zu verleihen. Daß man auch bei uns vielfach Belladonna (Tollkirsche) verwandt hat, damit die Pupille sich erweitert, ist bekannt. Aber nicht nur die Augen, auch das ganze Gesicht schminkten sich schon die alten Orientalinnen. Außerdem färbte man die Nägel und Zähne mit Henna rot, silbern, golden. Mit dem Salben des Körpers, mit Baden und Waschungen verbrachte die vornehme Frau die meisten Stunden des Tages. Je mehr ein Volk vom Höhepunkt seiner Kultur erschlafft und verweichlicht wieder zurückfällt, eine desto größere Rolle spielen Kosmetik und Körperpflege, und desto mehr beginnt auch der Mann sich dafür zu interessieren und daran teilzunehmen.

Von den in Ueppigkeit und Luxus schwelgenden Römerinnen, denen sie ihr in Rom modisch gewordenes langes, blondes Haar verkauften, lernten die Germaninnen die ersten Anfangsgründe dieser geheimnisvollen Verschönerungskunst kennen. Als dann durch die Kreuzzüge die orientalischen Sitten in Deutschland Mode wurden, drangen mehr und mehr auch orientalische Schönheitsmittel bei unseren Urahninnen ein.

Später übernahm dann die Französin die Rolle der Lehrmeisterin und sie hat sie auch heute noch so ziemlich in Händen.

Dadurch sind alle die französischen Worte und Bezeichnungen dieses Gebietes in unsere Sprache eingedrungen und haben sich in ihr erhalten. Von Zeit zu Zeit tauchen immer wieder einige alte, vergessene Mittel neuentdeckt auf. Das berühmte Schönheitspflästerchen des siebzehnten und auch noch späterer Jahrhunderte zum Beispiel, die „Mouche", geißelte und verspottete schon der alte, gallige römische Satiriker Martial; davon erzählt auch in seiner „Liebeskunst" schon der beschauliche Ovid. Wenn heute also die Frauen des Bürgertums in allen Ländern sorgsam die Lippen mit Rot nachziehen und sich die Augenbrauen rasieren, um sie noch schöner malen zu können, so ist das nichts Neues. Das alles hat man vor Jahrtausenden schon getan; das wird man wahrscheinlich auch in Jahrtausenden noch tun.

Mario Mohr.

Vermeidbare Tragödien

Von Henni Lehmann

Durch alle Zeitungen ging vor kurzem der Bericht über die Gerichtsverhandlung gegen eine Kindesmörderin, eine uneheliche Mutter, die, wie dieses üblich ist, am zwölften Tage nach ihrer Entbindung aus der Klinik entlassen worden war und sich dann ihres Kindes entledigt hatte, weil ihr die 25 Pfennig Fahrgeld gefehlt hatten, um mit dem Kinde nach einer Stelle zu gelangen, an der sie ihr Kind hätte unterbringen können. Hier hat nur eine kleine, oder wenn man will, große Lücke in der Ausübung der Fürsorge, einer Fürsorge, die Hilfsmöglichkeiten ergeben hätte, die Tragödie geschaffen.

Dieser tragische Vorgang hat über den Einzelfall hinaus etwas Typisches. Um das deutlich zu machen, sei hier ein anderer Fall angeführt, sachlich auch anders gelagert, den ich vor reichlich Jahresfrist erlebte. Aus einer Strafanstalt wurde ein Mädchen vor Ablauf ihrer Strafzeit entlassen — mit Bewährungsfrist, da sie sich gut in der Anstalt geführt hatte. Die Verfügung der Entlassung kam sehr schnell. Die in der Strafanstalt tätige Fürsorgerin befand sich gerade im Urlaub. Zwar hatte man sich vorher nach einer Arbeitsgelegenheit für die zu Entlassende bemüht, jedoch nicht festgestellt, daß diese Sache nicht klappte. So entließ man das Mädchen und sagte ihr, sie sollte nach der Arbeitsstelle fahren. Sie verschwand spurlos. Später erfuhr man, daß sie — die Eltern wollten sie nicht aufnehmen — sich zu einer Freundin begeben hatte, die sie in der Anstalt kennengelernt hatte. Dort war sie in übelste Gesellschaft gekommen. Bald war es klar — obschon sie dann in ihre Heimatstadt zurückkehrte —, daß sie wieder abgeglitten war, wieder weiter abgleiten würde. Nach dem Urteil derjenigen Personen, die das Mädchen aus der Strafanstalt kannten, wäre sie zu halten gewesen, wenn man sie aus der Anstalt unmittelbar in geordnete Verhältnisse [illegible] geführt hätte.

In diesem Punkte liegt das typisch Gleichmäßige der beiden Fälle. Beide Male handelt es sich um die Entlassung aus einer Anstalt, beide Male um Frauen, die aus der normalen und regelmäßigen Bahn des Lebens gerissen worden sind, die bei dem Wiedereintreten in dies Alltagsleben sich einem gewissen Vorurteil gegenübersehen. Bei der unehelichen Mutter kommt noch hinzu die körperliche Schwächung der Frau, die erst vor kurzem geboren hat. Bei der anderen der Lebenshunger, der bei Strafentlassenen nach der unnatürlichen Beschränkung einzutreten pflegt. Für den Verantwortungsvollen erhebt sich eindringlich die Frage: „Sind solche typischen Tragödien nicht vermeidbar?"

Die Frage muß unbedingt mit Ja beantwortet werden. Es ist in überfüllten Frauenkliniken durchaus nicht zu vermeiden, daß die Entlassungen früh erfolgen, nicht selten schon nach acht oder zehn Tagen, also zu einer Zeit, wo die durch die Geburt bedingten Nacherscheinungen in keiner Weise abgelaufen sind. Das schafft nicht ganz selten auch für eheliche Mütter sehr unliebsame Folgen. Sie kehren zurück in eine schlechte Wohnung; sie werden allzu schnell wieder mit allerlei Arbeit überhäuft usw. Viel schlimmer ist dies natürlich für die uneheliche Mutter, der auch meist noch zunächst die alleinige Sorge für das Kind obliegt. Wie ist dem abzuhelfen? Zunächst durch scharfe Durchführung des Grundsatzes, daß aus keiner Anstalt, welcher Art sie auch sei — und hier beziehe ich die Strafanstalten ein — eine Frau entlassen werden darf, bei der nicht für eine gewisse Zeit wenigstens so weit vorgesorgt ist, daß sie nicht auf der Straße steht und nicht in Lebensbedingungen übergeht, die eine gesundheitliche oder moralische Gefährdung für sie bergen. Es muß also immer eine Unterbringungsmöglichkeit bestehen und immer eine ganz persönliche Betreuung stattfinden, die nicht mit dem Moment der Entlassung aus der Anstalt endet.

Man braucht also überall geeignete Menschen für die persönliche Betreuung und man braucht Unterbringungsmöglichkeiten. Nicht überall kann man Uebergangsheime, Mütterheime und Aehnliches schaffen. Das verbietet heute schon unsere dürftige finanzielle Lage. Fast überall aber ist es möglich, geeignete Familien oder Einzelstehende zu finden, bei denen eine Unterbringung und freundschaftliche Betreuung möglich ist. Diese Art ist sogar nicht selten der Heimunterbringung vorzuziehen, weil sie mehr dem normalen Leben, in das es zurückzukehren gilt, entspricht. Freilich muß man sich schon vorher darüber unterrichten, damit man eine gewisse Auswahl solcher Familienstellen — es brauchen nicht so viele zu sein — an der Hand hat, wenn eine Entlassung vielleicht unerwartet eintritt. Persönliche Erfahrung hat mir bei solcher Familienunterbringung sehr gute Resultate gezeigt.

Das Vorstehende will nur ein Hinweis darauf sein, daß es möglich ist, Tragödien bestimmter Art zu vermeiden oder doch sie weitgehend einzuschränken. Dazu alles zu tun, was in unseren Kräften steht, ist unabweisbare Pflicht.

Professor Wills Mondfahrt

Von Karl Eule

Ein herrlicher Frühlingstag war zu Ende. Die Sonne strich noch mit ihren letzten Strahlen über die Giebel der Häuser und mahnte zum Feierabend. Doch Professor Erich Will ließ sich nicht beirren. Er brummte nur so etwas wie „Schon dunkel?" und drehte das Licht an. Sein großer eichener Schreibtisch lag voll mit Papieren, Berechnungen, Konstruktionszeichnungen. Die hohe Stirne, die ein Kranz dünner Haare umsäumte, in die blasse Hand gestützt, brütete der Gelehrte über seine Arbeit. Ihm gegenüber spielte im Lichte der Tischlampe das hellblonde Haar seiner Assistentin in goldenen Reflexen. Ein fürwitziges Löckchen hing neckisch in die Stirne. Fräulein Dr. Hellrich hob den Kopf, strich das widerspenstige Haar zurück und ließ ihr feingeschnittenes Gesicht mit den begeisterungsfähigen, frohen Kinderaugen sehen. Die anstrengende Arbeit des langen Tages machte sich bemerkbar. Lässig



fuhr die schmale Hand am Munde vorbei, um ein verstohlenes Gähnen zu unterdrücken. Diese kaum merkliche Bewegung ließ auch den Professor aufblicken.

„Fräulein Hellrich, Sie sind übermüdet, machen Sie Schluß!"

Bald darauf verließ die schlanke Frauengestalt mit einem freundlichen „Guten Abend, Herr Professor" das Zimmer. Professor Will rückte die große runde Brille zurecht und machte sich von neuem an seine Arbeit. Noch eine oder auch zwei Stunden lang fuhr die Hand des unermüdlichen Forschers, hieroglyphenhafte Schriftzeichen hinterlassend, über das Papier. Die Pausen, die er machte, um einen Gedanken sich in seinem Gehirne klar formulieren zu lassen, wurden immer größer, der Kopf in der stützenden Hand immer schwerer.

*

Es war noch dunkel, als das Auto die Postenkette passierte, die die Polizei zur Absperrung des Platzes gestellt hatte. Das Raketenraumschiff Professor Wills war zum Aufstieg bereit. Der Professor selbst sprang als erster aus dem Wagen und war sofort damit beschäftigt, die ganze Apparatur einer letzten Kontrolle zu unterziehen. Fräulein Hellrich, seine Begleiterin, schauderte in der frischen Morgenluft und stellte den Kragen ihres Mantels hoch. Dann ließ sie einen langen Blick über den noch düsteren Horizont streifen, der nur im Osten mit leiser Helle den kommenden Tag verriet. Ihr Blick suchte im Morgennebel das dunkle Grün des nahen Waldes, der so manche Erinnerung barg. Ihr war gar nicht besonders wohl zumute. Warum mußte sie sich aber auch auf das dumme Abenteuer mit der Mondfahrt einlassen! Was nützte es ihr, daß ihr Name in aller Munde war, daß ihr Bild bis in den letzten Winkel des Erdballs verbreitet wurde, daß man sie als die heldenhafte Forscherin und mutige Gefährtin Professor Wills pries! Sie war doch noch so jung. Sie wollte noch leben. Wer weiß, wie die Sache ausging! Was hatte sie bisher vom Leben gehabt? Nichts! Aber auch rein gar nichts! Durchs Studium gehungert und geschuftet Tag für Tag bis in die Nacht hinein. Kaum, daß sie sich Sonntags einmal Zeit gegönnt hatte, Mensch mit Menschen zu sein. Ja, der Professor, der hatte den größten Teil seines Lebens hinter sich und blickte die Welt mit anderen Augen an. Bei ihm war kein Verzicht mehr. Er hatte überwunden. Er war aufgegangen in seinem Werke.

Nun kam das große Abschiednehmen. Endlich war auch das vorüber.

„Einsteigen! Luken zu! Und Platz gemacht!"

Nach zehn Minuten, während deren von den Zurückgebliebenen die ganze Umgebung geräumt werden mußte, brachte der Professor die erste Rakete zur Entladung. Mit heftigem Ruck, der fast die Sinne benahm und im Magen das Unterste zu oberst kehrte, fuhr das Raumschiff auf den Schienen an, um sich auch sofort von seiner Unterlage zu lösen und im steilen Winkel aufwärts zu streben.

Eine Rakete nach der andern wurde zur Explosion gebracht. Mit immer steigender Geschwindigkeit enteilte das Raumschiff dem Bannkreis der Erde. Kleiner und kleiner wurde die Landschaft da unten, bis schließlich nur noch eine leuchtende, teils von Wolkenschleiern verdeckte runde Scheibe übrig blieb.

Immer mehr machte sich der Mangel an Schwerkraft bemerkbar. Stunde um Stunde verrann, 24 Stunden, ein Tag. Der Professor beobachtete durch den vielfach geschützten Ausguck Geschwindigkeit und Fahrrichtung des Schiffes. Die Nerven waren zum Platzen gespannt. Von Schlaf war kaum die Rede.

Ein gellendes „Marianne!" zerriß plötzlich die Stille. Zum ersten Male gebrauchte der Professor ihren Vornamen. „Marianne! Wenn meine Rechnung stimmt, sind wir verloren! Ich weiß nicht ... Wir sind von der vorgesehenen Richtung abgekommen.... Wir steuern ins Leere.... Wenn uns die Nahrungsmittel reichen ... und der Sauerstoff ... vielleicht gelingt es uns, umzukehren. Wenn wir in den Kraftbereich der Sonne kommen .. ist alles aus. Wir müssen elend verzischen...."

Die Assistentin erstarrte vor Schreck und Erregung; krampfhaft angeklammert an die Halteringe, die überall im Innern des Schiffes angebracht waren. Ein erlösender Schrei. Tränen schossen ihr in die Augen, und dann heulte sie los wie ein Kind. Der Professor ließ Meßbestecke und Schreibzeug fahren, die infolge des Fehlens jeglicher Schwerkraft frei in der Luft der Kabine schwebten, und hangelte sich kraftlos hinüber, seine Gefährtin zu trösten, heimlich selbst Trost zu suchen. „Nicht weinen, liebes Kind! Nichts mehr zu ändern. Sieh, was hab ich selbst vom Leben gehabt. So wenig wie du, vielleicht noch weniger." Mit ungeschickter, zärtlicher Bewegung faßte er das junge Weib um die Hüfte und preßte sie an sich. Da ging ihm mit einem Schlage das Bewußtsein auf, daß er bisher nur ein halbes Leben gelebt hatte. Jetzt erst, den sicheren Tod vor Augen, kam ihm die Erkenntnis dessen, was er im Leben versäumt, was er geopfert hatte, einer Idee zu Liebe, die ihn jetzt selbst auffraß und mit ihm dieses junge Weib. Was hinderte ihn, jetzt noch so viel auszukosten als möglich war! Behend, mit angsterfüllten Augen blickte sie zu ihm auf. Sein Mund fand den ihren in heißem Kusse. Sie ließ ihn gewähren. Es war ja alles gleich.

Ein heller, mit rasender Geschwindigkeit zunehmender Schein durchflutete das ganze Schiff und nahm trotz allem die Aufmerksamkeit des Professors gefangen. Die Sonne wuchs von Sekunde zu Sekunde. War es möglich, daß sie sich mit Lichtgeschwindigkeit vorwärtsbewegten? Jede Sekunde konnte das Ende bringen. Verzweifelt preßte er das Weib an sich und spürte mit heißer Wollust ihre weichen Arme um seinen Hals. Die Temperatur war fast an der Grenze des Erträglichen angelangt. Die Wände spien Hitze, beengten die Atmung. Und jetzt ... ein Brodeln und Zischen .. und mit dumpfem Knall ... polterte das Haupt des Professors auf den Schreibtisch während seine Arme einen Packen knisternder Papiere zusammenpreßten.

Arbeiter-Sport

Spiele vom Sonntag.

Herrliches Wetter begünstigte die Spiele.

Die Resultate sind folgende:

Stadtmannschaft Wanne-Eickel.
A. gegen B-Mannschaft 1:3.

1. Mannschaften.

Röhlinghausen gegen Buer-Resse 3:3.
Gladbeck-Rentfort gegen Mülheim-Dümpten 1:6.
Wattenscheid gegen Herten 2:1.
Holsterhausen gegen Bottrop 4:4.
Gladbeck-Zweckel gegen Vorwärts Werne 6:2.
Buer-Scholven gegen Herwest-Dorsten 2:1.
Vorwärts Gelsenkirchen gegen Freiheit Gelsenkirchen 1:0.
Buer-Scholven gegen Herwest-Dorsten 2:1.
Vorwärts Gelsenkirchen gegen Freiheit Gelsenkirchen 1:0.

Reservemannschaften.

Röhlinghausen gegen Buer-Resse 4:4.
Gladbeck-Rentfort gegen Mülheim-Dümpten 1:3.
Wattenscheid gegen Herten 0:2.
Gladbeck-Zweckel gegen Vorwärts Werne 3:1.
Vorwärts Gelsenkirchen gegen Freiheit Gelsenkirchen 1:0.

Jugendmannschaften.

Buer-Scholven gegen Herwest-Dorsten 0:2.

Handball.

Erkenschwick gegen Bochum-Riemke 3:1.
Wanne gegen Castrop-Rauxel 8:0.

Aufstellung einer Stadtmannschaft Wanne-Eickel
A. gegen B-Mannschaft 1:3.

Nur wenig Zuschauer wohnten diesem Treffen bei, wo doch das herrliche Wetter Massen hätte herauslocken müssen. Beide Mannschaften traten in der schon bekanntgegebenen Aufstellung an. Wir hatten bestimmt gemeint, daß hier die B-Mannschaft den kürzeren ziehen würde, aber der Vorschauonkel kann sich auch irren. Während in der B-Mannschaft die Stürmerreihe ein Spielchen vorführte, daß es eine Lust war, sich diese Dribbelei anzusehen, versagte die Stürmerreihe der A-Mannschaft. Nur die Hinterleute der A-Mannschaft waren auf dem Posten und verhüteten eine größere Niederlage.

Ein Unentschieden.

Röhlinghausen gegen Buer-Resse 3:3 (2:3).

Man ist einfach sprachlos! Es zeugt von Energie der Resser Mannschaft, unserem Bezirksmeister ein Unentschieden abzutrotzen. Beide Mannschaften gehen gleich forsch vor. Man soll es nicht für möglich halten, die Resser entpuppen sich als die besseren. Die Stürmerreihe, unterstützt von der sich in guter Entwicklung befindlichen Hintermannschaft, geht gut vor. Ein guter Vorstoß und Resse führt. — Bald darauf steht das Spiel 2:0. Der Bezirksmeister setzt Dampf auf: 2:1. Ein kurzes Geplänkel vor dem Tore des Bezirksmeisters, und schon heißt es 3:1 für Resse. Doch auch Röhlinghausen scheint sich gefunden zu haben. 3:2! Röhlinghausen will das Resultat auf Unentschieden stellen. Doch ein schriller Pfiff des Unparteiischen und es geht in die Pause.

In der zweiten Spielhälfte zeigen die Resser, daß auch weiterhin mit ihnen zu rechnen ist. Röhlinghausen versucht alles. Scharfe Momente entstehen, doch weiß der gute Torwart sämtliche Angriffe zunichte zu machen. Kurz vor Schluß bekommen die Röhlinghauser einen Elfmeter zugesprochen, der verwandelt wird. — Unentschieden trennen sich die Gegner.

Auch die Reservemannschaften beider Vereine verstanden es, sich mit einem Unentschieden zu trennen 4:4.

Was war denn in Gladbeck-Rentfort los?

Gladbeck-Rentfort gegen Mülheim-Dümpten 1:6 (1:1).

Die Rentforter hatten einen Gegner aus dem 6. Bezirk als Gast und mußten, was wir nicht für möglich gehalten haben, eine schwere Niederlage entgegennehmen. Beide Mannschaften in kompletter Aufstellung. Bis zur Pause stand das Spiel 1:1. In der weiteren Spielzeit hatten die Rentforter sehr wenig zu bestellen. Durch seine ungestüme, angriffsfreudige Spielweise konnte der Gast aus dem 6. Bezirk noch 5 weitere Treffer buchen, somit dem Platzverein das Nachsehen gebend.

Auch die 2. Mannschaft der Rentforter kam an einer Niederlage nicht vorbei. Hier hieß es 3:1 für Mülheim-Dümpten.

Nur ein knapper Sieg!

Rasensport Wattenscheid gegen Herten 2:1 (1:1).

Hier wurde uns keine Vorschau eingesandt. Der Berichterstatter des Platzvereins wird gebeten, nächstens besser auf dem Damm zu sein. Der Spielverlauf zeigte folgendes: Herten kommt gut vor, doch weiß die Hintermannschaft zu klären. Das Leder wogt auf und ab. Ungefähr in der Mitte der Spielzeit steht das Spiel 1:0 für Rasensport. Der Ausgleich läßt nicht lange auf sich warten. — 1:1. Mit diesem Ergebnis geht es in die Pause. Wattenscheid besinnt sich in der weiteren Spielzeit auf sein altes Können. Schwungvolle Angriffe werden gut vorgebracht, und schon heißt es 2:1. Auch weiterhin ist Wattenscheid überlegen. Mehrere Handelser werden verschenkt. Beide Mannschaften zeigten ein Arbeitersportlern würdiges Spiel.

Hertens zweite Mannschaft zeigte auch hier, daß mit ihr zu rechnen ist. Ein 2:0 war hier das Ergebnis.

Auch hier ein Unentschieden.

Sportfreunde Bottrop gegen Sportfreunde Holsterhausen 4:4 (2:0).

Zwei Mannschaften gaben sich hier ein Treffen, das wechselvoll verlief. Das Spiel wirkte in der letzten Pause der Spielzeit nicht so, wie es der Fall sein sollte. Der Unparteiische — Vereinsschiedsrichter Holsterhausen — war nicht auf der Höhe. Zum Spielverlauf folgendes: Sportfreunde Bottrop gibt sofort den Ton an. Brenzlige Momente entstehen vor dem Tore der Holsterhauser und es dauert nicht lange und Bottrop führt mit 1:0. Holsterhausen will gleichziehen, doch das schwer zu nehmende Hindernis, das Bollwerk, ist auf dem Posten. Kurz vor der Pause steht das Spiel 2:0.

In der zweiten Spielzeit wirkten die Entscheidungen des Unparteiischen geradezu hemmend auf die Bottroper. Zum Schluß des Spieles heißt es 4:4.

Eine derbe Abfuhr.

Gladbeck-Zweckel gegen Vorwärts Werne 6:2 (2:2).

Eine derbe Abfuhr mußte der Gast von dem in guter Form befindlichen Platzverein hinnehmen. Zeigte der Gast bis zur Pause gleichwertiges Können (2:2), so war es mit ihm nach der Pause geschehen. Der Sturm der Zweckeler, der eine Umstellung erfahren hatte, zeigte, daß mit dieser Aufstellung etwas zu erzielen ist. Ebenso konnte die Läuferreihe sehr gut gefallen. Während das Dreimännerkollegium sich wie immer auf den alten Standpunkt stellte. Durch gute Abwehrarbeit war der Sturm immer auf Reisen. Vorwärts Werne war lange nicht so schlecht, wie das Resultat vermuten läßt. Nur fielen sie in der zweiten Spielzeit merklich ab. An sich war der Torwart an der hohen Niederlage schuldlos. Ebenso konnte die zweite Mannschaft der Zweckeler nach langer Zeit einen Sieg herausholen 3:1.

Was machen denn die Scholvener?

Freier Spielverein Buer-Scholven — Herwest-Dorsten 2:1 (1:1).

Auch Scholven stand nicht ohne Spiel da. Herwest-Dorsten sprang in liebenswürdiger Weise ein, da Rentfort abgesagt hatte.

Schon nach kurzer Spieldauer konnte Herwest führen, 1:0. Durch diesen Erfolg ermutigt, gaben die Herwester aus sich heraus. Doch mit des Geschickes Mächten! Scholven zieht gleich. Mit diesem Ergebnis geht es in die Pause. Nach der Pause sind beide Mannschaften abwechselnd tonangebend. Scholven kann auch in Führung gehen, 2:1. Herwest setzt alle Register seines Könnens an, doch nichts will gelingen. Die letzten 20 Minuten steht das Spiel dauernd im Zeichen der Scholvener. Die Abwehrarbeit der Herwester vereitelte Erfolge.

Die Jugendmannschaften beider Vereine trennten sich mit 2:0 für Scholven.

Die Mannschaft der Dorstener wirkte durch Abwesenheit.

Ein knapper Sieg der Vorwärts-Mannschaft!

Vorwärts Gelsenkirchen gegen Freiheit Gelsenkirchen 1:0.

Lokalkampf! Beide Mannschaften traten in der vorgesehenen Aufstellung an. Sofort nach Anstoß gehen beide Mannschaften scharf vor. Vorwärts ist die glücklichere Partei und führt mit 1:0. Bis zur Pause wird trotz der beiderseitigen Anstrengungen nichts erreicht. Auch die zweite Spielzeit verlief so wie die erste. Nur daß hier keine Tore fielen.

Die zweite Mannschaft der Vorwärtser konnte ebenfalls einen Sieg erringen, 1:0.

Aus der Sparte der Handballer.

Erkenschwick gegen Bochum-Riemke 3:1.

Nanu, was ist denn mit den Erkenschwickern los? Sie führten hier, obwohl nur zehn Mann zur Stelle waren, ein Spielchen vor, das bestimmt für die zweite Halbserie etwas bedeuten dürfte. Zeigte auch der Bruderverein aus dem 12. Bezirk beachtliches Können, so konnte er doch gegen die in guter Form befindlichen Erkenschwicker nicht ankommen. Erkenschwick siegte nach Gefallen. Der Torhüter des gegnerischen Vereins verhütete eine größere Niederlage.

Wanne gegen Castrop-Rauxel 8:0 (4:0).

Endlich gefunden! Trotzdem der Gegner aus dem 5. Bezirk die hohe Padung einstecken mußte, führte er ein offenes Spiel vor und konnte gut gefallen. Schiedsrichter leitete zur Zufriedenheit beider Parteien.

Freies Sportkartell, Bottrop.

Sonntag, den 12. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im Volkshaus die Generalversammlung statt. Die Delegierten werden ersucht, restlos zu erscheinen, da wichtige Sachen zu besprechen sind. Die Vorstandsmitglieder kommen eine halbe Stunde früher. Genosse Hensel ist soweit wiederhergestellt, daß er die Versammlung persönlich leitet.

Bahnrennen der „Solidarität".

Bundesmeisterschaften und Radländerkampf der Arbeiter-Radfahrer am 19. Januar in der Dortmunder Westfalenhalle.

Bei der Austragung der Bundesmeisterschaften in Berlin hatten die Solidaritätsfahrer das Pech, daß die Meisterschaften im Bahnrennen total verregneten. Diese sollen nun am 19. Januar in der Dortmunder Westfalenhalle nachgeholt werden. Das Programm wird ergänzt durch Kunst- und Steuerrohrreigen sowie ein Radballspiel. Außerdem findet statt ein Rad-Länderkampf: Frankreich — Belgien — Deutschland.

Hochqualifizierte Kämpfe sind zu erwarten, die nicht als Schaustellung, Sensation und Geschäft in Erscheinung treten, sondern in wohltuendem Gegensatz zu dem Nervenkitzel der Sechstagerennen, wahren Volkssport und Körperkultur demonstrieren werden. Mit besonderem Interesse kann man vor allem dem Radländerkampf entgegensehen, stellen doch Frankreich wie Belgien tüchtige Kämpfer ins Feld. Wir werden auf die großzügige Veranstaltung demnächst noch näher eingehen.

Niederschmetternde Sportmoral.

Wertvolle Eingeständnisse über die verderbliche Sporterziehung.

Die bürgerlichen Sportführer reden viel. Ein jeder nach eigener Anschauung. Und was hören wir? Weltrekorde! Spitzenleistungen! Siege des deutschen Adlers im Ausland! — Und was stellen sie, „Die bürgerlichen Sportführer", wehmütig am Ende fest: Niedergang, Rückschläge usw. Der deutsche Sport steht am Scheidewege.

In diesem Sinne äußerte sich bereits in einem Weihnachtsartikel der bürgerliche Sportführer Dr. Diem. Andere bürgerliche Sportführer und in eigener Aeußerung die bürgerliche Presse selbst folgten in mehr oder minder klarer Selbsterkenntnis der bestehenden Mißstände in einer Art Neujahrsbetrachtung. So schreibt u. a. das „Gladbecker Tageblatt" in einem „Am Grabe des Jahres" betitelten Aufsatz, folgendes über die Auswüchse des bürgerlichen Fußballsportes:

„Gefährlicher als wirtschaftlicher Rückgang und auch nicht durch zahlmäßige Erfolge gut zu machen, ist der moralische Rückgang. Heute weht der Geist der Paragraphen über einen Teil des Sports, den Fußball. Versäumtes in der Erziehung muß nachgeholt werden, und die strengsten Strafen finden Anwendung. (Oder auch vielmehr nicht. Die Red.) Aber der Eindruck ist niederschmetternd."

Was hier mit dem moralischen Rückgang gemeint ist, erklärt folgender Satz aus demselben Blatt: „Nicht klein ist die Zahl der Vereine, die von den Meisterschaftsspielen absagen, weil ihnen die Gesundheit ihrer Spieler höher stand, als die Sucht, unter allen Umständen zu siegen."

Ein wertvolles Eingeständnis, das sich mit Dr. Diems Feststellung, von der schleichenden Krankheit im bürgerlichen Lager, deckt. Zum Schluß dieses Aufsatzes heißt es verzagend:

„Der Kampf gegen zwangsläufige Entwicklung. Der Kampf gegen das Geschehene ist ein Kampf gegen Windmühlenflügel.

Wir lassen gern der verderbten Entwicklung dem bürgerlichen Sport freien Lauf. Stellen nur fest, daß der „Deutsche Adler", auf morschen Schultern zum „Sieg" getragen wird.

Daß es jenen neben Herren, denen die Zukunft des bürgerlichen Sports Sorge einflößt, auch noch tatenfrohe militaristische Sportführer gibt, beweisen

„Neujahrswünsche der Sportführer",

die Rechtsanwalt Lang, 1. Vorsitzender der „Deutschen (lies bürgerlichen) Sportbehörde für Leichtathletik" der Oeffentlichkeit vorsetzt. Es heißt da:

„Die allgemeine Wehrpflicht war biologisch (d. h. lebenerhaltend) eine Einrichtung von unersetzlichem Wert. Nach zweijähriger Dienstzeit, d. h. nach zweijährigem Training für Körper und Geist, kehrten die Soldaten in die Heimat zurück, als gereifte, in sich gefestigte, kerngesunde Männer. Die Dienstpflicht war vom biologischen Standpunkt der unversiegbare Quell deutscher Volkskraft und Volksgesundheit. Dieser Quell ist versiegt. Im unermüdlichen Eifer bemühen sich die deutschen (bürgerlichen) Sportverbände, die volksgesundheitlichen Werte dieser vergangenen Einrichtung kulturell auszuwerten. Diesen einen Gedanken sollen sich alle Behörden und Gemeinden, alle Führer des Volkes immer wieder vor Augen bringen, wenn vom Sport die Rede ist!"

Voll Enthusiasmus und Schwung wird hier Propaganda besonderer Art getrieben, wobei die Sehnsucht nach den alten „glorreichen Zeiten" deutlich zutage tritt. Man sehnt sich so recht nach einer Wiederkehr wilhelminischer Zeiten. Kommentar hierzu erübrigt sich wohl.

Es ist eigentümlich um eine Bewegung bestellt, die von solchen Führern geleitet wird. Sie entblößen sich ab und zu als sehr verschiedene Geister. Sind sich aber in einer großen Sache einig: Kampf der modernen Arbeiterbewegung, Kampf dem Sozialismus, gestützt auf eine sensationshungrige Masse.

Das schaffende und sportfreudige Volk muß dem täglichen Geschehen und der verderblichen bürgerlichen Sportmoral größte Beachtung schenken und den verblendeten Volksgenossen, die, jenen Führern noch nachlaufen, bei Zeiten die Augen öffnen. Wer Sport um seiner Gesundheit willen betreibt, bzw. zu treiben wünscht, der hat Gelegenheit dazu, in den sich im Sinne des Volkswohls betätigenden Arbeitersportverein.

Vorstände-Konferenz im Solinger Bezirk.

Die am Sonntag in Solingen stattgefundene Tagung des Solinger Bezirks des Arbeiter-Turn- und -Sportbunds war von sämtlichen Vereinen beschickt. Vom Kreisrat war Hirschfeld anwesend. Die in allen Teilen bestens verlaufene Tagung nahm eine Entschließung an, in der dem Kreisrat und Bundesvorstand in allen Beschlüssen und Handlungen vollstes Vertrauen ausgesprochen wird. Die Wahlen wiesen restlose Einmütigkeit auf. Bezirksvertreter Schuster (Remscheid) konnte unter allseitiger Zustimmung der Hoffnung Ausdruck geben, daß es wie klarer im Sinne des Bundes gehaltenen Arbeit gelingen wird, den Solinger Bezirk wieder in seiner früheren Größe auf uns auszubauen.

Tagungen der Wassersportler

Gruppentagung in Bonn.

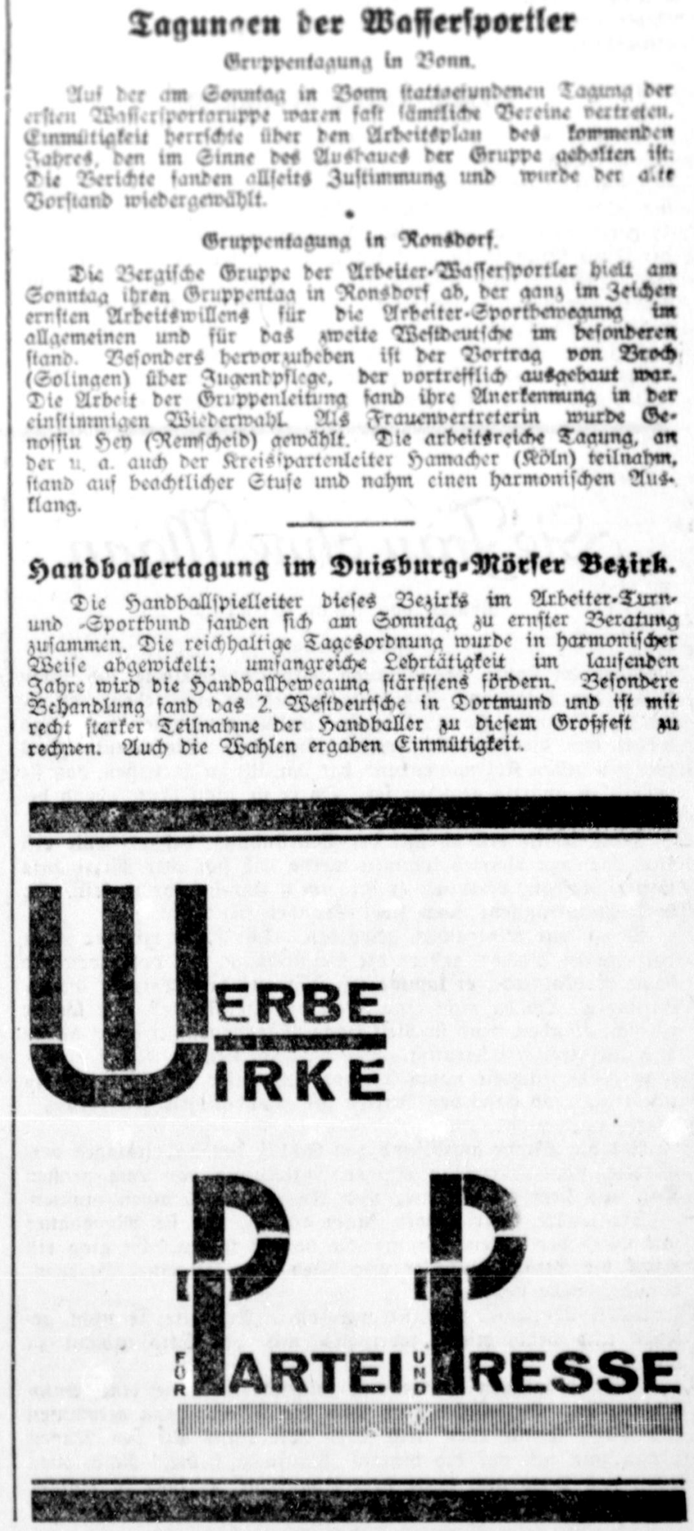
Auf der am Sonntag in Bonn stattgefundenen Tagung der ersten Wassersportgruppe waren fast sämtliche Vereine vertreten. Einmütigkeit herrschte über den Arbeitsplan des kommenden Jahres, den im Sinne des Ausbaues der Gruppe gehalten ist. Die Berichte fanden allseits Zustimmung und wurde der alte Vorstand wiedergewählt.

Gruppentagung in Ronsdorf.

Die Bergische Gruppe der Arbeiter-Wassersportler hielt am Sonntag ihren Gruppentag in Ronsdorf ab, der ganz im Zeichen ernsten Arbeitswillens für die Arbeiter-Sportbewegung im allgemeinen und für das zweite Westdeutsche im besonderen stand. Besonders hervorzuheben ist der Vortrag von Broch (Solingen) über Jugendpflege, der vortrefflich ausgebaut war. Die Arbeit der Gruppenleitung fand ihre Anerkennung in der einstimmigen Wiederwahl. Als Frauenvertreterin wurde Genossin Hey (Remscheid) gewählt. Die arbeitsreiche Tagung, an der u. a. auch der Kreispartenleiter Hamacher (Köln) teilnahm, stand auf beachtlicher Stufe und nahm einen harmonischen Ausklang.

Handballertagung im Duisburg-Mörser Bezirk.

Die Handballspielleiter dieses Bezirks im Arbeiter-Turn- und -Sportbund fanden sich am Sonntag zu ernster Beratung zusammen. Die reichhaltige Tagesordnung wurde in harmonischer Weise abgewickelt; umfangreiche Lehrtätigkeit im laufenden Jahre wird die Handballbewegung stärkstens fördern. Besondere Behandlung fand das 2. Westdeutsche in Dortmund und ist mit recht starker Teilnahme der Handballer zu diesem Großfest zu rechnen. Auch die Wahlen ergaben Einmütigkeit.



Seltsame Scheidungen

Was in Amerika möglich ist.

Daß ein Sohn von seiner Mutter ehelich geschieden worden ist, dürfte in der gesamten internationalen Rechtsprechung ein Novum darstellen. Geschehen ist dies in einem Gerichtsbezirk, der unweit dem amerikanischen Bundesdistriktsbezirk Columbia gelegen ist. Die Klägerin hatte einen Antrag auf Ehescheidung gestellt, dem auch stattgegeben wurde. Doch infolge eines Irrtums schied der Richter nicht den Mann, sondern den Sohn von ihr. Konsequenterweise erhielt gleichzeitig die Frau die Obhut zwar nicht über ihren Sohn, aber über ihren Gatten. Zu allem Spaß und Unglück hatte sich der Gerichtshof auf unbestimmte Zeit vertagt. Die sofort befragten Berufungsbehörden entschieden, daß der Irrtum vorläufig nicht zu korrigieren sei. Es müsse vielmehr der nächste Gerichtstermin abgewartet werden, in dem ein neues Ehescheidungsverfahren einzuleiten sei. Die juristische Stellung des von seiner Mutter geschiedenen Sohnes ist vorläufig noch nicht ganz klar. Die Kommentare, die der Fall hervorrief, sind für die Ordnungsliebe des in Frage kommenden Gerichtshofes nicht gerade schmeichelhaft. Andererseits wird anerkannt, daß er selbst Ben Akiba eines Besseren belehrt habe.

Eine interessante Scheidungsnachricht kommt auch aus Kuba. Dort streiten sich zwei Mütter, eine Weiße und eine Negerin darum, ob ihre Kinder in der Entbindungsanstalt nicht vertauscht worden sind. Die weiße Frau gab vor dem Richter an, daß ihr Mann ihr täglich mit Ehescheidung drohe, weil das Kind mit der Zeit immer dunkler wird. Da am Tag der Geburt des weißen Säuglings eine Negerin einem Kinde das Leben schenkte, vermutet nun die weiße Mutter, daß die Pflegerin die beiden Kinder zusammenlegte, wodurch eine Verwechselung eingetreten sein könne. Der Fall wird nicht mehr ganz zu klären sein. Vom Spruch des Richters wird es abhängen, ob die weiße Ehe geschieden werden wird.

Abgeordneter als Schmuggler?

Die libanesische Gendarmerie hat kürzlich den Auftrag erhalten, eine Karawane von 20 Kamelen, die einen großen Transport Tabak über die Grenze schmuggeln sollte, abzufangen und festzunehmen. Es kam zu einem Feuergefecht, bei dem die Schmuggler das Feld behaupteten und unter Hinterlassung von zwei getöteten Tieren entwischten. Als die Beamten mit Verstärkungen zurückkehrten, fanden sie, daß die Ladung der Kamele aus Getreide bestand. Der Besitzer der Karawane, der Vertreter eines süd-libanesischen Wahlkreises, Yussef el Zein, setzte Himmel und Hölle in Bewegung, um zu beweisen, daß die Behörde gegen unschuldige Bürger einen Akt unerhörter Brutalität begangen hat. Dagegen behauptet die Polizei, daß Komplizen der Schmuggler aus benachbarten Dörfern in der Zwischenzeit die Ladungen vertauscht hätten und daß der Abgeordnete sehr wohl über diese Machinationen unterrichtet war. Die Angelegenheit hat den Sturm, der augenblicklich im Wasserglase der Libanonrepublik wütet, bis zum Orkan gesteigert und die Affäre zu einer großen politischen Sensation gemacht. Die Gegner der Regierung sehen in ihr einen Schulfall für den Mißbrauch, den Parlamentarier mit ihrem Einfluß treiben, während Yussef el Zein und sein Anhang über den Terror der Behörden klagen, die friedliche Bürger in ihrem Erwerb stören. Zwischen den zuständigen Stellen in Beirut und den Beschuldigten ist ein energischer Briefwechsel im Gange und die Preßtrabanten beider Lager drohen mit Enthüllungen, strengen Strafen und Regierungssturz.

Liebestragödie in Pankow

Berlin, 6. Jan. (Drahtmeldung.) In Pankow erschoß gestern abend gegen 10,30 Uhr der 29 Jahre alte Polizeioberwachtmeister Heiden die gleichaltrige Ehefrau Praß und tötete sich selbst durch einen Schuß. Das Paar kannte sich schon seit längerer Zeit und hegte eine Neigung füreinander. Der Mann der Frau Praß ist lungenkrank und befindet sich in einer Heilstätte. Als er vor einigen Tagen auf Urlaub kam, hatten die beiden ihn gebeten, daß er die Frau freigebe. Praß hatte aber nicht eingewilligt. Am Sonnabend war er in die Heilstätte zurückgekehrt. Da nun keine Aussicht auf eine dauernde Vereinigung bestand, mögen Heiden und die Frau zu dem Entschluß gekommen sein, gemeinsam aus dem Leben zu gehen.

Berlin ohne Licht

Oelschalterexplosion in Klingenberg

Berlin, 6. Januar. (Drahtmeldung.) Eine gewaltige Detonation, die Montag nachmittag kurz nach ¾5 Uhr in der Gegend des Großkraftwerks Klingenberg zu hören war, rief in dieser Gegend die größte Bestürzung hervor, die dadurch noch erhöht wurde, daß der Himmel blutigrot erhellt war und starker Rauchschwaden das Großkraftwerk und die dazugehörigen Anlagen vollkommen einhüllten. Tausende eilten nach dem Großkraftwerk Klingenberg, das, wie gerüchtweise verlautbar wurde, durch mehrere Explosionen zerstört worden sei. In Wirklichkeit aber war, wie das „Tempo" feststellt, nur ein Oelhalter explodiert, dessen Brand bald gelöscht werden konnte, aber doch erhebliche Lichtstörungen in Berlin zur Folge hatte.

In der Eigenbedarfsanlage, die das Großkraftwerk selbst mit Strom versorgt, war der Oelschalter aus bisher noch unaufgeklärter Ursache in Brand geraten und explodiert. Das Oel kochte zischend aus und verursachte starke Rauchwolken. Kurz darauf wurden auch die ersten Lichtstörungen aus Lichtenberg, Tempelhof, Neukölln und anderen südlichen Vororten gemeldet. Die südlichen Stadtteile von Groß-Berlin lagen vollkommen im Dunkel. Kurz nach der Explosion traf Baurat Müller mit drei Feuerwehrzügen, dem Feuerlöschboot, einem Schlauchwagen und einem Rettungswagen an der Brandstelle ein. Der Brand war aber inzwischen durch Werksangehörige gelöscht worden.



Amsterdams letzte Mühle wird restauriert, um sie der Nachwelt zu erhalten.

Mordserie in einem böhmischen Dorf

Königgrätz, 6. Jan. (Drahtmeldung.) In einem Ort in der Nähe von Königgrätz wurden acht Personen, darunter drei Frauen, unter dem Verdacht verhaftet, im Verlaufe von 10 Jahren drei Männer ermordet zu haben. Im Jahre 1919 wurde der Mann der Hauptbeschuldigten Bäuerin Bitner aus Polom ermordet aufgefunden. Im Jahre 1926 wurden der Häusler Joseph Lichy und ein Jahr später der Fleischer Mach ermordet, mit denen die Bitner ein Verhältnis hatte. Wer die Mordtaten verübt hat, steht noch nicht fest.

Erbunwürdigkeit des Totschlägers

WTB. Berlin, 6. Januar. (Drahtmeldung.) Das Berliner Landgericht hat heute in einem Erbschaftsprozeß gegen den früheren Eisenbahnbeamten Vogler, der wegen Totschlags zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt ist, weil er seine Frau nicht daran hinderte, sich auf die Straße zu stürzen, dahin erkannt, daß er unwürdig ist, die Erbschaft der Toten anzutreten. Die Eltern der Frau hatten gegen Vogler die Klage aus Herausgabe der auf ihn entfallenden Hälfte des Nachlasses angestrengt, und das Landgericht entschied nunmehr im Sinne dieser Klage.

Ein Mädchenmord bei Hennstedt

WTB. **Hennstedt** (Holstein), 6. Januar. (Drahtmeldung.) Bei Hennstedt, zwischen Horst und Pferdekrug, wurde heute morgen in einem Wassergraben an der Landstraße ein Dienstmädchen aus Dellstedt tot aufgefunden. Die gerichtliche Untersuchung ergab, daß das Mädchen von einem 30 Jahre alten Knecht aus Hennstedt am Abend vorher in dem Graben ertränkt worden ist. Der Mörder hatte an dem Mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen versucht, doch hatte sich dieses gewehrt. Der Mörder wurde verhaftet und dem Amtsgericht in Heide zugeführt. Er ist geständig und bereits mehrfach wegen Sittlichkeitsverbrechen vorbestraft.

Brand auf der bayerischen Zugspitzbahn

Garmisch, 6. Januar. (Drahtmeldung.) Die Leitung der bayerischen Zugspitzbahn teilt mit: Sonntag nachmittag 2 Uhr brach im Transformatorenhaus bei Fenster 1 infolge von Kurzschluß ein kleiner Brand aus, dem ein Reservetransformator und ein Faß Oel zum Opfer fielen. Menschenleben waren nicht gefährdet. Der Bahnbetrieb wird durch den Brand in keiner Weise beeinflußt. Der Sachschaden ist gering.

Das Insterburger Autobus-Unglück

Königsberg, 6. Jan. (Drahtmeldung.) Bei den weiteren Vernehmungen zur Aufklärung des schweren Autounglücks am Bahnübergang bei Insterburg-Sprindt hat der Schrankenwärter Fiedler dem Staatsanwalt Priese eingestanden, daß er in dem Augenblick, als der Autobus mit dem Zuge zusammenstieß, noch in seiner Wohnung gewesen sei und mit seinen Söhnen heißen Rotwein getrunken habe. Angetrunken sei er nicht gewesen, da sie erst das erste Glas eingegossen hätten. Sie seien hinausgestürmt, als das Unglück bereits geschehen war. Er sei dann in der Wärterbude, die dunkel war, zu Boden gestürzt und ohnmächtig liegen geblieben.

Zwei Todesopfer einer Gasvergiftung

Altona, 6. Jan. (Drahtmeldung.) In einem Hause in Stellingen wurde gestern nachmittag der 59 Jahre alte Arbeiter W. Bunger und sein 29jähriger Sohn in der Küche ihrer Wohnung durch Gas vergiftet, tot aufgefunden. Die im Nebenzimmer schlafende 66 Jahre alte Mutter konnte im Krankenhaus wieder ins Leben zurückgerufen werden. Es handelt sich um einen Unglücksfall, der dadurch hervorgerufen wurde, daß der Sohn aus Unachtsamkeit beim Stiefelputzen den Schlauch von der Gasleitung abriß, ohne es zu bemerken.

Die Frau ohne Mann

Roman von Anton Döhler.

29) (Fortsetzung.)

Aber im Laufe des Montag vormittag meldete sich schon Mizzi am Telephon. Sie hatte inzwischen eingesehen, daß sie sich am Sonntag Hans gegenüber unklug benommen hatte und wollte nun die Geschichte wieder einrenken. Sie nannte Hans mit den besten Kosenamen und bat ihn, ihr zu verzeihen, daß sie gestern so unartig gewesen sei. Ob er sie nicht heute abend besuchen wolle?

Hans lehnte erst ab mit der Begründung, daß er heute erst spät aus dem Betrieb kommen werde, als sich aber Mizzi aufs Bitten verlegte, versprach er ihr, um 9 Uhr bei ihr zu sein. So hatte er wenigstens noch zwei Stunden für Toni.

Mizzi war mißtrauisch geworden. Die Sache mit der Reise vor einigen Wochen, gestern die Verabredung mit Holländer und heute die Ausrede, er komme erst spät aus dem Betrieb, machte sie stutzig. Ob da nicht eine Frau dahinter steckte? Sie konnte es nicht glauben, denn sie hielt Hans Moosbauer für einen durchaus aufrichtigen Charakter. Der Verdacht ließ ihr aber trotzdem keine Ruhe, und sie nahm sich vor, sich diesen Abend davon zu überzeugen, ob Hans den Betrieb zur gewöhnlichen Zeit verlassen würde oder nicht.

Als die Sirene am Abend den Schluß des Arbeitstages verkündete, stand Mizzi in einiger Entfernung von dem großen Tor, aus dem die Arbeiter und Angestellten kommen mußten.

Sie wollte ihren Augen kaum trauen, als sie Moosbauer mit unter den ersten erkannte, die heraus kamen. Er ging ein Stück die Straße hinunter und blieb dann an einer Straßenbahnhaltestelle stehen.

Mizzi überlegte, was sie tun solle. Er hatte sie nicht gesehen und beabsichtigte jedenfalls mit der Straßenbahn zu fahren.

Einer plötzlichen Eingebung folgend, hielt sie eine Autodroschke an. Inzwischen war auch die Straßenbahn gekommen und Mizzi konnte eben noch sehen, wie Hans auf den Wagen sprang und sich auf die hintere Plattform stellte. Rasch stieg sie in das Auto und sagte dem Chauffeur, er solle in einiger Entfernung hinter der Straßenbahn herfahren.

Nach etwa zehn Minuten Fahrt sprang Hans ab.

„Halt!" rief Mizzi dem Chauffeur zu. Dann sah sie, wie Moosbauer in eine Seitenstraße einbog.

„Langsam in die rechte Seitenstraße einbiegen!" befahl Mizzi weiter.

Hier wohnte Holländer, das wußte sie. Aber er war um diese Stunde sicher noch nicht zu Hause. Was wollte Hans also hier?

Der Wagen fuhr langsam in die Straße ein. Es war schon dunkel geworden, aber Mizzi konnte gerade noch sehen, daß Hans an dem Hause vorbeiging, in dem Holländer wohnte, und in einem schräg gegenüberliegenden Hause verschwand.

Nun ließ sie halten, bezahlte den Chauffeur und schickte ihn fort. Dann stellte sie sich in den Schatten eines Torbogens, von wo aus sie die Haustür beobachten konnte, in der Moosbauer verschwunden war.

Sie brauchte nicht lange zu warten, denn schon nach zehn Minuten kam er wieder heraus. Das Blut wich ihr aus dem Gesicht und ihre Knie begannen zu zittern, als sie in seiner Begleitung eine Frau sah. Sie standen erst zögernd vor der Haustür und dann gingen sie rechts die Straße entlang, wobei Mizzi bemerken konnte, daß Hans die Frau beim Arm nahm.

Nun raffte sich Mizzi zusammen. Schnell folgte sie dem Paar und als es in die nächste, heller erleuchtete Straße eingebogen war, beschleunigte sie ihre Schritte so, daß sie bald neben Moosbauer ging.

Mizzi wollte sich nichts verderben. Sie bezwang sich, so gut sie konnte. In dem Augenblick, als sie auf gleicher Höhe mit Moosbauer war, blickte sie ihn an und sagte mit gemachter Ueberraschung: „Ei sieh da! Grüß Gott, Hans! Ach, du bist nicht allein?"

Moosbauer war einen Augenblick lang in tödlicher Verlegenheit, dann aber stellte er vor: „Fräulein Toni Bergner, Fräulein Mizzi Neumann!" und zu Mizzi gewandt fuhr er fort: „Du mußt schon entschuldigen, Fräulein Bergner ist in München fremd. Sie tritt morgen im Warenhaus Isar ein und wir, Heinz Holländer und ich, haben uns ihrer angenommen, weil ich sie schon seit einiger Zeit kenne." Moosbauer war es immer noch nicht behaglich, als er diese Entschuldigung herauswürgte, Mizzi warf Toni einen verächtlichen Blick zu, den diese aber nicht bemerkte.

Plötzlich rief Mizzi laut: „Kinder, ich habe eine Idee! Ich habe hier in der Nähe eine Besorgung erledigt, jetzt bin ich fertig und ich lade Sie, Fräulein Bergner, und dich für heute abend zu mir ein. Wenn Sie nicht Bescheid in München wissen, dann wird Ihnen die Zeit doch zu lang werden."

Wirklich, das war eine der besten Ideen, die Mizzi in ihrem ganzen Leben gehabt hatte! Ihr fraulicher Instinkt hatte ihr ganz richtig verraten, daß die Bekanntschaft zwischen Hans und dem Fräulein Bergner doch nicht ganz harmlos war. Hätte sie nun einen Skandal heraufbeschworen, wäre Hans vielleicht einfach davongegangen. Sie ließ sich den Vorfall am Sonntag zur Lehre dienen.

Wenn sie sich aber diese Frau zur Freundin machte und möglichst viel mit ihr zusammen war, dann würde ihr Hans gewiß nicht zürnen und sie konnte zugleich besser beobachten, was eigentlich zwischen den beiden war.

Toni stand unschlüssig da. Das also war die Frau, um derentwillen sich Hans von ihr losgesagt hatte! Am liebsten hätte sich Toni entfernt, aber da fuhr Mizzi Neumann fort:

„Da stehenbleiben können wir auch nicht, wir bilden ja ein Verkehrshindernis!" Dann faßte sie Toni untern Arm und sagte: „Gelt ja, Sie kommen mit? Und auch du, Hans, du wolltest ja ohnedies um neun Uhr bei mir sein!"

Hans stand noch unschlüssig da, aber Mizzi schleppte die beiden einfach mit.

Bis nach zehn Uhr waren sie in Mizzis Wohnung zusammen. Toni mußte von ihrem früheren Beruf und von zu Hause erzählen. Mizzi hielt es für unmöglich, daß ein Mädchen wie Toni jahrelang in einer Fabrik schuften könne und sie versprach ihr, sich ihrer anzunehmen und sie in das Großstadtleben einzuführen.

Während des ganzen Abends war Mizzi zu Haus sehr liebenswürdig, sie nannte ihn „mein Bub", streichelte ihm gelegentlich die Wangen und kniff ihn auch einmal in den Arm, als er eine scherzhafte Bemerkung machte. Das tat Mizzi alles aus reifer Ueberlegung und sie beobachtete unauffällig die Wirkung ihres Benehmens auf Toni.

Diese fühlte sich hier überflüssig, obwohl sich Mizzi dauernd mit ihr beschäftigte, und schließlich äußerte sie den Wunsch, nach Hause gehen zu wollen, weil sie am nächsten Morgen, an dem sie ihre neue Stelle antreten mußte, ausgeschlafen haben wollte.

Hans erbot sich sofort, Toni zu begleiten. Er hatte noch immer keine Gelegenheit gefunden, Toni sein Herz auszuschütten und ihr alles zu sagen, was ihn bedrängte. Aber Mizzi sagte: „Es ist noch früh am Tag, ich werde mit euch gehen, die frische Nachtluft wird mir gut tun."

Hans mußte sich fügen. Sie brachten Toni bis an die Haustür und als sie sich von ihr verabschiedeten, da sagte Mizzi: „Ich wünsche Ihnen viel Glück in Ihrem neuen Beruf," und in scherzendem Tone fügte sie hinzu: „Ich werde morgen mal vorbeikommen und Ihner als erste was abkaufen!" (F. f.)

Abgang Jessners?

Die Not der Staatstheater

Berlin, 7. Januar. (Drahtmeldung.) Die Germania teilt mit: Wie verlautet, hat gestern zwischen dem preußischen Finanzminister und dem Kultusminister eine Besprechung stattgefunden, in der über die Nöte der Berliner Staatstheater verhandelt wurde. Als überraschendes Ergebnis kann wohl angesehen werden, daß man den Generalintendanten der Schauspielhäuser, Professor Leopold Jeßner, seines Postens entheben will. Jeßner hat unter dem Eindruck der Glückwünsche und Anerkennungen zu seinem 50. Geburtstag im März vor zwei Jahren seinen Vertrag erneuern können, der an sich noch bis 1934 läuft. Man will ihn — um dieses Vertrages willen — zunächst nur von der Verwaltung der beiden Staatstheater zurückziehen und lediglich noch in der Regie verwerten.

Köln und die Rheinprovinz

Eine Auslassung des Innenministeriums

Wie unserem Bochumer Mitarbeiter auf Anfrage im Preußischen Innenministerium zu den Gerüchten über den bei der Kölner Stadtverwaltung bestehenden Plan, aus dem rheinischen Provinzialverbande auszuscheiden und eine eigene Provinz zu bilden, versichert wird, ist bisher kein derartiger Antrag bei den zuständigen Instanzen gestellt worden. Im Preußischen Innenministerium ist bisher von der Angelegenheit nichts bekannt. Es wird nicht für wahrscheinlich gehalten, daß es überhaupt zur Stellung eines solchen Antrages kommt. Die Berücksichtigung eines derartigen Antrages darf unter den heutigen Umständen als ausgeschlossen gelten. Eine Maßnahme von derart einschneidender Bedeutung durchzuführen, würde die Schaffung eines Präzedenzfalles bedeuten, dessen Auswirkungen auf das gesamte kommunale Verwaltungswesen unübersehbar sein würden. Einer solchen Frage würde man lediglich im Rahmen einer umfassenden Reichs- bezw. Länderreform nähertreten können.

Meldungen über einen bevorstehenden Erlaß des Preußischen Innenministers zur Finanzwirtschaft der Kommunen werden von zuständiger Stelle in Berlin als verfrüht bezeichnet. Ein solcher Erlaß würde vielleicht die Frage der ungedeckten Ausgaben in der Form behandeln, daß er nachdrücklich die Empfehlung wiederholt, Ausgaben nicht mehr zu bewilligen, bevor ausreichende Deckung vorhanden ist. Unter ausreichender Deckung sei nicht etwa ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zu verstehen, die Mittel auf dem Anleihe- oder auf anderem Wege zu verschaffen, sondern das effektive Vorhandensein solcher Mittel.

Der Sohn des Herrn Stingl

Erbauliches aus München

Vor einigen Jahren engagierten die Deutschen Kabelwerke in Berlin einen gewissen Herrn Stingl, einen früheren Offizier. Diesen Mann schickte das Berliner Unternehmen nach München und bald darauf konnte Herr Stingl seinen Auftraggebern melden, daß es ihm gelungen sei, den Deutschen Kabelwerken einen Auftrag der Postverwaltung in Höhe von 1½ Millionen Mark zu sichern. Das war ein Riesenauftrag und Stingl soll sich in einem öffentlichen Lokal gerühmt haben, daß er an ihm eine Provision von 50 000 Mk. verdiente. Nun hat Herr Stingl aus München in Berlin nicht den Ruf eines reellen Kaufmanns und als die Geschichte bekannt wurde, sagte man in Berlin: „Die Sache stinkt vom Himmel". Man kommt allerdings erst hinter die Feinheiten dieses Satzes, wenn man weiß, daß der Vater des noch nicht 30jährigen Herrn Stingl kein anderer ist, als der frühere Postminister Stingl, der vor etwa zwei Jahren in Pension ging. Stingl ist Mitglied der Bayerischen Volkspartei. Von unterrichteter Stelle wird uns bestätigt, daß der frühere Postminister seinen Sohn bei den Deutschen Kabelwerken, in deren Aufsichtsrat er war, untergebracht hat. Bestätigt wird auch, daß die Abteilung VI des Reichspostministeriums den in Frage kommenden Auftrag an die Deutschen Kabelwerke erteilt hat. Der gegenwärtige Leiter der Abteilung VI ist ein Herr Neumeyer, sein Vorgänger heißt Schätzl. Schätzl ist gegenwärtig Reichspostminister. Anscheinend fällt der Auftrag an die Deutschen Kabelwerke in die Amtszeit Schätzls.

Die Frankfurter Zeitung weiß zu dieser Auftragserteilung interessante Einzelheiten mitzuteilen. Es handelt sich dabei um die Lieferungen des ganzen Kabels München-Partenkirchen-Mittenwald. Bei Vergebung solch' großer Aufträge befolgen die entsprechenden Abteilungen des Reichspostministeriums im allgemeinen die Uebung, die Lieferungen auf mehrere Werke zu verteilen, schon um die prompte Lieferung zu garantieren. In dem von Stingl jr. vermittelten Auftrag brach man mit dieser Uebung und gab den gesamten Auftrag an die Deutschen Kabelwerke in Berlin, obwohl, was die Frankfurter Zeitung besonders unterstreicht, zwei Amtsstellen der restlosen Vergebung an das Berliner Unternehmen widersprachen. Die Deutschen Kabelwerke haben dann auch die Lieferfrist nicht innehalten können. Man darf annehmen, daß die Abteilung VI in München nicht soviel Sympathie für die Berliner Kabelfirma aufgebracht hätte, wenn ihr Vertreter in München eben nicht der Sohn des Reichspostministers gewesen wäre. Bis in die jüngste Zeit hinein sollen die Deutschen Kabelwerke immer, wenn sie in München an einen Postauftrag herankamen, Stingl jr. nach der bayerischen Hauptstadt geschickt haben. Er war, weil ihm jegliche Fachkenntnis fehlen soll, von einem Fachmann begleitet.

Wenn die Einzelheiten über diese Auftragsvergebung zutreffen, dann stinkt die Affäre wirklich zum Himmel und es ist höchste Zeit, daß die amtlichen Stellen sich zu der Angelegenheit klipp und klar äußern. So kann auch München seinen Teil zur Bereinigung unseres politischen Lebens beitragen. Dafür erwärmt man sich ja seit Jahr und Tag in der bayerischen Landeshauptstadt und man sollte dieses Mal nicht versäumen, schnellstens den Dreck vor der eigenen Türe zu kehren.

Bisher hat das Reichspostministerium über die ganze Affäre hartnäckig geschwiegen. Jetzt wird es wohl kein Ausweichen mehr geben. Der gegenwärtige Reichspostminister wird wohl mancherlei zu der Angelegenheit sagen können. Gleichfalls muß die Abteilung VI auch klarstellen, weshalb der frühere Reichsminister Stingl in der teuersten Gegend Münchens eine von der Post zur Verfügung gestellte Luxus-Villa bewohnt.

Rumpftagung des Hugenbergausschusses

Berlin 7. Jan. (Drahtmeldung.) An der heutigen Sitzung des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren werden, wie die „Landvolknachrichten" erfahren, weder die bisherigen Vertreter des Reichslandbundes, noch die der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkspartei teilnehmen.

Wie die gleiche Korrespondenz weiter mitteilt, dürfte es in dieser Sitzung zu Auseinandersetzungen zwischen den Stahlhelmvertretern und den Nationalsozialisten kommen. Im Stahlhelm habe es außerordentlich befremdet, daß ein führender Abgeordneter der Nationalsozialisten, Dr. Göbbels, das Ehrenmitglied des Bundes, Reichspräsident v. Hindenburg, in einer Weise beleidigt hat, die Hindenburg zwang, entgegen seiner bisherigen Gewohnheit die Gerichte anzurufen.

Der tückischste Feind des Ruhrbergarbeiters

Um die Entschädigungspflicht bei Staublunge - 6000 Bergarbeiter allein bei der Ruhrknappschaft wegen Staublunge invalidisiert

Durch die zweite Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheit vom 11. Februar 1929 wurde auch für Betriebe des deutschen Bergbaues die schwere Staublungenerkrankung (Silikose) als eine durch die Unfallversicherung entschädigungspflichtige Berufskrankheit anerkannt. Die Verordnung läßt außerordentlich an Klarheit zu wünschen übrig, so daß sich nach Auffassung der Bergarbeiterverbände unhaltbare Mißstände für die Bergarbeiterschaft daraus ergaben. Der Bergbau-Industriearbeiterverband (Deutscher Bergarbeiterverband) hat soeben Eingaben an den Reichsarbeitsminister und an das Preußische Oberbergamt Dortmund gerichtet, in denen um sofortige Beseitigung dieser Mißstände ersucht wird. Das Schreiben an den Reichsarbeitsminister hat folgenden Wortlaut:

„In der Anlage übersenden wir die Abschrift eines Schreibens, das wir unterm 30. Dezember 1929 an das Preußische Oberbergamt in Dortmund gerichtet haben. Der Herr Minister wird daraus ersehen können, daß die zweite Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 hinsichtlich der schweren Staublungenerkrankung im Bergbau einer Ergänzung bedarf. Dadurch, daß der Begriff der schweren Staublungenerkrankung (Silikose) in der Verordnung nicht näher erläutert, sondern die Auslegung den Beteiligten überlassen wird, wirken sich die Bestimmungen der Verordnung vielfach zu Ungunsten der Arbeiter aus. Die Sektion II der Knappschaftsberufsgenossenschaft in Bochum faßt z. B. den Begriff der schweren Staublungenerkrankung besonders eng. Von den 6000 Knappschaftsinvaliden, die bei der Ruhrknappschaft wegen Staublunge invalidisiert sind und bei denen zum Teil auch die Reichsinvalidität anerkannt wurde, anerkennt die Sektion II nur bei einem geringen Prozentsatz das Vorliegen der schweren Staublungenerkrankung.

Schlechter als den Knappschaftsinvaliden, die von der Ruhrknappschaft wegen Staublunge invalidisiert sind und bereits eine Pension beziehen, geht es aber noch denjenigen Bergarbeitern, deren Staublunge so weit entwickelt ist, daß sie die Arbeit unter Tage aufgeben müßten, wenn sie ihr Leben nicht besonders aufs Spiel setzen wollen, aber der Tatbestand noch nicht genügt, daß sie als berufsunfähig im Sinne des Reichsknappschaftsgesetzes angesehen werden können. Wenn die Berufsgenossenschaft ihren Zustand feststellt, besteht für die in Frage kommenden Arbeiter die Gefahr, daß sie entweder sofort eine geringer entlohnte Arbeit über Tage zugewiesen bekommen, oder aber, daß ihnen das Arbeitsverhältnis überhaupt gekündigt wird. Wurde das Vorliegen von schweren Staublungenerkrankungen bereits dann erkannt, wenn die Erwerbsunfähigkeit des Gesteinsarbeiters durch die Verstaubung der Lunge schon zum Teil herabgesetzt wird, so hätten die in Frage kommenden Arbeiter wenigstens eine kleine Entschädigung für die Minderung ihrer Arbeits- und Verdienstfähigkeit.

Die Kann-Bestimmung der Verordnung über die Uebergangsrente hat im Bergbau keine praktische Bedeutung, da z. B. die Sektion II der Knappschaftsberufsgenossenschaft bisher den Willen noch nicht bekundet hat, daß sie mit Uebergangsrenten in solchen Fällen eintreten wollte. Im Gegenteil, sie vertritt die Auffassung, daß einem Gesteinshauer, der wenigen Verstaubung seiner Lunge von unter Tage nach über Tage verlegt wird, keine Uebergangsrente gewährt werden dürfte, weil er noch im gleichen Betriebe beschäftigt sei. Der Lohnverlust, den ein solcher Gesteinshauer erleidet, ist jedoch sehr groß. Im Durchschnitt verdienen im Ruhrgebiet die Gesteinshauer 10 bis 15 Prozent über den tariflichen Hauerdurchschnittslohn. Da dieser gegenwärtig 9,80 Mk. beträgt, verdient ein Gesteinshauer 11 Mk. und darüber. Wird ihm jedoch über Tage die Arbeit als Tafelführer, Kauenwärter, Lampenstuben-, Magazin- und Platzarbeiter zugewiesen, so erhält er einen Schichtlohn von 6,73 Mk. In der Regel stehen solche Arbeiter erst in den besten Jahren (33 bis 40) und haben selbstverständlich für eine Familie zu sorgen. Ihnen das Tragen eines solchen Lohnausfalles allein zuzumuten, wäre ungerecht und unsozial. Hier muß die Verordnung ergänzt werden, damit die Gesteinsarbeiter im Bergbau nicht schlechter gestellt werden als andere Arbeiter, die unter die zweite Verordnung fallen und bei denen auch eine teilweise Erwerbsverminderung durch Eintreten der Berufsgenossenschaften mit Renten entschädigt wird.

Würde bei der Auslegung des Begriffes der schweren Staublungenerkrankung der Sektion II der Knappschaftsberufsgenossenschaft Recht gegeben und bleibt es bei der Bestimmung über die Uebergangsrente nur als eine Kann-Bestimmung, so besteht für die Gesteinsarbeiter im Bergbau die Gefahr, daß die zweite Verordnung für sie sich nicht zu einem Segen, sondern zu einer schweren Bedrohung auswirken wird. Wer wird die Sektion II der Knappschaftsberufsgenossenschaft hindern können, wenn sie das, was sie gegenwärtig nur in einzelnen Fällen tut, allgemein anwendet und später durch die Zechenverwaltungen alle Gesteinsarbeiter, die einige Jahre vor Gestein gearbeitet haben und an der Grenze der Berufsfähigkeit stehen, schlechtweg die Arbeit kündigen läßt? Aus diesen Umständen erachten wir es als unsere Pflicht, den Herrn Arbeitsminister auf die schweren Gefahren, die den Bergarbeitern drohen, rechtzeitig aufmerksam zu machen, um sie durch eine Ergänzung der Verordnung vom 11. Februar 1929 davor zu bewahren."

Primos schwieriger Stand.



„Hinauf bin ich gekommen, — aber wie komme ich wieder hinunter?!"

Die Antifaschistenhetze

in Paris - Zwei Attentatsmärchen?

Paris, 6. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Das Pariser Abendblatt „Liberté", das traditionelle Sprachrohr der Pariser Polizei, wartet am Montag mit einer neuen Sensation über die angebliche anti-faschistische Verschwörung auf. Es soll sich jetzt gar nicht um einen, sondern gleich um zwei Attentatspläne handeln. Der erste Plan sollte gegen die italienische Völkerbundsdelegation in Genf und der zweite gegen das belgische Königspaar gerichtet sein.

Außerdem behauptet die „Liberté", die Kriminalpolizei habe bei einem Komplicen der Verhafteten einen Briefwechsel mit dem in Chikago lebenden Emigranten Spada gefunden, aus dem eindeutig hervorgehe, daß Spada mit der Pariser Gruppe in Verbindung gestanden und bei einem Chikagoer Anarchisten eine Höllenmaschine bestellt habe, mit der man das Völkerbundsgebäude in Genf in die Luft habe sprengen wollen.

Diese „Enthüllungen" der reaktionären „Liberté" sind mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Lohnfestsetzung für minderleistungsfähige Bergarbeiter

Einer Verlautbarung des Bergbauindustriearbeiterverbandes entnehmen wir:

In jedem Zechenbetrieb gibt es Arbeiten, die von minderleistungsfähigen Arbeitern ausgeführt werden können. So kann z. B. ein Arbeiter, der Unfallinvalide ist und ein steifes Bein hat, die Arbeit eines Bergeklaubers ausführen wie ein gesunder Arbeiter. Jeder unbefangene Leser wird nun der Auffassung sein, daß dieser Mann als Bergeklauber voll leistungsfähig ist. Anders denken aber die Zechenbesitzer, ihre Beauftragten und auch die Arbeitsgerichte, die in Streitfällen eine Entscheidung treffen mußten. Alle beriefen sich bei der Begründung ihrer Auffassung auf eine Bestimmung des Tarifvertrages für den Ruhrbergbau, die eine von den Tariflöhnen abweichende Lohnfestsetzung für minderleistungsfähige Arbeiter zuläßt. Diese Bestimmung, durch die das Unabdingbarkeitsprinzip durchbrochen wird, erfährt von Zechenbesitzern und Arbeitsgerichten eine falsche Auslegung. Kommt zwischen dem Arbeitgeber und dem minderleistungsfähigen Arbeiter über die Höhe des Lohnabzuges eine Vereinbarung nicht zustande, so ist der Lohn zwischen Arbeitgeber und Betriebsausschuß zu vereinbaren. Viele Arbeitgeber halten es für überflüssig, sich in Streitfällen mit dem Betriebsausschuß ins Benehmen zu setzen. Sie kürzen den Lohn, ohne dem Betriebsausschuß Gelegenheit zu geben, nachzuprüfen, ob die Herabsetzung des Lohnes berechtigt ist. Gegen diese dem Wortlaut und Sinn des Tarifvertrages nicht entsprechende Auslegung hat sich der Bergbauindustriearbeiterverband seit Jahren gewehrt. In Ziffer 14 § 5 des Tarifvertrages heißt es ausdrücklich, daß die Bezahlung des Lohnes in dem Verhältnis zum vollen Tariflohn, in dem die Leistung zu der des vollerwerbsfähigen Arbeiters in gleicher Beschäftigung steht, erfolgen müsse.

Das Reichsarbeitsgericht hat endlich dieser falschen Auslegung des Tarifvertrages ein Ende gemacht. In seinem Urteil vom 19. Oktober 1929 heißt es in den Entscheidungsgründen unter anderem:

„Soll solchenfalls der Lohn nach Maßgabe der Leistungen des minderleistungsfähigen Arbeiters festgesetzt werden, und zwar in dem Verhältnis zum vollen Tariflohn, in dem seine Leistung zu der Leistung des vollerwerbsfähigen Arbeiters in gleicher Beschäftigung steht, so sind die Leistungen anderer Arbeitnehmer am gleichen Arbeitsplatz bei der Berechnung zugrunde zu legen. Das gilt auch dann, wenn an dem Arbeitsplatz überwiegend Invaliden und jugendliche Arbeitskräfte verwendet werden. Dann behält der Arbeitnehmer unter Umständen trotz der Minderleistungsfähigkeit den vollen Lohnanspruch."

Dieses Reichsarbeitsgerichtsurteil ist für die Bergarbeiter von wesentlicher Bedeutung. Es wird klar zum Ausdruck gebracht, daß die Leistungsfähigkeit eines minderleistungsfähigen Arbeiters mit der Leistungsfähigkeit eines vollerwerbsfähigen Arbeiters verglichen werden muß. Es ist Aufgabe der Betriebsausschußmitglieder, darüber zu wachen, daß die willkürliche Herabsetzung der Löhne durch die Arbeitgeber in Zukunft unterbleibt. Die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts ist für die Arbeitsgerichte des Ruhrgebiets bindend. Diese müssen allen Arbeitern, die klagbar vorgehen, den vollen Tariflohn zusprechen, wenn sie an sich zwar minderleistungsfähig sind aber an ihrer Arbeitsstelle die Leistung eines vollerwerbsfähigen Arbeiters erzielen.

Bergarbeiter-Generalversammlung in Breslau. Der Verbandsvorstand des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands beruft die 27. Generalversammlung zum 26. Juli 1930 in das Gewerkschaftshaus in Breslau ein.

Grewer Kaffee wieder billiger!

Hans-Sachs-Mischung	Pfd. RM 3.60	Santos II	Pfd. RM 2.00
Hohe Klasse	Pfd. RM 3.20	Brasil	Pfd. RM 1.80
Hausmarke	Pfd. RM 3.00	Konsum	Pfd. RM 1.50
Guatemala Mischung	Pfd. RM 2.60	Beste Mischung 50% Kaffee	Pfd. RM 1.40
Perl	Pfd. RM 2.40	Mischung 50% Kaffee	Pfd. RM 1.25
Santos I	Pfd. RM 2.20	Mischung 25% Kaffee	Pfd. RM 0.75

Kaffeegroßrösterei Heinrich Grewer

Gelsenkirchen, Kreuzstraße 11, Buer, Marienstraße 12

Deutsche Bau- u. Siedlungsgemeinschaft Darmstadt
eingetr. G. m. b. H., gewährt

Darlehen ohne Zinsberechnung

zum Bau von Eigenheimen u. zur Ablösung von Zinshypotheken.

Wer sich ein Eigenheim mit Hof und Garten schaffen,
Wer künftig seine Miete sparen oder
Wer seine Wohnungsverhältnisse verbessern will,
Wer die Sicherheit seiner Familie auf schuldenfreiem eige en Grundbesitz erstrebt, erreicht sein Ziel durch baldigen Anschluß an die D. B. S.

Geringe Sparverpflichtungen — keine Zinsen!

Ueber: **„Bauen mit zinsfreiem Gelde"**
spricht **Herr Gillert, Dortmund, Kreuzstr. 29**
am **Dienstag**, 7. Januar 1930, abends 8 Uhr im „Gasthof zur Post", Gelsenkirchen Buer, Bochumerstr. Nr. 138;
am **Mittwoch**, 8. Januar 1930, abends 8 Uhr im „Gasthaus Laux", Gelsenkirchen-Buer, Rathauserstr. Nr. 157;
am **Donnerstag**, 9. Januar 1930, abends 8 Uhr im „Gasthaus zum schwarzen Diamanten", Gelsenkirchen-Buer, Bismarckstraße Nr. 217;

Wichtig für jeden Beamtenanwärter und jeden strebsamen Menschen!

Eintritt frei! **Ortsgruppe Gelsenkirchen.**

Vertreter gesucht
für Darlehn, Hypotheken.
Finanzbüro Spandau,
Moritzstr. 5.

Wörishofener Gicht- und Rheuma-Tee
allein echt
Wörishofener Kräuterhaus
Hochstr. 24
Ecke Neustraße

Verkaufsstelle Küppersbusch



Größte Auswahl
Billigste Preise
Zahlungserleichterung
Lieferung frei

Küppersbusch

Gelsenkirchen
Bahnhofstraße 30 Klosterstraße 3

Merken Sie sich

Zalatum

der TEPPICH für JEDERMANN

150/200	200/250	200/300
ℳ 6.30	ℳ 10.50	ℳ 12.60

Heimann-Rottkamp
en gros en detail
Gelsenkirchen, Kreuzstraße 8 (Alter Markt)
Dortmund, Westenhellweg 73, Rheinischestraße 47, Hansastraße 84
Schwerte, Hörder Straße 15

FREIE-WORT-VERLAG BERLIN SW 68 LINDENSTRASSE

DAS FREIE WORT

SOZIALDEMOKRATISCHES DISKUSSIONSORGAN

. . . ist eine sozialistische Tat in des Wortes wahrster Bedeutung . . .
Meyer in R., Lehrer

. . . die jeder Gewerkschaftler und Parteigenosse lesen müßte . . .
Schreyer in C., Metallarbeiter

. . . einem allgemeinen Bedürfnis nach Klarheit und Einfachheit den aktuellen Tagesproblemen in Politik und Wirtschaft gegenüber gut entspricht . . .
H. Pfarrer, Buchdrucker in A.

. . . ein durchaus brauchbares Instrument für die Funktionäre unserer Partei ist . . .
Parteifunktionär

Die Zeitschrift erscheint wöchentlich. Sie kostet monatlich

nur 85 Pfennige

Zu beziehen durch:

Volksbuchhandlung Gelsenkirchen-Buer, Ringstr. 33



Waschmaschinen!

Bei Kauf einer Waschmaschine, Wassermotor, Wringer, Mangel usw. besichtigen Sie bitte mein reichhaltiges Lager. Zahlungserleichterung. Bis 10 Monate Ziel und länger. Spezialität: Erstklassige Fabrikate weltberühmter Firmen, wie Cordes, Schaede, Miele usw. Kennen Sie schon die neue, glänzend bewährte Fortschritt-Waschmaschine? Nein, dann lassen Sie sich selbige im Spezialgesch., in der **Waschmaschinen-Zentrale, Gelsenkirchen Alter Markt 2** neben dem Genesius-Lustspielhaus und **Buer, Essenerstraße 33**, ganz unverbindlich vorführen.

Zur gegenwärtigen Lage des Berufsbeamtentums

Zur Unterrichtung der interessierten Kommunalbeamten- und -angestelltenkreise bringen wir zunächst folgende Entschließung der Leitung des freigewerkschaftlichen Kommunalbeamten- und -anwärterverbandes zur Kenntnis:

„Der Verbandsvorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten stellt erneut fest, daß die Zusicherungen der Reichsverfassung auf Neuordnung des Beamtenverhältnisses noch immer nicht verwirklicht sind, vielmehr müssen im Gegenteil auf manchem Gebiete des Beamtenrechtes starke Rückschritte verzeichnet werden. Immer mehr versuchen einflußreiche Kreise mit Erfolg, die wohlerworbenen Rechte der Beamtenschaft und zugleich auch das Berufsbeamtentum selbst zu untergraben. Wie die Personalabbauverordnung bereits nur ein Mittel politischer und wirtschaftlicher Mächte war, um die Grundlagen des Berufsbeamtentums zu erschüttern, so wird neuerdings versucht, die notwendige Reform der öffentlichen Verwaltung ebenfalls zu einem Vorstoß gegen das Berufsbeamtentum auszunutzen und sie durchzuführen allein auf Kosten der Beamtenschaft. So hat bisher fast noch jede politische oder gesetzgeberische Maßnahme, die die öffentliche Verwaltung berührte, handle es sich um die Vergesellschaftung öffentlicher Betriebe, um Steuervereinheitlichung, Sparmaßnahmen, Finanzausgleich, oder um Vereinfachung und Umgruppierung von Behörden und deren Aufgaben, dazu geführt, das Berufsbeamtentum in seinen Rechten zu schmälern und es damit trotz wiederholter Erklärungen maßgebender Regierungsstellen über die Erhaltung des Berufsbeamtentums immer mehr zurückzudrängen.

Auch die Gemeinden gehen dazu über, das Berufsbeamtentum tatsächlich abzubauen, und entgegen der in den meisten Ländern bestehenden gesetzlichen Vorschriften denken zahlreiche Kommunalverwaltungen gar nicht daran, in erforderlichem Umfange Beamte anzustellen, und diejenigen Aufgaben, für deren Erledigung gesetzmäßig Beamte erforderlich sind, auch von solchen ausführen zu lassen. Dadurch wird das Personal der Gemeinde in rechtswidriger Weise um die Sicherungen der Beamtenstellung, wie sie der Gesetzgeber für die Erledigung dauernder Aufgaben auch in der Kommunalverwaltung als notwendig erachtete, in immer größerer Zahl gebracht. Hinzu kommt, daß rechtliche Unzulänglichkeiten es den Anstellungsbehörden erleichtern, Mittel und Wege zu finden, um das mit Beamteneigenschaft tätige Personal von der Ausübung solcher Rechte fernzuhalten, wie sie durch die Gesetzgebung den übrigen Arbeitnehmern gesichert sind.

Daher richtet der Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten an alle verantwortlichen Stellen aufs neue die dringliche Forderung auf:

Schaffung eines neuzeitlichen, einheitlichen Beamtenrechts, das die Arbeit des Beamten als Dienst an der Gesamtheit wertet und schützt;
Neuordnung des Disziplinarrechts, wie sie den Grundsätzen der Neuzeit entspricht;
Verabschiedung eines Beamtenvertretungsgesetzes, das den Beamten das Recht der Mitbestimmung gibt und damit zugleich zur Beseitigung des Mißtrauens gegenüber einseitiger Willkür Dienstvorgesetzter beiträgt;
Einbeziehung der Kommunalbeamten in die Unfallfürsorge;
Durchführung einer einheitlichen Krankenfürsorge für alle Beamten;
völlige Wiederherstellung der durch den Personalabbau verletzten wohlerworbenen Rechte.

Wie sich alle verantwortlichen Stellen, gleichviel, ob es sich um Regierungen, Parlamente, politische Parteien oder Behörden handelt, bewußt sein müssen, daß die Erhaltung des Berufsbeamtentums eine Voraussetzung für die Erhaltung und den Ausbau der Deutschen Republik ist, so muß sich auch die Kommunalbeamtenschaft darüber klar sein, daß

die Beseitigung der bestehenden Rechtsunsicherheit, eine gesunde Fortentwicklung des Berufsbeamtentums, die Erfüllung der in der Verfassung gegebenen Versprechungen

nur erreicht werden können durch Zusammenschluß in der gewerkschaftlichen Organisation, die die Durchführung der zur Erhaltung des Berufsbeamtentums nötigen Forderungen aus eigener Kraft, unabhängig von Behörden und politischen und wirtschaftlichen Mächten, erstrebt:

in der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten!

Kolleginnen und Kollegen, die zum Beitritt bereit sind oder sich vorher Aufklärung über Zweifelsfragen verschaffen wollen, wenden sich, im letzteren Falle völlig unverbindlich, an die **Geschäftsstelle Hagen i. W., Weststraße 6 (Telephon 21381)** des **Provinzausschusses Rheinland-Westfalen der RTK.** oder an die **Ortsgruppenfunktionäre.**

SAJ JUGEND-VERANSTALTUNGEN

Sozialistische Arbeiterjugend, Buer-Erle.

Der für heute (Dienstag) abend angesetzte Heimabend fällt aus. Er wird statt dessen morgen (Mittwoch) zu der üblichen Zeit an der üblichen Stelle abgehalten.

Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Umstellung nur für diese Woche gilt.

Kinderfreunde, Gelsenkirchen.

Die Roten Falken treffen sich heute (Dienstag), nachmittags um 3 Uhr, im August-Bebel-Haus. Turnschuhe mitbringen.

Geschäftliche Mitteilung.

Eigenheim bauten mit zinsfreiem Gelde?

Ist das in einer Zeit möglich, in der Baugelder nur gegen höchste Zinsen und auch dann noch schwer zu haben sind? Es geht dennoch, denn die Deutsche Bau- und Siedlungsgemeinschaft, Darmstadt, hat in kurzer Zeit schon 22 Millionen in 1550 Eigenheimen zinsfrei angelegt. In wenigen Jahren ist die Genossenschaft die größte Organisation der Welt auf zinsfreier Basis geworden. Unter Einsatz geringer Geldmittel ist es jedem strebsamen Menschen möglich, sich ein Eigenheim zu schaffen, ohne dabei an bestimmte Bautypen gebunden zu sein. Jedes Mitglied kann bauen, wie, wo und durch wen es will. Wesen und Wirken der Genossenschaft wird Herr Gillert, Dortmund, Kreuzstraße 29, in fünf Vorträgen in allen Teilen unserer Stadt vom 7. bis 11. Januar 1930, abends 8 Uhr, ausführlich behandeln. **Der Eintritt ist frei.** Auf das Inserat in gleicher Zeitungsausgabe wird hiermit besonders hingewiesen.

Auskunft für Gelsenkirchen: Oberstadtsekretär Herr Major, Bohwinkelstraße Nr. 14; für Buer: Architekt Herr Grabo, Brinkgartenstraße Nr. 40; für Wanne-Eickel Zechenbeamter Herr Dormagen Gelsenkirchener Straße Nr. 199.

Jedem Strebsamen, jedem Baulustigen kann der Besuch des Vortrags empfohlen werden, ebenso auch Leuten, welche die Ablösung von Zinshypotheken erreichen wollen.